

Forum Opferhilfe

Magazin des WEISSEN RINGS

WIE HASS UND HETZE DIE DEMOKRATIE ANGREIFEN

Die gereizte Republik



Inhaltsverzeichnis



04

41



17



Themenschwerpunkt

- S. 4 Der Hass und das Recht**
Hass im Netz verletzt Menschen und gefährdet die Demokratie
- S. 22 Dambruch**
Fatale Folgen: Der Campingplatz und die Corona-Warn-App
- S. 24 Hassobjekt Frau**
Sie erfahren Belästigung, Demütigung, Gewaltandrohung – digital und analog
- S. 28 Im Kampfgebiet Lokalpolitik**
Stadtoberhäupter: „Beleidigt, beschimpft, bedroht oder tötlich angegriffen“
- S. 46 Auf dem Platz**
„Unparteiische“ im Fokus: Tatort Fußballfeld
- S. 17 Wir können die Macht der Internet-Plattformen nicht mehr ignorieren**
Ein Gespräch mit Digital-Staatsministerin Dorothee Bär
- S. 38 Warum wir gegen Hass und Hetze vorgehen müssen**
Weil auch Worte die Welt verändern, sagt Hasnain Kazim
- S. 41 Warum eine Rentnerin glaubt, dass Masken töten und Corona halb so schlimm ist**
Über Corona, soziale Medien und Verschwörungserzählungen

Aktuell

- S. 14 Die Pöbelhölle: Wenn Volksverhetzung Volkssport wird**
Wo bleiben die juristischen Folgen, fragt Heribert Prantl
- S. 16 Ein Jahr Hanau**
Im Gedenken an die Opfer

Rubriken

- S. 40 Kurz notiert**
S. 50 Danke
S. 51 Impressum

Ehrensache

Im Innern: Das Heft im Heft

Hass schafft Opfer



Liebe Leserinnen und Leser,

spätestens die erschreckenden Bilder vom Sturm auf das Kapitol in Washington haben uns gezeigt, was Hass und Hetze anrichten können: Sie können nicht nur Menschen verletzen und töten, sie können eine jahrhundertealte Demokratie in ihren Grundfesten erschüttern.

Auch in Deutschland starben in den vergangenen vier Jahren Dutzende Menschen nach Hasstaten. Politikernamen wie Walter Lübcke, Ortsnamen wie Berlin-Breitscheidplatz, Halle oder Hanau wurden zu Chiffren für die schlimmsten Folgen von Wut, Verblendung oder Verschwörungsdenken. Der WEISSE RING hat mittlerweile ein eigenes Ausbildungsprogramm für seine ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgelegt, um besser auf solche Großereignisse vorbereitet zu sein.

Hass schafft Opfer. Erst auf den zweiten Blick sichtbar ist die schleichende Gefahr für die Gesellschaft, die vom Hass ausgeht. Hass greift die Säulen unserer Demokratie an: Politiker werden mit Hetznachrichten aus den Parlamenten gedrängt, Ehrenamtler ziehen sich zurück, Menschen nehmen nicht mehr an öffentlichen Diskussionen im Internet teil. Schon jetzt belegen Studien, dass die zunehmenden Beleidigungen und Bedrohungen im Netz die Meinungsfreiheit beschädigen.

Ich bin überzeugt davon, dass es eine unserer wichtigsten Aufgaben ist, die Verrohung unserer Gesellschaft zu stoppen. Wer sich gegen Hass und Hetze stellt, betreibt aktiven Opferschutz. Er beschützt Menschen – er beschützt gleichzeitig aber auch die Demokratie, die nach wie vor beste, sicherste und freiste Staatsform, die wir je hatten.

Deshalb hat der WEISSE RING „Hass und Hetze“ zu seinem Jahresthema 2021 gemacht. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, die Gesellschaft verlässlich zu informieren. Wie entsteht Hass? Wen trifft er, was macht er mit den Betroffenen? Warum gedeiht Hass besonders im Internet? Was kann man gegen den Hass unternehmen? Welche Lösungen bietet die Politik an? Reichen die bestehenden Gesetze, brauchen wir weitere? Was kann jeder Einzelne von uns unternehmen, wenn er Hass wahrnimmt oder ihn gar selbst erfährt?

Antworten auf diese Fragen soll Ihnen diese Ausgabe von „Forum Opferhilfe“ geben. Unsere Autoren haben dafür wochenlang recherchiert und die Ergebnisse für Sie mal in längeren, mal in kürzeren Beiträgen aufbereitet. Hass und Hetze greifen die Grundlagen unseres Zusammenlebens an. Vor allem geschieht das im Internet, immer öfter aber auch analog im Alltag, auf der Straße. Dem müssen wir uns entgegenstellen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Prof. Jörg Ziercke, Bundesvorsitzender des WEISSEN RINGS

Der Hass und das Recht

Der wachsende Hass im Internet verletzt nicht nur Menschen, er gefährdet auch die Demokratie. Juristische Folgen hat das nur selten – bislang.



Foto: Mohssen Assanimoghaddam

Fuck off, Idiot.

Spacko.

Vollpfosten.

Die Beleidigungen poppen an jenem Novemberwochenende im Minutentakt auf. Johann Kühme liest sie auf Facebook, auf Twitter, in seinem E-Mail-Postfach.

Übler Hetzer.

Linker Rassist.

Dreckiger Kommunisten-Bastard.

Sogar eine Morddrohung ist dabei. Unter dem Betreff „Johann Kuehme verrecke“ kündigt „Anonymous nobody“ per E-Mail an, das „Schwein“ erschießen zu wollen.

01 Wut

Hasskommentare sind Alltag im Internet. Vier von zehn Deutschen haben schon einmal solche Kommentare gelesen, wie aus einer Studie des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) in Jena hervorgeht. Jeder zwölfte Befragte war selbst bereits Ziel von Hasskommentaren. Meistens richtet sich der Hass gegen Minderheiten: Muslime, Flüchtlinge – generell Menschen mit Migrationshintergrund. Homosexuelle. Arbeitslose. Behinderte. Auch Frauen bekommen der Studie zufolge häufig Hass ab, einfach weil sie Frauen sind.

Johann Kühme gehört keiner dieser Minderheiten an. Er ist 62 Jahre alt, ein Pastorensohn aus dem Osn-

brücker Land, Vater von zwei erwachsenen Kindern. Von Beruf ist er Polizist, genauer: Präsident der Polizeidirektion Oldenburg in Niedersachsen, ein politischer Beamter mit SPD-Parteibuch. Damit gehört er einer Gruppe an, die laut der IDZ-Studie mittlerweile ebenso viel Hass auf sich zieht wie Menschen mit Migrationshintergrund: Amtsträger und Politiker.

Der Amtsträger Kühme zog Hass auf sich, als er öffentlich den Hass gegen Amtsträger verurteilte. Kühme hatte im Herbst 2019 eine Reihe von Konferenzen organisiert, zu denen er Amts- und Mandatsträger aus dem Bereich seiner Polizeidirektion einlud; er wollte mit ihnen über das Problem der zunehmenden Hassbotschaften sprechen. In seiner Begrüßungsrede warnte Kühme vor einer Verrohung der Gesellschaft und davor, dass aus Worten Taten werden können. Er erinnerte an den Anschlag auf die Synagoge in Halle und an den Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke. „Es geht um Ihre Sicherheit“, sagte er den Politikern und Amtsträgern.

Es ging Kühme aber auch um die Sicherheit der Demokratie. Kurz vor der ersten Konferenz hatte der Landrat des Kreises Hameln-Pyrmont mit 50 Jahren den vorzeitigen Ruhestand beantragt; der Hass, der ihn getroffen hatte nach dem Missbrauchsskandal auf dem Campingplatz in Lügde, hatte ihn krank und dienstunfähig gemacht. Nur wenige Tage später trat in Hannover der Vorsitzende des Landeselternrats von seinem Ehrenamt zurück; die Verleumdungen und Beschimpfungen waren ihm zu viel geworden. Kühme fragte: Wie soll unsere Gesellschaft funktionieren, wenn niemand mehr ein Amt übernehmen möchte wegen des Hasses?

Und dann sagte Kühme den Satz, der für Aufregung sorgen sollte. Den Nährboden für den Hass und seine Folgen düngten auch „Mittäter“ in den Parlamenten, so Kühme: „Ich bin entsetzt und schäme mich, wenn Bundestagsabgeordnete der AfD muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger pauschal als Kopftuch-

mädchen und Messermänner bezeichnen oder die Nazi-Gräueltaten als Vogelschiss in der deutschen Geschichte verharmlosen.“ Die Lokalpresse zitierte den Satz, wütende AfD-Politiker verbreiteten das Zitat, in den Kommentarspalten des Internets brach der Hass aus.

Das mehr als 100 Jahre alte Oldenburgische Staatsministerium im Dobbenviertel mit seinen vielen Villen ist ein geschichtsträchtiger Ort: Hier, gleich gegenüber dem Oldenburgischen Landtag, saßen Beamte des Kaiserreichs, der Weimarer Republik, der Nationalsozialisten und schließlich der Bundesrepublik Deutschland. Den letzten Ministerpräsidenten des Landes Oldenburg und ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten des demokratischen Landes Niedersachsen, Theodor Tantzen, traf 1947 oben in seinem Büro der Schlag – er starb im Dienst am Schreibtisch.

Heute ist Tantzens geräumiges Büro das Dienstzimmer des Polizeipräsidenten. Und hier liegen nun auf dem Schreibtisch zwei Papierstapel mit Ausdrucken von Kommentaren aus dem Internet. Der kleinere Stapel enthält Lob und Zustimmung für Kühmes Satz, der andere, telefonbuchdick, den gesammelten Hass gegen ihn. „Norddeutscher Vollblutsidiot“, „Kloputzer“, „Volkspolizist“: Johann Kühme ist kein ängstlicher Mann, auch ein raues Wort kann er aushalten. Aber hatte er auf seinen Konferenzen die Amtsträger nicht aufgefordert, sich dem Hass konsequent entgegenzustellen und die Hasser anzuzeigen? Und hatte er nicht angekündigt, dass die Polizei die Taten ebenso konsequent verfolgen werde? Kühme stellte in gut einem Dutzend Fällen Strafantrag.

Johann Kühme, 62 Jahre alt, ist seit 2013 Präsident der Polizeidirektion Oldenburg – und damit zuständig für mehr als 1,7 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner.



Foto: Mohssen Assanimoghaddam

02 Regeln

Politiker betonen gern, im digitalen Raum gälten die gleichen Regeln wie im analogen Raum. Tatsächlich finden sich im Strafgesetzbuch etliche Paragrafen, die viel von dem Hass, der täglich in den Kommentarspalten der sozialen Netzwerke zu sehen ist, unter Strafe stellen.

Hier einige Beispiele, allesamt aus Niedersachsen:

Helmut D. schrieb vor dem Tod des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke: „Aufhängen den Drecksack“. Damit verstieß er mutmaßlich gegen Paragraf 111, Öffentliche Aufforderung zu Straftaten.

Michael H. schrieb, nachdem Lübcke 2019 ermordet worden war: „Einer weniger“. Damit verstieß er mutmaßlich gegen Paragraf 140, Belohnung und Billigung von Straftaten.

Amra M. schrieb nach dem Tod des CDU-Politikers Norbert Blüm, der sich für Flüchtlinge eingesetzt hatte: „Blüm, der Volksverräter“. Damit verstieß er mutmaßlich gegen Paragraf 189, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener.

Georg T. schrieb: „Nieder mit dem Judenregime und der Judenpresse“. Damit verstieß er mutmaßlich gegen Paragraf 130, Volksverhetzung.

Andreas G. nannte einen AfD-Kommunalpolitiker „Nazi-bastard“. Damit verstieß er mutmaßlich gegen Paragraf 187, Verleumdung.

Die Morddrohung gegen Johann Kühme verstößt gegen Paragraf 241, Bedrohung. Bezeichnungen wie „Idiot“, „Spako“ oder „Vollposten“ wertet der Polizeichef als Beleidigung, ein Verstoß gegen Paragraf 185.

Alle diese Taten können mit Geldstrafen oder Freiheitsstrafen geahndet werden. Das Problem ist nur, dass die Taten fast immer ohne Folgen bleiben, wenn sie im digitalen Raum begangen werden.



Häufige Straftaten im Internet sind Verstöße gegen die Paragrafen 130 (Volksverhetzung), 185 (Beleidigung), 187 (Verleumdung) und 241 (Bedrohung).

Das hat erstens damit zu tun, dass diese Taten nur selten angezeigt werden. Zweitens ist es bei anonymen Taten im Internet häufig schwierig, den Täter zu ermitteln. So auch im Fall der Morddrohung gegen den Oldenburger Polizeipräsidenten: „Anonymous nobody“ kann nicht identifiziert und somit auch nicht belangt werden. Drittens kommt es, wenn die Taten doch angezeigt werden und der Täter ermittelt wird, selten zu einer Verurteilung. Das wiederum hat damit zu tun, dass der Ermessensspielraum für Staatsanwälte und Richter groß ist bei der Auslegung des Gesetzes. Das gilt nicht so sehr bei Morddrohungen, aber auf jeden Fall bei der Frage, ob eine verbotene Beleidigung vorliegt oder eine erlaubte Meinungsäußerung.

Ein Beispiel, auch dies aus Niedersachsen: In einer Ratssitzung – es ging um die Abschiebung zweier Roma-Familien – wurde der Oberbürgermeister von Göttingen 2016 vom Generalsekretär der Gesellschaft für bedrohte Völker wiederholt vor Zeugen als „Verbrecher“ beschimpft. Der Oberbürgermeister erstattete Anzeige, die örtliche Staatsanwaltschaft beantragte einen Strafbefehl über 30 Tagessätze zu je 60 Euro. Das Amtsgericht lehnte es aber ab, den Strafbefehl zu erlassen, das Landgericht bestätigte die Ablehnung in zweiter Instanz. Begründung: Es handle sich nicht um eine Beleidigung, sondern lediglich um eine „überzogene Kritik der beanstandeten Abschiebungen“, also um eine Meinungsäußerung.

Oberstaatsanwalt Frank-Michael Laue von der Staatsanwaltschaft Göttingen sagt noch heute, fast fünf Jahre nach der Ratssitzung: „Wir haben das nicht verstanden, aber der Rechtsweg war damit zu.“ Somit darf man den Oberbürgermeister von Göttingen, der nach derzeitigem Kenntnisstand nie ein Verbrechen begangen hat, ungestraft öffentlich einen Verbrecher nennen.

Im Dienstzimmer des Oldenburger Polizeipräsidenten gingen im Lauf des Jahres 2020 nach und nach rund ein Dutzend Antwortschreiben der Staatsanwaltschaft ein. In jedem Brief stand, dass die angezeigte Aussage von der Meinungsfreiheit gedeckt sei. Alle Schreiben schlossen mit dem Satz: „Ich lehne daher die Aufnahme strafrechtlicher Ermittlungen ab.“ Hochachtungsvoll, Unterschrift Staatsanwalt.

Oberstaatsanwalt
Frank-Michael Laue,
48 Jahre alt, leitet seit Juli
2020 die neu eingerichtete
Zentralstelle zur Bekämpfung
von Hasskriminalität
im Internet mit Sitz in
Göttingen, Niedersachsen.



Oberstaatsanwalt Frank-Michael Laue ·
Foto: Jan-Michael Rebuschat

Die Justiz muss regelmäßig Rechtsgüter gegeneinander abwägen. In Deutschland wird – nach den Erfahrungen mit den Diktaturen im Nationalsozialismus und in der DDR – das Grundrecht der Meinungsfreiheit von Staatsanwälten und Richtern oft für schützenswerter befunden als das allgemeine Persönlichkeitsrecht, das ein Kläger durch eine Beleidigung verletzt sieht. Schlagzeilen machte das Urteil im sogenannten Künast-Fall: Die Grünen-Bundestagsabgeordnete Renate Künast war auf Facebook als „Drecksau“, „Schlampe“ und Schlimmeres beschimpft worden, was das Landgericht Berlin in erster Instanz als zulässige Meinungsäußerungen in einer Sachauseinandersetzung wertete.

Die Meinungsfreiheit ist zweifellos eines der höchsten Güter im deutschen Recht. Lange wurde aber übersehen, dass die großzügige Auslegung von Meinungsfreiheit bei Hassern und Hetzern negative Auswirkungen auf die Meinungsfreiheit anderer hat.

Auch das belegt die Studie des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft: 54 Prozent der Befragten gaben an, sich wegen Hassrede im Internet seltener zu ihrer politischen Meinung zu bekennen. 47 Prozent sagten, sie würden sich insgesamt seltener an Diskussionen im Netz beteiligen. Und immerhin 15 Prozent der Befragten haben wegen der Hasskommentare ihr Profil bei einem Online-Dienst deaktiviert oder gelöscht. Bei den unter 24-Jährigen gilt das sogar für jeden Vierten.

Wenn Menschen sich wegen Hassrede nicht mehr an Debatten im Netz beteiligen, ist nicht nur ihre persönliche Meinungsfreiheit eingeschränkt. Der Rückzug hat auch Auswirkungen auf die abgebildete Meinung im öffentlichen Raum. Das wiederum führt zu einer Wahrnehmungsverschiebung der gesellschaftlichen Realität, warnen die IDZ-Forscher: „Wenn die Hater*innen in Kommentarspalten dominieren, entsteht der Anschein, sie seien auch gesellschaftlich in der Mehrheit.“ Das IDZ hat seiner Studie „#Hass im Netz“ deshalb einen warnenden Untertitel gegeben: „Der schleichende Angriff auf unsere Demokratie“.

Johann Kühme, der Polizeipräsident, legte bei der Generalstaatsanwaltschaft Oldenburg Beschwerde ein gegen die Entscheidung der Staatsanwaltschaft, die Beleidigungen nicht zu verfolgen. Der Generalstaatsanwalt gab Kühme recht und wies die Staatsanwaltschaft an, Ermittlungen aufzunehmen. Die Staatsanwaltschaft reichte die Akten weiter an die neue Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet – Niedersachsen (ZHIN), die zum 1. Juli 2020 ihre Arbeit aufgenommen hatte. Leiter der neuen Spezialabteilung ist Oberstaatsanwalt Frank-Michael Laue.



Foto: Mohssen Assanimoghaddam

Laue, 48 Jahre alt, Familienvater, ist ein selbstbewusster Jurist, der sich der gesellschaftlichen Bedeutung seiner Arbeit bewusst ist. Er sagt Sätze wie: „Wir wollen nicht Leute mundtot machen – wir ermöglichen offene Diskussionen.“ Oder: „Unsere Arbeit soll dabei helfen, Meinungen frei zu äußern – indem wir die ausschließen, die mit Hass daherkommen.“ Er hat eine Verfahrensliste angelegt, auch die Namen Helmut D., Michael H., Amra M., Georg T., Andreas G. finden sich darauf. Die Liste wird ständig fortgeschrieben, zuletzt fasste sie knapp 80 Fälle. Elf der Fälle betreffen den Oldenburger Polizeipräsidenten Kühme und den Tatvorwurf der Beleidigung nach Paragraph 185 Strafgesetzbuch.

03

Forderungen

Dem Oldenburger Polizeipräsidenten unterstehen 3.000 Polizeibeamte und 500 Verwaltungskräfte – lauter Profis, die für ihren Chef Beweismaterial sichern und Taten juristisch einschätzen können. Bei den meisten Menschen, die Hass oder Belästigung im Internet erfahren, ist das anders.

Ein Beispiel: Fast die Hälfte aller Frauen im Alter zwischen 18 und 36 Jahren hat schon einmal unverlangt

ein sogenanntes Dick-Pic zugeschickt bekommen, ein Bild eines zumeist erigierten Penis. Das hat eine Umfrage des britischen Meinungsforschungsinstituts YouGov ergeben. „Das ist doch Nötigung!“, empört sich Anna-Lena von Hodenberg, eine Frau von 38 Jahren: „Das ist genauso, als würde jemand auf der Straße seine Hose runterlassen!“ Auf der Straße passiert das aber vergleichsweise selten. Weil, davon ist von Hodenberg überzeugt, das öffentliche Herunterlassen der Hose gesellschaftlich geächtet ist und geahndet wird: Exhibitionismus steht unter Strafe. Lässt aber ein Exhibitionist im Internet seine Hosen herunter, passiert zumeist: nichts. Die Gesellschaft weiß nicht, wie sie sich dazu verhalten soll; es gibt kaum Anzeigen, es gibt kaum Bestrafung. Die betroffenen Frauen bleiben allein mit dem „Dick-Pic“, ihrer Demütigung, ihrer Scham, vielleicht auch mit ihrer Angst.

Ein anderes Beispiel. Jemand droht im Internet: „Wir wissen, wo Du wohnst!“ Eine Straftat ist das nicht, weil nur die Androhung eines Verbrechens unter Strafe steht. Der Bedrohte bleibt allein mit seiner Angst.

Gerald Hensel ist so etwas passiert. Ende 2016 war er ein erfolgreicher Werber bei der Agentur Scholz & Friends, als ihn zunehmend etwas störte: Automati-

sierte Werbebanner von großen Unternehmen waren auch auf rechten Internetseiten zu sehen und finanzierten so diese Hass verbreitenden Seiten mit. Er rief die Aktion „Kein Geld für Rechts“ ins Leben. Prompt richtete sich der Hass gegen ihn, Beschimpfungen, Bedrohungen von Rechts – so schlimm, dass Hensel untertauchen musste. Plötzlich fand er sich ohne Job in einem Hotelzimmer wieder, allein.

Er gründete den Verein Fearless Democracy, aus dem 2019 die gemeinnützige Gesellschaft HateAid hervorging, „die einzige Beratungsstelle Deutschlands, die ausschließlich Betroffene von digitaler Gewalt unterstützt“, wie es auf der Homepage heißt. Geschäftsführerin ist Anna-Lena von Hodenberg.

Wer sich gegen Hass engagiert, erfährt: Hass. Von HateAid findet sich im Internet nur eine Postanschrift, nicht die Adresse des Gesellschaftssitzes in Berlin. „Wir können die Leute nicht schützen, wenn wir unsere eigenen Mitarbeiter nicht schützen können“, sagt von Hodenberg. 26 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat HateAid insgesamt; nur wenige von ihnen arbeiten öffentlich sichtbar. Von Hodenberg, eine ehemalige Fernsehjournalistin, ist eine davon.

Sie fordert: „Wir müssen uns dazu als Gesellschaft verhalten.“ Auch bei digitaler Gewalt brauche es Zivilcourage und einen moralischen Kompass, jemanden, der sagt: „Ich rufe gleich die Polizei!“



Anna-Lena von Hodenberg, 38 Jahre alt, ist Geschäftsführerin von HateAid und unterstützt Opfer von digitaler Gewalt.

Es brauche eine Polizei, die dann auch kommt, und eine Justiz, die dann auch bestraft. „Das Internet ist vielleicht kein rechtsfreier Raum“, sagt von Hodenberg. „Aber es ist ein weitgehend rechtsdurchsetzungsfreier Raum.“

HateAid will das ändern, indem es Menschen dabei unterstützt, nach digitaler Gewalt Klage einzureichen. Viele Betroffene wollen das nicht, sie sind zermürbt vom Hass, sie wollen sich nicht noch einmal den Hassbotschaften aussetzen. „Müssen sie auch nicht“, sagt von Hodenberg. Beweise sichern per Screenshot? „Machen wir“, sagt sie. Die Finanzierung der Klage? „Machen wir“, sagt sie. Rund 500 Klienten betreut HateAid, 250 Fälle sind zur Anzeige gebracht. Die meisten sind noch offen, die Verfahren dauern. Es gibt aber schon Erfolge, regelmäßig veröffentlicht HateAid Pressemitteilungen: „10.000 Euro Geldentschädigung für Falschzitat“, „11 Monate Freiheitsstrafe für Rechtsextremist“, „Hausdurchsuchung bei mutmaßlichem Täter im Fall Künast“. Am meisten Schlagzeilen machte der Fall der Grünen-Politikerin Renate Künast, die mit HateAid gegen das „Drecksau“-Urteil des Landgerichts Berlin angegangen war: Im Beschwerdeverfahren korrigierte das Gericht seine Entscheidung und wertete verschiedene Hasskommentare nun doch als strafbare Beleidigungen. Der Hass gegen Künast endete damit natürlich nicht, aber Anna-Lena von Hodenberg betont: „Wir haben bei keinem Thema so viele positive Zuschriften bekommen wie zu diesem.“

Das ist wichtig, denn wie dem Oldenburger Polizeipräsidenten geht es HateAid nicht allein um den Schutz von Hassopfern, sondern auch um den Schutz der ganzen Gesellschaft.

Was die Forscher des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft herausgefunden haben, dass nämlich Hassrede im Netz Menschen zum digitalen Verstummen bringt, ist kein Zufall. Hassrede gibt es von Linken, von Rechten, von Islamisten. „Aber im Moment sind die Rechten am besten organisiert, mit Abstand“, sagt von Hodenberg. Hinter dem, was ein wenig verniedlichend gern „Shitstorm“ genannt wird, steckt häufig eine konzertierte Aktion. Rechte Accounts setzen zeitgleich Tausende Hassnachrichten ab, fluten Profile, legen Internetseiten lahm, schüchtern Menschen ein.



„10.000 Euro Geldentschädigung für Falschzitat“
Pressemitteilung von HateAid



„11 Monate Freiheitsstrafe für Rechtsextremist“
Pressemitteilung von HateAid



„Hausdurchsuchung bei mutmaßlichem Täter im Fall Künast“
Pressemitteilung von HateAid

Anna-Lena von Hodenberg nennt das „einen Angriff auf die Säulen unserer Demokratie“. Politiker sollen aus ihren Ämtern gedrängt werden. Journalisten und Wissenschaftler sollen zu bestimmten Themen nicht mehr schreiben und forschen. Ein Werber wie Gerald Hensel soll seine Boykott-Aktion beenden. Andersdenkende sollen zum Schweigen gebracht werden. Bis nur noch ein Sound zu hören ist und den gesellschaftlichen Ton angibt: der von rechts.

Der Forderungskatalog von HateAid, knapp zusammengefasst:

Erstens: Der Staat muss die Rechte der Betroffenen von digitaler Gewalt stärken. Das Strafgesetzbuch trat vor 150 Jahren in Kraft, viele Passagen sind noch nicht in der digitalen Gegenwart angekommen, zum Beispiel die Beleidigungs- und Bedrohungsparagrafen. Gibt es ein öffentliches Interesse, zum Beispiel wegen der Schwere einer Tat im Internet, wegen ihrer großen Reichweite oder weil sie eine Person des öffentlichen Lebens betrifft, muss die Staatsanwaltschaft von Amts wegen Ermittlungen einleiten. „Wenn Politiker aus ihren Ämtern gedrängt werden, ist das keine Privatangelegenheit mehr“, sagt von Hodenberg.

Zweitens: Politik und Ermittlungsbehörden müssen sensibilisiert werden. „Die müssen wissen: Hassrede ist eben nicht wie der Nachbarschaftsstreit am Gartenzaun“, betont von Hodenberg. „Digitale Gewalt ist: Gewalt.“ Es braucht mehr Sonderdezernate und Schwerpunktstaatsanwaltschaften.

Drittens: Betroffene brauchen Unterstützung. Dafür muss ein bundesweites Netz von spezialisierten Beratungsstellen aufgebaut werden. Und es braucht geschulte Polizisten, die Betroffene nicht gleich abweisen. „Die Betroffenen sind eh schon gestresst“, sagt von Hodenberg.

Viertens: Deutsches Recht muss in Deutschland durchgesetzt werden. Die Internet-Plattformen müssen haften, wenn Daten nicht gelöscht werden, sie müssen mit den deutschen Strafverfolgungsbehörden zusammenarbeiten.

„Es gibt eine Verrohung der Gesellschaft, es gibt eine wachsende Aggressivität, in der Pandemie hat es noch einmal zugenommen“, betont von Hodenberg. „Digitaler und analoger Raum gehen ineinander über. Wir sehen Angriffe auf Feuerwehrleute, auf Rettungsassistenten, auf Polizisten. Wir müssen jetzt die Fragen beantworten: Wie wollen wir als Gesellschaft miteinander umgehen? Was wollen wir zulassen?“

04

Hoffnung

Oberstaatsanwalt Frank-Michael Laue ist kein Mann, den man privat häufig in den sozialen Netzwerken findet. Er nutzt WhatsApp „wegen der Kinder“, sagt er, „ansonsten ist mein Interesse da gering“. Wenn er auf Facebook unterwegs ist, sucht er zumeist eine spezielle Seite auf: das Online-Anfragesystem für Strafverfolgungsbehörden.

Laue füllt das dortige Formular aus, wenn er von Facebook zum Beispiel die Identität eines Facebook-Nutzers erfahren möchte, der mit Hassrede Recht gebrochen hat. Facebook ist ein amerikanisches Unternehmen, die Europa-Zentrale sitzt in Irland. Der Staatsanwalt kann bei Facebook nicht mit einem Durchsuchungsbeschluss anklopfen, sondern er muss sich den Regeln des Plattform-Betreibers beugen. Ein Internet-Unternehmen wie Twitter kann einfach so den Account des amerikanischen Präsidenten abschalten, von jetzt auf gleich. Die deutsche Justiz muss dagegen ein englischsprachiges Online-Formular ausfüllen, wenn sie eine Auskunft eines solchen Unternehmens haben möchte – und dann auf Antwort hoffen.

778 Ermittlungsverfahren wegen Hasskriminalität hat das Land Niedersachsen 2020 statistisch erfasst, im Vorjahr waren es 697. Ist das viel? Ist das wenig? Es sind jedenfalls nur die Fälle, die bei Polizei und den

niedersächsischen Staatsanwaltschaften angekommen sind. Bei der Zentralstelle in Göttingen landen nur die „bedeutsamen“ Fälle, so nennt es das Justizministerium. Auf Laues Liste finden sich prominente Namen wie Renate Künast, Annalena Baerbock, Sahra Wagenknecht oder Wolfgang Schäuble, aber auch eine Richterin, ein Stadtratsabgeordneter oder eben der Oldenburger Polizeipräsident. Die Liste wird immer länger. Richtig lang wird sie werden, wenn das Gesetz gegen Rechtsextremismus und Hasskriminalität in Kraft getreten ist, glaubt Laue: Es beinhaltet eine Meldepflicht für die Betreiber der Internet-Plattformen bei Straftaten wie Bedrohungen mit Verbrechen, Billigung von Straftaten, Volksverhetzung. Beleidigungen, üble Nachrede oder Verleumdung gehören aber auch dann nicht zu den meldepflichtigen Straftaten.

Laue möchte nicht vom Internet als „rechtsdurchsetzungsfreiem Raum“ sprechen, so wie sie es bei Hate-Aid tun. Er nennt es einen „Raum, wo man sich jetzt schon nicht mehr so sicher sein kann“, er meint die Hasser und Hetzer. Ja, er wisse, dass gerade Beleidigungsverfahren zu oft eingestellt werden. „Aber wir arbeiten daran mit, die Rechtsprechung ein bisschen zu verändern“, sagt er. Und ja, er verspüre einen gewissen Erziehungsauftrag: „Wenn da morgens um sieben die Polizei mit einem Durchsuchungsbeschluss klingelt und fragt: Wo ist denn Ihr Handy? Wo das Tablet? Wo der Computer? Wenn man auf dem Dorf wohnt, die Nachbarn in den Fenstern hängen und sehen, dass da Streifenwagen vor der Tür stehen, wenn man dann auch noch monatelang auf das Handy verzichten muss, weil es ausgewertet wird – das ist schon nicht so toll für den Betroffenen.“

Es ist ein kleines Team, mit dem Laue in der Zentralstelle arbeitet: er als Leiter, zwei Staatsanwältinnen, ein Informatiker als IT-Spezialist. „Das ist sagenhaft, was die Leute an Spuren im Netz hinterlassen“, staunt Laue immer wieder: ein anonymes Profil, ein kleines Foto, irgendein Hintergrunddetail. Der Informatiker sucht und forscht, morgens um sieben dann ein Klingeln an der Tür.

„Das ist sagenhaft, was die Leute an Spuren im Netz hinterlassen.“

Frank-Michael Laue

Die Beschuldigten in Laues Liste – Helmut, Georg, Michael, Andreas – sind auffällig häufig Männer, oft nicht mehr ganz jung. „Ich habe schon den Eindruck, dass wir da was erreichen“, sagt Laue. Er ist ein optimistischer Mensch, er sieht Fortschritte. In fast allen Bundesländern gebe es bereits Zentralstellen und Schwerpunktstaatsanwaltschaften oder sie würden aufgebaut, bei der Polizei gebe es entsprechende Fachabteilungen, neue Gesetze entstünden.

Im November 2020 bekommt der Oldenburger Polizeipräsident Post aus Köln. Die Göttinger Zentralstelle hatte den Fall Peter S. an die dortige Staatsanwaltschaft abgegeben, der Gelsenkirchener S. nannte Kühme einen „wahren Hetzer“. „Der Kommentar des Beschuldigten ist mithin als Beitrag zu einer emotional geführten politischen Debatte zu werten“, heißt es in dem Schreiben. „Die Aufnahme von Ermittlungen habe ich abgelehnt.“ Hochachtungsvoll, Unterschrift Staatsanwalt, Kühme kennt das ja schon.

Wenige Wochen später bekommt Kühme erneut Post. Die Zentralstelle in Göttingen hatte im Fall von Jörg H. einen Strafbefehl beantragt, er beleidigte Kühme auf Twitter mit „Dreckiger Kommunisten Bastard!!!“. Das Amtsgericht befand: Niemand darf den Polizeipräsidenten ungestraft so nennen. Es verurteilte H. zu einer Geldstrafe von 50 Tagessätzen.

Johann Kühme ruft sofort die Lokalpresse an. Nein, sagt er in seinem repräsentativen Dienstzimmer im ehemaligen Oldenburgischen Staatsministerium, er verspüre kein persönliches Triumphgefühl. „Für mich ist das Urteil ein deutliches Signal, dass Hass und Hetze von der Justiz nicht geduldet werden.“

Neun Verfahren sind noch offen, während er das sagt, Ausgang ungewiss.

Karsten Krogmann

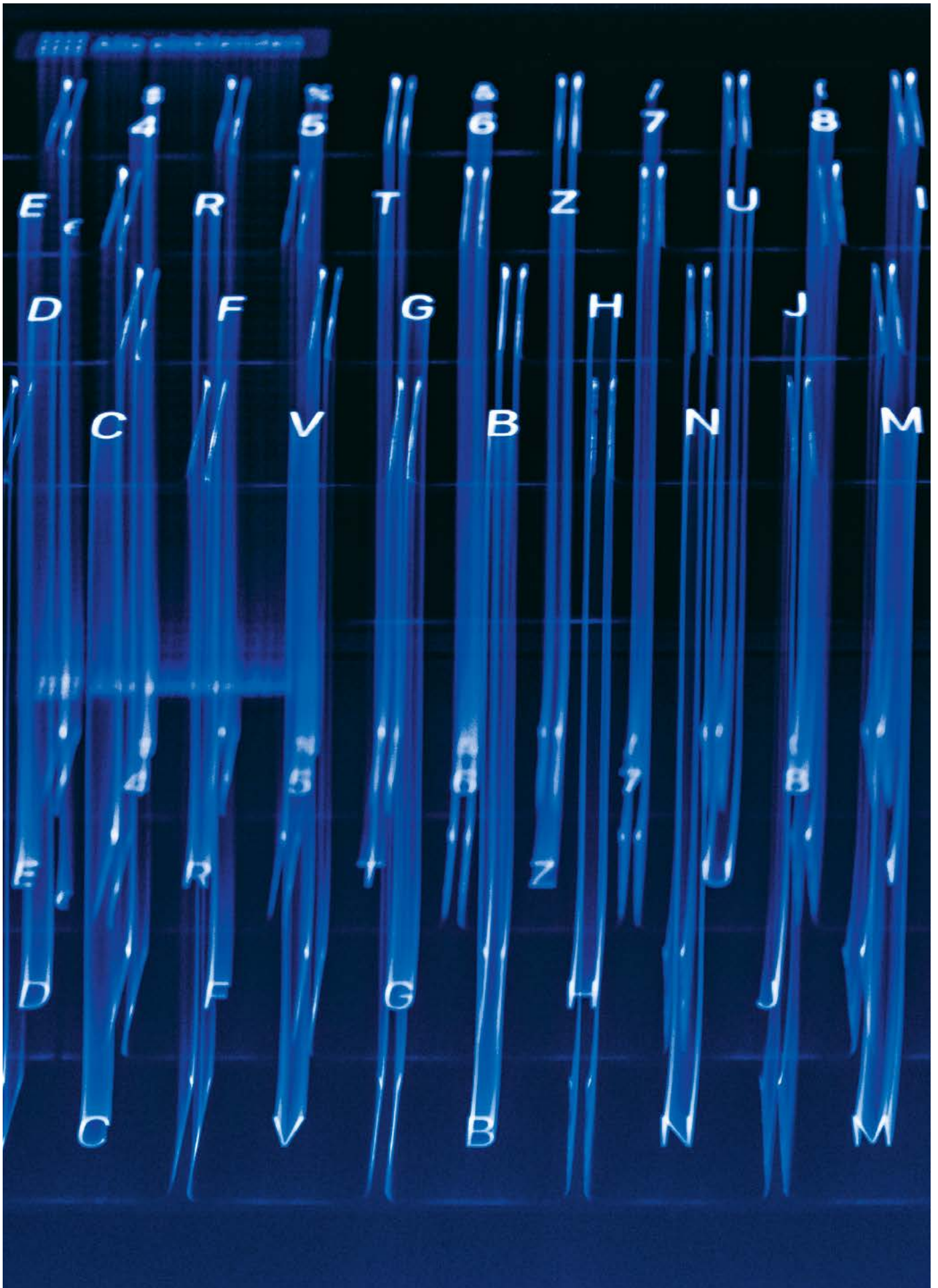


Foto: Mohssen Assanimoghaddam

Die Pöbelhöhle: Wenn Volksverhetzung Volkssport wird

Das Internet ist zur Kloake geworden. Gesetzgeber und Justiz dürfen es nicht zulassen, dass der Dreck schwimmt und schwemmt und stinkt.

Als der CDU-Politiker Walter Lübcke von einem Rechts-extremisten auf der Terrasse seines Hauses in Kassel erschossen wurde, wurde diese Mordtat in vielen Kommentaren im Netz gefeiert. Es herrschte dort Jubel über den Tod des Politikers, gegen den zuvor wegen seines Engagements für Flüchtlinge schon übel gehetzt und gedroht worden war. Die ungeheuer gemeinen und böartigen Sätze gegen den Politiker standen im Netz, tagelang, als handele es sich um Plakate, Zeugnisse und Urkunden der Meinungsfreiheit. Sie standen da, als gäbe es keine Löschvorschriften im Netzwerkdurchsetzungsgesetz, sie standen da, als wollten sie dessen Paragraphen verhöhnern und sich über seine Absichten lustig machen.

2017, als das Netzwerkdurchsetzungsgesetz erlassen wurde, hatten viele Kritikerinnen und Kritiker ein Overblocking befürchtet, ein Zuviel an Löscheri. Tatsächlich ist es zu einem Underblocking gekommen. Rechtsextremisten hausen nach wie vor im Netz, als gäbe es kein Gesetz oder als gälte dort keines. Die Bundesanwaltschaft sagt, es gebe keine Hinweise auf ein rechtsterroristisches Netzwerk, also auf die Beteiligung von bislang noch unbekanntem Personen an der Ermordung von Walter Lübcke. Aber es gibt mehr als nur Hinweise, es gibt Beweise für ein Netzwerk der psychischen Beihilfe, das sich im Netz rekrutiert und fortpflanzt.



Foto: Jürgen Bauer

Hetze, Verhetzung und Hass im Netz beginnen mit Beleidigung, Verleumdung, übler Nachrede. Zumal Politikerinnen und Politiker müssen es sich gefallen lassen, als „alte perverse Drecksau“, als „nutzloses Stück Dreck“ und als „Drecksfotze“ beschimpft zu werden. Sie sollen, im Interesse der Meinungsfreiheit, jedwede Hetze aushalten, sei es der Satz „man sollte dich köpfen“, sei es die Drohung, vergewaltigt oder ins Mähwerk eines Mähreschers geworfen zu werden. Auch Schmähkritik hat, angeblich, noch irgendeinen Bezug zu Sachauseinandersetzung und wird deshalb, angeblich, von der Meinungsfreiheit geschützt. Fassungslos steht man vor dieser Verrohung. Das Internet wird zur Kloake; und die Justiz macht die Schleuse auf, sie lässt zu, dass der Dreck schwimmt und schwemmt und stinkt.

Meinungsfreiheit? Nein, Schmähungen gehören nicht zur Meinungsfreiheit. Ja, das Wort „Volksverräter“, mit dem Extremisten demokratische Politikerinnen und Politiker beschimpfen, ist ein hetzendes und strafbares Wort. Nein, es stimmt nicht, dass gegen die

Prof. Dr. Heribert Prantl war zwei Jahrzehnte lang Chef der Redaktionen Innenpolitik und Meinung der „Süddeutschen Zeitung“. Er war auch Mitglied der Chefredaktion. Heute ist er ständiger Autor und Kolumnist des Blattes. Soeben erscheint im Münchner Verlag C. H. Beck sein neues Buch: „Not und Gebot. Grundrechte in Quarantäne“.

Verrohung kein Kraut gewachsen sei. Die einschlägigen Paragrafen heißen: Beleidigung, üble Nachrede, Nötigung, Verunglimpfung des Staats, Volksverhetzung. Es ist ungut, wenn die Polizei unterstellt, dass ja „eh nichts herauskommt“. Auch deshalb ist es zur Veralltäglichsung der Unverschämtheiten gekommen, auch deshalb ist das Internet partiell eine braune Kloake geworden. Wenn Volksverhetzung Volkssport wird, darf der Staat nicht zuschauen und so tun, als könne man nichts machen, als sei das halt so etwas wie eine Gewitterfront, die schon wieder abziehen wird. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz sollte, es muss die Entwicklung des Internets zur Pöbelhölle aufhalten und umkehren. Das Gesetz hat dies aber bisher nicht geschafft. Und auch der aktuelle Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes schafft das nicht.

Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz leidet an zwei Geburtsfehlern. Erstens: Es hat die Rechtsdurchsetzung im Internet outgesourct, indem es sie an die Netzbetreiber übertragen hat. Ob Eintragungen gelöscht werden oder nicht, wird nicht von staatlichen Institutionen, sondern von Twitter, Facebook, Google und Co. in eigener Regie entschieden. Das ist ein Systembruch, das ist ein Verstoß gegen die Gewaltenteilung. Der Staat hat seine Entscheidungsgewalt darüber, was Recht und Unrecht ist, an Twitter und Co. abgegeben. Das ist der Geburtsfehler Nummer eins. Geburtsfehler Nummer zwei: Der Staat hat seine Strafgewalt nicht gesichert. Der Staat und seine Strafverfolgungsorgane kommen an die Hetzer im Internet viel zu oft nicht heran, weil das Netzwerkdurchsetzungsgesetz keine funktionierende Auskunftspflicht der Provider etabliert hat.

Twitter, Facebook und Co. müssen keine Auskünfte darüber geben, wer sich hinter Pseudonymen im Netz verbirgt; sie können die Bestandsdaten von Verdächtigen herausrücken, wenn sie das wollen; sie müssen es aber nicht – und sie tun es in der Regel auch nicht. Die „Deutsche Richterzeitung“ stellt daher bitter fest,

dass die Strafverfolger „Bittsteller“ bleiben, solange das Gesetz keine klare und zwingend Auskunftspflicht zu den Bestandsdaten vorschreibt. Hetze und Gewalt im Netz explodieren sonst.

Die Höchststrafe bei Beleidigung soll mit dem „Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität“ (der Bundespräsident hat es noch nicht unterschrieben und Nachbesserungen verlangt) von einem Jahr auf zwei Jahre verdoppelt werden. Das hilft aber gar nichts, wenn die Justiz Beleidigung oder Verhetzung gar nicht mehr als Beleidigung oder Verhetzung erkennt oder bewertet. Da hilft auch ein immer schärferes Netzwerkdurchsetzungsgesetz nichts: Wenn die Justiz keine Maßstäbe mehr für die Strafbarkeit hat, dann sind alle Sanktionen, die in anderen Gesetzen an die Strafbarkeit anknüpfen, für die Katz. Die Rechtsprechung hat die Beleidigung, zumal die Beleidigung von „public figures“ im Internet, faktisch entkriminalisiert.

Wie aus Hetze brutale Gewalttaten werden, hat man in jüngster Zeit in Kassel, Hanau und Halle erleben können. Es ist dies auch eine historische Erfahrung. In der Weimarer Republik kämpfte Reichsfinanzminister Matthias Erzberger vergeblich gegen die Rufmordkampagne des Reaktionärs Karl Helfferich: „Fort mit Erzberger“. Noch während des Prozesses schoss ein Attentäter auf Erzberger und verletzte ihn schwer. 1921, vor hundert Jahren, wurde er dann ermordet.

Die Justizministerkonferenz sollte sodann umfassend darüber nachdenken, wie die Justiz künftig dem Internet und seinen Spezifika gerecht wird. Es gibt heute Spezialabteilungen an den Gerichten, bei denen man ohne besondere Fachkenntnisse in Spezialmaterien nicht auskommt: Mietgerichte, Familiengerichte, Betreuungsgerichte, an den Landgerichten gibt es Kammern für Handelssachen. Internet-Gerichte gibt es bisher nicht. Es sollte sie geben. Das braucht die Justiz. Und die Gesellschaft braucht eine Justiz, die internetfähig ist. Sie braucht eine Justiz, auch eine Strafjustiz, auf der Höhe der Zeit.

Wozu ist Strafe da? Sie ist dazu da, um den Bürgerinnen und Bürgern zu demonstrieren, dass die strafrechtlichen Verbote wirklich gelten. Bei der Beleidigung ist es Zeit für diese Demonstration.

Heribert Prantl



Foto: Michael Probst/dpa

Ein Jahr Hanau

Fatih Saraçoğlu

Vili Viorel Păun

Kaloyan Velkov

Ferhat Unvar

Mercedes Kierpacz

Gökhan Gültekin

Sedat Gürbüz

Hamza Kurtović

Said Nesar Hashemi

Am 19. Februar 2020 ermordete ein 42-jähriger Mann aus Hanau (Hessen) in seiner Heimatstadt neun Menschen mit Migrationshintergrund. Anschließend erschoss er seine Mutter Gabriele R. und sich selbst. Der psychisch gestörte Täter hatte zuvor sein rassistisches, islamfeindliches, antisemitisches und von Verschwörungstheorien geprägtes Weltbild im Internet verbreitet.

Ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des WEISSEN RINGS haben nach dem Amoklauf 39 Menschen in den Außenstellen des Vereins unterstützt, teilweise besteht das Betreuungsverhältnis bis heute. Weitere elf Menschen meldeten sich über das Opfer-Telefon beim WEISSEN RING. Insgesamt zahlte der Verein finanzielle Hilfen in Höhe von 63.049 Euro aus.

Wir können die Macht der Internet-Plattformen nicht mehr ignorieren



Foto: Christoph Soeder

Dorothee Bär, geboren 1978 in Bamberg, sitzt seit 2002 für die CSU im Deutschen Bundestag. Seit 2018 ist sie Staatsministerin im Bundeskanzleramt, Beauftragte der Bundesregierung für Digitalisierung.

Frau Staatsministerin Bär, haben Sie sich jemals gewünscht, das Internet wäre nie erfunden worden?

Nein. Erstens lebe ich grundsätzlich nicht in der Vergangenheit. Und zweitens sind in vielen Bereichen digitale Anwendungen eine absolute Lebenserleichterung. Das zeigt ja auch die Pandemie deutlich. Covid 19 und ein Lockdown wären ohne die Möglichkeiten digitaler Vernetzung vor 30 Jahren noch unaushaltbarer gewesen, als es jetzt schon der Fall ist. Diese Krise offenbart – sei es am Beispiel Home-Office oder digi-

tales Lernen –, es geht nicht ohne digitale Anwendungen, und das hat mittlerweile auch jeder Digitalisierungsverweigerer erkannt.

Sie hätten mich auch fragen können: Hätten Sie sich gewünscht, dass das Messer nie erfunden worden wäre, nachdem jemand damit erstochen wurde? Aber zum Brotschneiden ist es eben doch eine sinnvolle Erfindung gewesen. Genauso verhält es sich auch mit dem Internet.

Das Internet wurde gerade in den frühen Jahren als Heilsbringer der Demokratie gepriesen. Jetzt zeigt es sich als Gefährder: Wir sehen Hass und Hetze, Verschwörungstheorien statt Fakten, eine gespaltene Gesellschaft. Was ist da schiefgelaufen?

Als das Internet erfunden wurde, wurde es möglicherweise zu sehr romantisiert. Ich glaube, das Internet ist per se weder gut noch böse, per se weder demokratisch noch undemokratisch, sondern es bietet Chancen und Herausforderungen für die freiheitliche Demokratie.

Das Netz ist beispielsweise eine herausragende Hilfe, was das verfügbare Wissen anbelangt: Nicht nur der, der sich einen Brockhaus leisten kann, kann sich schlau machen. Hier ähnelt das Internet dem Buchdruck, der durch Vervielfältigung dafür gesorgt hat, dass viel mehr Menschen an Bildung, Informationen und Nachrichten haben teilnehmen können. Durch das Internet wurde dieser Effekt potenziert.

Natürlich verunsichert diese rasante digitale Entwicklung auch viele Bürgerinnen und Bürger, ähnlich übrigens wie die Themen Globalisierung oder Klimawandel. Diese zunehmende Unsicherheit, gepaart mit einer Überforderung, führt dann dazu, dass sich einige Menschen bei Frustrationen Sündenböcke suchen. Zeitgleich wurden althergebrachte Wertesysteme, ob es Religion ist oder die Mitgliedschaft im Kegelerverein, aufgegeben und bieten deshalb nicht mehr die Stabilität, wie das in früheren Jahren der Fall war.

Bei diesen globalen Herausforderungen fehlt einigen dann der Wertekompass, was in Verbindung mit mangelnder digitaler Bildung dann auch zu Hass im Netz führen kann. Es wäre also zu einfach, die Schuld auf das Medium zu schieben, denn es ist vielschichtiger. Zum einen liegen die Ursachen bei den Menschen, die vor dem Rechner sitzen, zum anderen braucht es natürlich auch eine kluge Regulierung, die Hass und Hetze im Netz Einhalt gebietet und deren Verbreitung nicht befeuert.

Wir sind ein Opferschutzverein. Inzwischen schreiben uns allen Ernstes Menschen an, die fordern, wir müssten etwas gegen die überbordende Polizeigewalt tun, die der Staat dazu nutze, um sogenannte Corona-Leugner niederzuknüppeln. Corona sei ein Komplott der Eliten. Die Menschen, die uns so etwas schreiben, sind davon fest überzeugt. Ihre Quellen zu so einem Unfug finden sie im Internet. Ist das nicht für unsere Demokratie ein Riesenproblem?

Diese Menschen, die Sie jetzt beschreiben, sind die Extremfälle. Die gibt es natürlich auch. Ich habe erst vor kurzem eine Zuschrift erhalten, in der uns Politikerinnen und Politikern vorgeworfen wurde, wir würden doch gar nicht mit dem richtigen Corona-Impfstoff

geimpft, wenn es einmal so weit wäre. Wir würden, wenn wir uns öffentlichkeitswirksam impfen ließen, Placebos oder irgendeine Wasserlösung nutzen. Aber Gott sei Dank glaubt das nicht die Mehrheit.

Eine große Verunsicherung über Falschmeldungen erlebe ich zum Beispiel auch fortwährend in WhatsApp-Gruppen. Es werden dort Meldungen weitergeleitet, die man ohne große Mühe als Falschmeldung enttarnen könnte. Es fallen dennoch viele Bürgerinnen und Bürger darauf rein, das ist nicht nur eine Frage der Bildung. Kontakt mit Falschmeldungen kann alle treffen, teilweise findet man solche Fälle auch in der eigenen Familie, im Bekanntenkreis oder im eigenen Dorf. Das Problem ist, dass gerade Nachrichten, die im privaten Raum kursieren, oft für besonders glaubwürdig gehalten werden.

Wir als Politikerinnen und Politiker haben hier die Aufgabe, unsere Politik, die Komplexität und die Zusammenhänge unserer Maßnahmen immer wieder zu erklären und Ängste ernst zu nehmen. Es gibt natürlich einige wenige Fälle, denen ist einfach nicht zu helfen, wenn ich da etwa an die Reichsbürger denke. Solche Fälle habe ich dann allerdings nicht nur in der digitalen Welt, sondern auch „analog“ schon verloren. Aber digital haben solche Menschen dann eben aufgrund der digitalen Echokammern die Möglichkeit, ihre Verschwörungstheorien viel schneller zu teilen, und das verleiht ihnen natürlich eine gewisse Macht. Es gilt, diese Macht einzudämmen.

Wie kann das gelingen?

Für jede oder jeden Einzelnen bedeutet das: Inhalte, die strafrechtlich relevant sind, müssen auch gemeldet werden – also nicht nur blockieren, nicht nur löschen, sondern tatsächlich zur Anzeige bringen. Ich weiß, dass die Hemmschwelle groß ist, ich bekomme ja auch selber viel Mist zugeschickt den ganzen Tag. Und sich jedes Mal dann aufzuraffen, die Hassnachrichten anzuschauen, um sich dann zu fragen: „Will ich mich damit jetzt das nächste halbe Jahr beschäftigen?“, ist natürlich müßig. Aber ich kann immer nur wieder auffordern, die Inhalte zu melden und zur Anzeige zu bringen. Denn wenn es den Täterinnen und Tätern an den Geldbeutel geht, ist das eine Möglichkeit, den einen oder anderen wieder zur Vernunft zu bringen.

Wir als Bundesregierung stehen vor der Herausforderung, einen zeitgemäßen Rechtsrahmen zu schaffen. Seit 2017 gibt es in Deutschland das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, das hier entscheidende Vorstöße macht und auch fortentwickelt wird. Auch auf europäischer Ebene arbeiten wir mit dem Vorschlag für einen „Digital Services Act“, der im Dezember 2020 von der Europäischen Kommission vorgelegt wurde, daran, hier

klare Regeln aufzustellen: Betreiber von sozialen Netzwerken müssen konsequent zum Beispiel gegen Hass, Hetze, Falschnachrichten und terroristische Inhalte vorgehen. Sie treffen umfassende Transparenz- und Sorgfaltspflichten, deren Erfüllung sie auch gegenüber Behörden nachzuweisen haben. Aber wir sollten hier auch globaler denken: Ich hoffe bei der Plattformregulierung auch auf ein neues transatlantisches Bündnis zusammen mit der neuen US-Regierung.

Sie sagten, Sie bekommen „viel Mist“ zugeschickt. Was bekommen Sie da? Und haben Sie das Gefühl, das hat zugenommen?

Ich bin ja seit 18 Jahren Mitglied des Deutschen Bundestags. Als ich im Bundestag anfang, gab es die Sozialen Netzwerke in der Form noch nicht. Da hat man Drohbriefe zugeschickt bekommen, meist anonymisiert. Früher habe ich die Drohungen unterschiedlich ernst genommen, je nachdem, über welches Medium die Bedrohung transportiert wurde. Ich persönlich fand zum Beispiel Drohbriefe meistens viel erschreckender als eine E-Mail. Denn der Verfasser oder die Verfasserin eines Drohbriefes hat sich in der Regel Mühe gemacht, den Drohbrief zu verfassen – schreiben, noch einmal eine Nacht darüber schlafen, zum Briefkasten fahren, den Brief einwerfen. Einen Drohbrief zu verfassen, ist keine Affekthandlung, sondern wohlüberlegt. Als Adressatin weiß man dann genauer, woran man ist: Der Absender oder die Absenderin meint es sehr ernst, er oder sie hat so viel Hass verspürt, um doch einigen Aufwand auf sich zu nehmen und den Brief tatsächlich abzuschicken. Das fand ich wesentlich beunruhigender als eine Droh-E-Mail, bei der man als Leser oder als Leserin merkt, da sind 100 Rechtschreibfehler drin, keine Zeichensetzung, die wurde einfach mal rausgeschickt und nicht noch mal durchgelesen. Ähnlich ist es mit dem Aufkommen von Nachrichten in den Sozialen Medien, wo dann irgendwelche Kommentare überhitzt und voreilig versendet werden.

Ich glaube aber schon, dass insgesamt die Gewalt und die Gewaltbereitschaft gegenüber Politikern und Politikerinnen zugenommen haben. Das erlebe ich auch im Kollegen- und Kolleginnenkreis: Erst gestern Abend habe ich wieder gehört, dass ein Wahlkreisbüro eines Kollegen zerstört wurde.

Bei mir persönlich kommt dazu, dass ich sehr stark im Internet vertreten bin. Dadurch hat jeder oder jede irgendeine Meinung zu mir. Und einige glauben, da es um eine Person des öffentlichen Lebens geht, hätten sie einen Freifahrtschein für schlechte Manieren sowie Hass und Hetze.

Fühlen Sie sich bedrohter als früher?

Ich gehe relativ angstfrei durchs Leben. Aber ich würde jetzt lügen, wenn ich sagen würde, dass ich mich über jede fiese Zuschrift freue. So masochistisch ist, glaube ich, niemand veranlagt. Und ich versuche auch, negative Energie nicht so an mich heranzulassen. Natürlich kommt es vor, dass ich mich einmal ein paar Minuten darüber aufrege. Aber wer in die Politik geht, der weiß, dass man diesen Beruf nicht ausübt, um nur gelobt oder gemocht zu werden.

Wenn jemand strafrechtliche Grenzen überschreitet oder Sie bedroht, zeigen Sie ihn dann konsequent an?

Ja, meistens schon. Ich rate auch immer jedem dazu, es zu tun. Und ich freue mich über Kolleginnen und Kollegen, die dann beispielsweise auf Twitter die Beispiele teilen und sagen: So, angezeigt, das ist passiert, da kam diese Abmahnung raus, da kam jene Geldstrafe raus. Weil das auch immer wieder eine Aufforderung für andere ist, das auch zu tun und ein Zeichen zu setzen.

„Der digitale Raum macht nicht an nationalen Grenzen halt. Wir brauchen internationale Lösungen.“

Dorothee Bär

Bei Leserbriefen in der Zeitung wird der Absender kontrolliert, Beleidigungen oder strafrechtliche Inhalte werden nicht gedruckt, weil der Verlag dafür haftet. In den sozialen Medien gibt es das nicht, obwohl Facebook sozusagen der größte Verlag der Welt ist. Warum gelten da andere Regeln?

Ich teile Ihre Einschätzung nicht, dass bei den Leserbriefen so wahnsinnig darauf geachtet wird. Ich hatte neulich erst wieder einen Leserbrief gegen mich in einer lokalen Zeitung, der so sexistisch war, dass ich mich gewundert habe, dass die Zeitung das abgedruckt hat. Das ist aber nur meine subjektive Sichtweise, darüber kann man sich streiten. Soziale Netzwerke haben eine sehr große Macht, da der digitale Raum für die meisten unverzichtbar geworden ist, um sich auszutauschen. Und die Pandemie hat die Verschiebung der Marktverhältnisse hin zum Digitalen eklatant beschleunigt. Wir können nicht mehr ignorieren, welche Macht die digitalen Plattformen bei der Verbreitung von Inhalten haben. Deshalb muss der Rechtsrahmen immer an die heutige Zeit angepasst werden. Die Erstürmung des Capitols oder die Corona-Pandemie haben uns diesen Handlungsbedarf noch einmal sehr offengelegt.

Wir haben als Bundesregierung bereits davor mit der Einführung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes und den Änderungsgesetzen, deren Einführung kurz bevorsteht, wichtige Regelungen zur Regulierung geschaffen. Wir haben mit dem NetzDG ein Gesetz beschlossen, dass die Netzwerke noch einmal wesentlich stärker in die Pflicht nimmt. Offensichtlich rechtswidrige Inhalte müssen von den Anbietern innerhalb von 24 Stunden nach Eingang einer Beschwerde gelöscht werden. Bei Verstößen gibt es dann Bußgelder. Aber: Nationale Regelungen alleine reichen einfach nicht. Der digitale Raum macht nicht an nationalen Grenzen halt. Wir brauchen internationale Lösungen und ein Einvernehmen darüber: Was ist eigentlich ein rechtswidriger Inhalt? Bis Oktober letzten Jahres war es kein Straftatbestand in den USA, den Holocaust auf Facebook zu leugnen. In Deutschland ist es auf der gleichen Plattform ein Straftatbestand. Wir müssen hier also größer und mindestens europäisch denken. Deswegen begrüße ich den Vorschlag der EU-Kommission zur Regulierung von Plattformen im „Digital Services Act“. Große Plattformen müssen Mechanismen schaffen, um den Risiken der Verbreitung von terroristischen oder anderen strafbaren Inhalten zu begegnen, effektive Meldewege und auch mehr Transparenz zu schaffen,



Foto: Christoph Soeder

zum Beispiel über die kommerzielle Werbung, die Menschen auf den Plattformen begegnet.

Sie sprachen gerade das Netzwerkdurchsetzungsgesetz an. Ist es ein Geburtsfehler des Gesetzes, dass man die juristische Verantwortung outsourct an die Plattformbetreiber?

Das ist einer der Punkte, die man zu Recht kritisieren kann. Aber wir müssen auch Lösungen haben, die in der Praxis praktikabel sind. Momentan ist es bei der Masse der Inhalte schwer anders lösbar, als dass auch die Plattformen zur Bewältigung der Herausforderung beitragen. Aber natürlich spielt auch der Rechtsweg eine wichtige Rolle.

Zurück einmal zu den Ereignissen in den USA: Erst geschahen die Angriffe auf das Capitol, kurz darauf sperrten Plattformen wie zum Beispiel Twitter den Account des US-Präsidenten. Finden Sie es richtig, dass Plattformen die Macht haben, den Account des mächtigsten Mannes der westlichen Welt zu sperren? Ich sage ganz offen – jeder ist ja nur ein Mensch – ich war in der ersten Sekunde über Trumps Sperrung sehr erleichtert. Aber natürlich ist es nicht in Ordnung.

Das Grundrecht auf Meinungsfreiheit ist ein Grundrecht von elementarer Bedeutung. In dieses Grundrecht kann eingegriffen werden, aber entlang der Gesetze und innerhalb des Rahmens, den der Gesetzgeber definiert, und nicht nach dem Beschluss der Unternehmensführung von Social-Media-Plattformen.

Wir können die Macht der Plattformen nicht mehr ignorieren, sie sind mehr als ein Gastwirt, der mal von seinem Hausrecht Gebrauch macht. Plattformen stellen den Raum für Öffentlichkeit und demokratischen Diskurs. Das sind Megakonzerne, die momentan entscheiden, wer seine Meinung äußern darf und wer nicht. Ist es also richtig, dass ein Konzern entscheiden kann, welcher Politiker was sagen darf? Das denke ich nicht. Wir reden hier ja nicht über die Kennzeichnung von einigen Tweets, sondern über den dauerhaften Ausschluss, das ist eine ganz andere Nummer, weil hier eine komplette Möglichkeit der Kommunikation entzogen wird. Das sollte man nicht so feiern, wie es teilweise gemacht wird. Ein hilfreiches Gedankenexperiment ist hier, sich zu vergegenwärtigen, wie die Situation mit anderen Vorzeichen ausgesehen hätte. Das nun gefühlt für viele der Richtige ausgeschlossen wurde, wäre als Genugtuung brandgefährlich.

Wer will das denn entscheiden? Die Justiz?

Die Legislative setzt den gesetzgeberischen Rahmen, im „Digital Services Act“ stärken wir auch noch einmal die Rolle Aufsichtsbehörden, und die Justiz nimmt sich der rechtlichen Streitfälle an. Das ist der gängige Dreiklang, der auch hier gilt. Man muss sich ja auch einmal vergegenwärtigen, welche gravierenden Folgen ein Rauswurf mit sich bringt. Die Betroffenen können sich weiter radikalieren, wenn die Ausweichplattformen weniger stark regulieren und die Gegenrede durch Andersdenkende wegfällt. Wenn sich Menschen in Nischen begeben, die dann für die Strafverfolgung wesentlich schwerer zu beobachten und zu verstehen sind, treffen sich auf diesen Plattformen ausschließlich Menschen, um sich in ihrem Weltbild zu verstärken. Dieser gefährlichen Dynamik dann Einhalt zu gebieten, wird wesentlich schwerer. Sprich: Das ist ein so sensibles Feld, natürlich muss der Gesetzgeber den Rahmen vorgeben und nicht die Plattformen selbst.

Sind die sozialen Medien die Vierte Gewalt im Staat geworden?

Jedenfalls haben sie neben den klassischen Medien eine ganz enorme Wucht entwickelt. Als Bertha Benz ihre erste Autofahrt unternommen hat, gab es keine Straßenverkehrsordnung. Sie ist losgefahren, hatte keine Autobahnen und musste an keiner Ampel halten, weil es keine gab. Heute ist das anders. So ist es auch bei den sozialen Netzwerken. Wir brauchen Regeln und können das eben nicht dem Markt überlassen. Wir könnten das gedanklich ja noch weiterspinnen und sagen, was da geschehen ist, geschah in den USA, und das ist unser Bündnispartner und eine Demokratie. Aber nehmen wir mal an, die Verhältnisse ändern sich und Plattformen aus anderen Regionen der Welt, die keine Demokratien sind, gewinnen mit sozialen Netzwerken an Boden. Dann wird noch deutlicher, dass wir es in keinem Fall der Plattform selbst überlassen können, wo die Grenzen der Meinungsfreiheit verlaufen.

Sie sagten, Sie bekommen Dinge auf WhatsApp zugeschickt, bei denen man mit drei Klicks herausfinden könnte, dass es ein Fake ist. Müsste es nicht Aufgabe der Schule sein, Menschen Medienkompetenz zu lehren? Die Schulen fragen zwar oft zu Recht, was sie eigentlich noch alles leisten sollen. Aber muss Quellenprüfung und Recherche nicht Hauptfach sein heute?

Ich habe selber viele Lehrerinnen und Lehrer in der Familie und verstehe die Frage, was man eigentlich noch alles machen soll. Aber es gibt halt Bereiche, die schaffen die Elternhäuser nicht. Und hier geht es nicht um ein Add-on, hier geht es um die Entrümpelung von Lehrplänen. Als Mutter von drei schulpflichtigen Kindern freut es mich nicht, Arbeitsblätter zu finden, die ich schon vor 30 Jahren bearbeitet habe. Die Welt hat sich doch 30 Jahre weiterentwickelt! Um auf Ihre Frage zu antworten: Ja, das Thema muss in die Schulen, defi-

nitiv. Wir diskutieren gerade auch über einen Digitalpakt Kita, denn die Affinität und Sensibilität für digitale Themen können wir schon früh anbahnen. Das ist auch Grundlage für die komplexere Auseinandersetzung mit diesen Themen, wenn die Kinder dann älter sind. Auch Kinder müssen wissen, was ein Algorithmus ist. Oder künstliche Intelligenz. Was sind Fake News? Sie beide haben ja bei Zeitungen gearbeitet. Das habe ich in der Schul- und Studienzeit auch getan. Erschreckend ist, wenn ich mit ehemaligen Kolleginnen und Kollegen spreche: Die können heute keine Aprilscherze mehr in ihren Zeitungen abdrucken! Wenn sie das tun, haben sie anschließend so viele Anrufe und Leserbriefe, das sei der Wahnsinn. Weil niemand mehr darauf kommt, dass am 1. April ein Aprilscherz in der Zeitung stehen könnte. Denn auch das Thema Quellenkompetenz scheint allgemein etwas abhandengekommen zu sein. Medienkompetenz muss in die Schulen – aber nicht nur. Wenn wir davon ausgehen, dass über 60 Prozent aller Grundschülerinnen und Grundschüler später in Berufen arbeiten werden, die es heute noch gar nicht gibt, dann muss ich sie auf eine andere Welt vorbereiten. Schule muss komplett neu und disruptiv gedacht werden.

Als Väter führen wir Diskussionen, dass die Kinder ein Gerät oder einen Account in sozialen Medien haben möchten. Wie gehen Sie damit um als Mutter?

Ich habe mir tatsächlich immer vorgenommen, dass unsere Kinder mobile Endgeräte erst dann bekommen, wenn sie auf eine weiterführende Schule gehen. Durch Corona und Homeschooling haben sich die Vorzeichen natürlich jetzt geändert. Für den digitalen Lernunterricht während Corona haben die zwei Kleinen, die in der dritten und vierten Klasse sind, gebrauchte Tablets bekommen. Es finden sogar der Schlagzeugunterricht und das Leichtathletiktraining digital statt. Ansonsten bin ich da extrem streng. Meine Kinder dürfen sich nichts aus dem Internet herunterladen, was ich nicht gesehen habe. So haben wir es bei der Ältesten auch gemacht. Sie hat einen geschlossenen Account, darf nie ihr Gesicht zeigen, und jeder, der sie in sein Netzwerk hinzufügen will, muss von mir freigegeben werden. Das ist für meine Kinder natürlich ziemlich „uncool“, aber das nehme ich sehr ernst.

Tobias Großkemper und Karsten Krogmann

Dammbruch

Alice und Enno Saathoff, Betreiber eines Campingplatzes in Ostfriesland, wollten in der Corona-Krise eigentlich nur etwas Gutes tun. Mit dem, was dann geschah, hätten sie nie gerechnet: Sie erlebten Hass, Hetze und Bedrohung – und fühlten sich allein gelassen.

Dies ist vielleicht nicht das Ende der Welt, aber das Ende Deutschlands, das darf man sagen. Hinterm Campingplatz liegt der Deich, hinterm Deich sieht man links die Niederlande und ansonsten bleigraue Nordsee. Wer hier, vorm Deich, Urlaub macht, sucht Ruhe, keinen Luxus. „Wir haben nicht fünf Sterne, wir haben tausend Sterne“, sagt Enno Saathoff gern, der den Campingplatz mit seiner Frau Alice betreibt, „oben am Himmel.“

Der Campingplatz ist geschlossen, weil Winter ist, weil Corona ist, zu ist er so oder so. Nur in der dazugehörigen Ferienwohnung wohnen ein paar Monteure, die in Ostfriesland auf Montage sind. Vom Montieren kommt auch Enno Saathoff, als er ins Haus stapft. Draußen läuft eine Pumpe nicht ordentlich, das muss repariert

werden. Für so etwas kann eine Winter- oder Coronapause prima genutzt werden. Saathoff, 64 Jahre alt, ist ein großer, kräftiger Ostfrieser, dem man eines sicherlich nicht nachsagen kann, dass er einen robusten Witz ungesagt ließe. „Heute erst habe ich meiner Frau ein Kompliment gemacht“, posaunt er in die Küche. „Ich habe zu ihr gesagt: ‚Du hast einen tollen Mann!‘“ Saathoff grinst, seine Frau Alice, 39 Jahre alt, rollt die Augen und grinst dann auch – Enno halt.

Ein Thema gibt es aber, das Enno ernst werden lässt: Politik. Nachrichten machen ihn nachdenklich. So auch die Nachrichten über das Coronavirus. Verflixt, dachte Enno, das ist schlimm, was können wir dazu beitragen, dass es ein bisschen besser wird? „Ich bin ein kleines Licht“, sagt Enno Saathoff über sich selbst, „Klein-Enno hinterm Deich“. Aber er hatte eine Idee, wie der kleine Campingplatz Dyksterhus, kaum größer als ein Hektar, zur Eindämmung des Coronavirus beitragen könnte: Er würde einfach die Nutzung der Corona-Warn-App verpflichtend vorschreiben. Wer bei den Saathoffs vorm Deich Urlaub machen möchte, muss vorher die App installiert haben – so einfach. Das schützt die Urlauber, das schützt die Ostfriesen, das schützt Enno Saathoff, seine Frau, die Kinder. „Und wer das nicht möchte, der darf sich gern irgendwo anders einen schöneren Campingplatz aussuchen.“ So dachte Enno Saathoff.

Das war im Sommer, der Campingplatz hatte im ersten Lockdown zunächst zwei Monate geschlossen, dann durfte er teilweise wieder öffnen: zunächst 50 Prozent der Plätze, dann 80. Saathoff meldete sich bei der nahen „Ostfriesen-Zeitung“, um seine Idee vorzustellen. Die Zeitung fand die Idee spannend, das hatte ja noch keiner gemacht. Die Deutsche Presseagentur fand die Idee ebenfalls spannend, als sie in der „Ostfriesen-Zeitung“ davon las, und streute die Meldung deutschlandweit. Andere Zeitungen druckten die Meldung, das Radio berichtete, das Fernsehen kam. Enno Saathoff fand das gut. „Vielleicht springen ja auch andere Leute auf die Idee an“, hoffte er.

Es sprangen tatsächlich Leute auf seine Idee an – aber ganz anders, als Enno sich das vorgestellt hatte.



Foto: Karsten Krogmann

Alice und Enno Saathoff betreiben seit fünf Jahren einen Campingplatz in Ostfriesland.



Foto: Karsten Krogmann

„Bei Menschen wie Ihnen kann ich einfach nur noch kotzen“, schrieb „Name: Geht Sie nix an“ per E-Mail. „Anständige Menschen meiden Ihren Drecksampingplatz, und ich wünsche Ihnen aus tiefstem Herzen die Insolvenz, Stasi-Saathoff!“

„Ich muss sagen: Die Nazis und die Stasi wären stolz auf Sie gewesen“, schrieb „Wolfgang“.

„Menschen wie Sie werden zusammen mit Drostens und unseren korrupten Politikern wegen Verrat am deutschen Volk demnächst angeklagt und für immer weggesperrt!!!!!!!!!!!!“, schrieb „Bkopp“.

„Stimmt es, dass sich morgens alle auf dem Platz aufstellen und mit ausgestrecktem Arm die App zeigen?“, fragte „Adolf“.

Ausgestreckter Arm? Enno macht einen Enno-Witz, bitter deutet er einen krummen Nazigruß an. „Weißt du, was das in Ostfriesland heißt? Das heißt: So hoch ist das Gras in Nachbars Garten“ – Alice grinst nicht.

Hunderte Hass-Mails sind es, die die Familie erreichen. Schlimmer aber sind die Anrufe. Das zweite Kind, sechs Jahre alt, rennt so gern zum Telefon. Dort wird es beschimpft, muss sich anhören, dass seine verbrecherischen Eltern hoffentlich bald pleitegehen. Die Eltern untersagen dem Mädchen, ans Telefon zu gehen. Bald heben sie auch selbst nicht mehr ab, schon gar nicht bei unterdrückter Rufnummernanzeige. Einmal geht Enno doch ran, die Nummer ist zu sehen. Ein Mann stößt wüste Drohungen aus, Familie Saathoff gehöre umgebracht.

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz in Niedersachsen meldet sich und fordert eine Stellungnahme ein. Es geht um die Frage, ob die App-Verpflichtung möglicherweise gegen datenschutzrechtliche Vorgaben verstößt. Zuvor waren Beschwerden bei der Behörde eingegangen. Ein Sprecher versichert später auf Nachfrage, dass man nach der umfangreichen Medienberichterstattung eine Prüfung auch ohne Beschwerde eingeleitet hätte. Alice Saathoff beantwortet alle Fragen. In einem späteren Schreiben bestätigt die Landesbeauftragte, dass kein Verstoß vorliege, „von einer Gebührenerhebung sehe ich ab“.

Hass erreicht die Familie nicht nur per E-Mail oder Telefon. Etliche Menschen geben im Internet negative Bewertungen des Campingplatzes ab. Menschen aus allen Teilen Deutschlands, die noch nie in Ostfriesland waren, schon gar nicht in der Krummyhörn. Menschen, die noch nie campen waren. Menschen, die sich „Kim Jong Un“ nennen oder „Tip Top“, geben nur einen von fünf Sternen. Von 3,8 Sternen rutscht der Campingplatz Dyksterhus auf 2,6 ab. „Und wir können uns nicht dagegen wehren“, sagt Enno Saathoff, „das lässt sich ja nicht löschen.“ Lässt sich ein wirtschaftlicher Schaden beziffern? „Nein“, meint seine Frau, „die Saison ist ja ohnehin kaputt, wegen Corona.“ Osterfeuer, Boßeln, Aalräuchern, alles musste ausfallen in diesem Jahr. Nicht einmal die Karnevalsflüchtlinge durften kommen, es gab ja keinen Karneval.

Dies ist nicht das Ende der Welt? Zwischenzeitlich fühlte es sich so an.

Die schlimmsten E-Mails druckte Enno Saathoff aus und zeigte sie einem Polizisten – man kennt sich in der Krummyhörn. Der Polizist riet ihm von Strafanzeigen ab, das bringe sowieso nichts. Aber der Bedroher am Telefon, beharrte Enno, der müsse doch verfolgt werden, seine Frau sei Zeugin des Gesprächs! Dank der angezeigten Telefonnummer konnte der Anrufer ermittelt werden. Im November kam dann Antwort von der Staatsanwaltschaft. Ein öffentliches Interesse an einer Strafverfolgung könne nicht festgestellt werden, der Beschuldigte sei nicht vorbestraft, die Tathandlung nicht so schwerwiegend, hieß es.

„Wir haben es überlebt“, sagt Enno Saathoff heute. Wenn er jetzt, mit dem Wissen von heute, die Uhr zurückdrehen könnte, würde er die Sache mit der Corona-Warn-App noch einmal machen? „Nein“, sagt Alice Saathoff bestimmt. „Doch, schon aus Boshaftigkeit“, beharrt Enno stur. Glaubwürdig klingt er nicht.

Da gibt es eine App, auf den Weg gebracht und massiv beworben von der Bundesregierung. Die Betreiber eines privatwirtschaftlich betriebenen Campingplatzes nehmen die App ernst, sie machen ihre Nutzung zur Bedingung für freiwillig anreisende Gäste, sie bewerben die App und ihre Nutzung. Dann bricht Hass aus gegen sie. Morddrohungen werden ausgesprochen. Die Datenschutzbeauftragte mischt sich ein. Hat sich Familie Saathoff hinreichend geschützt und unterstützt gefühlt vom Staat und seinen Organen?

„Nein“, sagt Alice.

„Nein“, sagt auch Enno, „ein ganz klares Nein.“

Karsten Krogmann

Hassobjekt

Frau

Mehr als 14.000 Mädchen und junge Frauen ließ das Kinderhilfswerk Plan International im vergangenen Jahr für seinen Welt-Mädchenbericht befragen. 58 Prozent der Befragten gaben an, bereits im Internet beschimpft, belästigt oder bedroht worden zu sein. Von den etwa Tausend Befragten aus Deutschland waren es sogar 70 Prozent. Der Bericht der Hilfsorganisation macht die Ausmaße der digitalen Gewalt deutlich, die Mädchen und Frauen im Internet entgegenschlägt.

Sie unterscheidet sich nicht nur in ihrem Umfang von dem, was Männer im Netz erleben. Wie in der analogen Welt haben frauenfeindlicher Hass, Belästigungen und Bedrohungen auch online eine ganz eigene Qualität. Demütigungen und Beleidigungen, die das Aussehen von Mädchen und Frauen betreffen, fallen etwa darunter, Vergewaltigungsdrohungen, sexualisierte Belästigungen, Stalking oder unaufgefordert verschickte Penis-Bilder. Das betrifft nicht nur Frauen, die etwa als Journalistinnen oder Politikerinnen besonders in der Öffentlichkeit stehen. Davon berichteten auch die jungen Befragten des Welt-Mädchenberichts.

So wenig wie diese digitale Gewalt vom analogen Rest der Gesellschaft losgelöst ist, sind es ihre Auswirkungen. „Ich saß Wochenenden zu Hause und habe ganz viel geweint“, sagt die Influencerin Louisa Dellert über ihre Erfahrungen mit sexistischem Hass im Netz. „Dieser eine gemeine Kommentar hat meinen ganzen Tag begleitet“, erinnert sie sich. „Weil ich traurig war, an mir gezweifelt habe und das Gefühl hatte, dass ein fremder Mensch da jetzt über mein Leben bestimmen kann.“ Mehr als 440.000 Menschen folgen der 32-jährigen heute auf Instagram. Als sie ihren Account 2013 eröffnete, ging es dort vor allem um Fitness und Ernährung. Dann begann sie, sich zunehmend anderen, politischeren Themen zu widmen. Der Einsatz für einen nachhaltigen Lebensstil ist mittlerweile Dellerts Markenzeichen. Sie setzt sich auf ihrem Instagram-Account aber auch mit Schönheitsidealen, Sexismus und Rassismus auseinander. In Live-Videos interviewt sie Poli-

tiker wie Jens Spahn, Annegret Kramp-Karrenbauer, oder Karl Lauterbach. Dellert ist eine junge Frau mit einer lauten Stimme, einer klaren Haltung. Besonders seit sie sich feministischen Themen widme, erklärt sie, erhalte sie immer mehr Hasskommentare. Die Absender: in der Regel Männer.

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International ließ bereits im Jahr 2017 digitale Gewalt gegen Frauen und ihre Auswirkungen untersuchen. Ein Meinungsforschungsunternehmen befragte Frauen in acht Ländern. Fast ein Viertel davon gab an, bereits Online-Missbrauch oder -Belästigung erlebt zu haben. 41 Prozent der Betroffenen erklärten, sich dabei mindestens einmal auch körperlich bedroht gefühlt zu haben.



Für **Louisa Dellert**, 32 Jahre alt, gehören Hass und Hetze zum Alltag: Als @louisadellert ist sie als Influencerin auf Instagram aktiv.

Foto: Privat

Die psychologischen Auswirkungen frauenfeindlicher Online-Gewalt sind der Befragung zufolge oft gravierend: Mehr als die Hälfte der Betroffenen berichtete von einem verringerten Selbstwertgefühl, von Stress, Angstzuständen, Panikattacken und von Schlafproblemen.

Das bestätigt auch die Berliner Rechtsanwältin Christina Clemm, die sich auf die Unterstützung von Opfern sexueller Gewalt als Nebenklageanwältin spezialisiert hat. Sie erlebe es häufig, erklärt sie, „dass geschlechtsspezifische digitale Gewalt sowohl im sozialen Nahraum, als auch im öffentlichen Raum massive Konsequenzen für die Betroffenen hat“. Ihre Mandantinnen zögen sich zum Beispiel völlig zurück, seien eingeschüchtert und litten immer wieder unter starken Ängsten.

Auch die Social-Media-Plattformen verändern sich durch sexistischen Hass: Etwas mehr als drei Viertel der für Amnesty International befragten Frauen, die bereits Missbrauch oder Belästigungen im Netz erlebt haben, gaben an, ihr Nutzungsverhalten auf Social-Media-Plattformen daraufhin verändert zu haben. Der Welt-Mädchenreport 2020 kommt zu einem ähnlichen Schluss: 13 Prozent der betroffenen Mädchen und jungen Frauen gaben demnach an, die sozialen Medien weniger zu nutzen, 13 Prozent schreiben gar keine Posts mehr und 8 Prozent haben sogar die jeweilige Plattform verlassen. Hasskommentare werden so auch zu einem Machtinstrument – die Räume, in denen sich die Täter sicher fühlen, drohen noch zu wachsen.

Louisa Dellert hat mittlerweile jahrelange Erfahrung im Umgang mit den sozialen Medien – und auch mit dem Hass, der dort verbreitet wird. Sie hat sich dafür sogar coachen lassen, hat sich ein dickes Fell zugelegt. Trotzdem werde es immer Tage geben, an denen ihr Beleidigungen und Shitstorms wehtun. „Das ist menschlich und das ist normal“, sagt sie.

Eines will sie jedoch auf keinen Fall: sich zum Schweigen bringen lassen. „Ich verändere mein Posting-Verhalten überhaupt nicht“, sagt sie, „ich mache genauso weiter.“ Dabei helfe vor allem die gegenseitige Solidarität in der Netzgemeinde. „Es fühlt sich einfach gut an, wenn es da Menschen gibt, die dir sagen: ‚Hey, ich sehe dich und hey, das ist unfair und ich kann richtig fühlen, wie es dir gerade geht‘“, erklärt sie. Ihre Followerinnen ruft Louisa Dellert dazu auf, laut zu sein und auch öffentlich gegen sexistischen Hass vorzugehen. „Sonst findet so etwas immer häufiger statt und die Hemmschwelle, solche Kommentare zu schreiben, sinkt immer mehr.“

Eine funktionierende Netzgemeinde kann Betroffenen das Gefühl geben, nicht alleine zu sein. Hetzerische, beleidigende oder gar bedrohliche Inhalte zu löschen

liegt jedoch im Verantwortungsbereich der Plattform-Betreiber. Facebook, Instagram, Youtube oder Twitter – die Social-Media-Plattformen haben jeweils eigene Richtlinien, müssen sich darüber hinaus nach geltenden Gesetzen richten. Längst nicht immer kommen die Plattformen ihrer Verantwortung dabei ausreichend nach, auch wenn frauenfeindlicher oder anderer Hass von Nutzerinnen gemeldet wird.

Viele Hasskommentare oder E-Mails verstoßen nicht nur gegen die Richtlinien von Social-Media-Plattformen, sondern überschreiten auch die Schwelle der Strafbarkeit. Meistens gehe es dabei um Beleidigungen, Bedrohungen, Stalking oder Nötigung, erklärt Anwältin Christina Clemm. „Häufig aber werden auch heimlich angefertigte Aufnahmen oder einvernehmlich aufgenommene intime Bilder gegen den Willen der Betroffenen veröffentlicht.“ Sie empfiehlt in solchen Fällen, die Nachrichten zunächst digital zu sichern, also etwa Screenshots von ihnen zu machen. „Dann können Betroffene Strafanzeigen erstatten. Oft funktioniert dies am besten über eine Anzeige im Internet.“ „Selbstverständlich gibt es das große Problem, dass digitale Gewalt häufig anonym erfolgt und auch über Server, die die Herkunft verschlüsseln“, sagt die Anwältin. Sie sei jedoch überrascht, wie oft Täter unter ihrem Klarnamen posten, oder E-Mail-Adressen benutzen, durch die sie identifiziert werden können.

Auch Louisa Dellert bringt immer wieder Hasskommentare zur Anzeige. Die Screenshots der Nachrichten leitet sie jedoch nicht direkt an die Polizei weiter, sondern online an die Organisation Hate-Aid. Die überprüft, ob wahrscheinlich eine Straftat vorliegt, und übernimmt nicht nur die Anzeige, sondern gegebenenfalls auch das weitere juristische Vorgehen. Für die Betroffenen von Hass im Netz ist das kostenlos, die Organisation finanziert ihre Arbeit dadurch, dass erstrittene Schmerzensgelder an sie gespendet werden.

Felix Huesmann

70%

der befragten Mädchen und jungen Frauen in Deutschland sind im Internet bereits beschimpft oder bedroht worden.

13%

der betroffenen Mädchen und jungen Frauen gaben an, die sozialen Medien weniger zu nutzen, 13 Prozent schreiben gar keine Posts mehr.

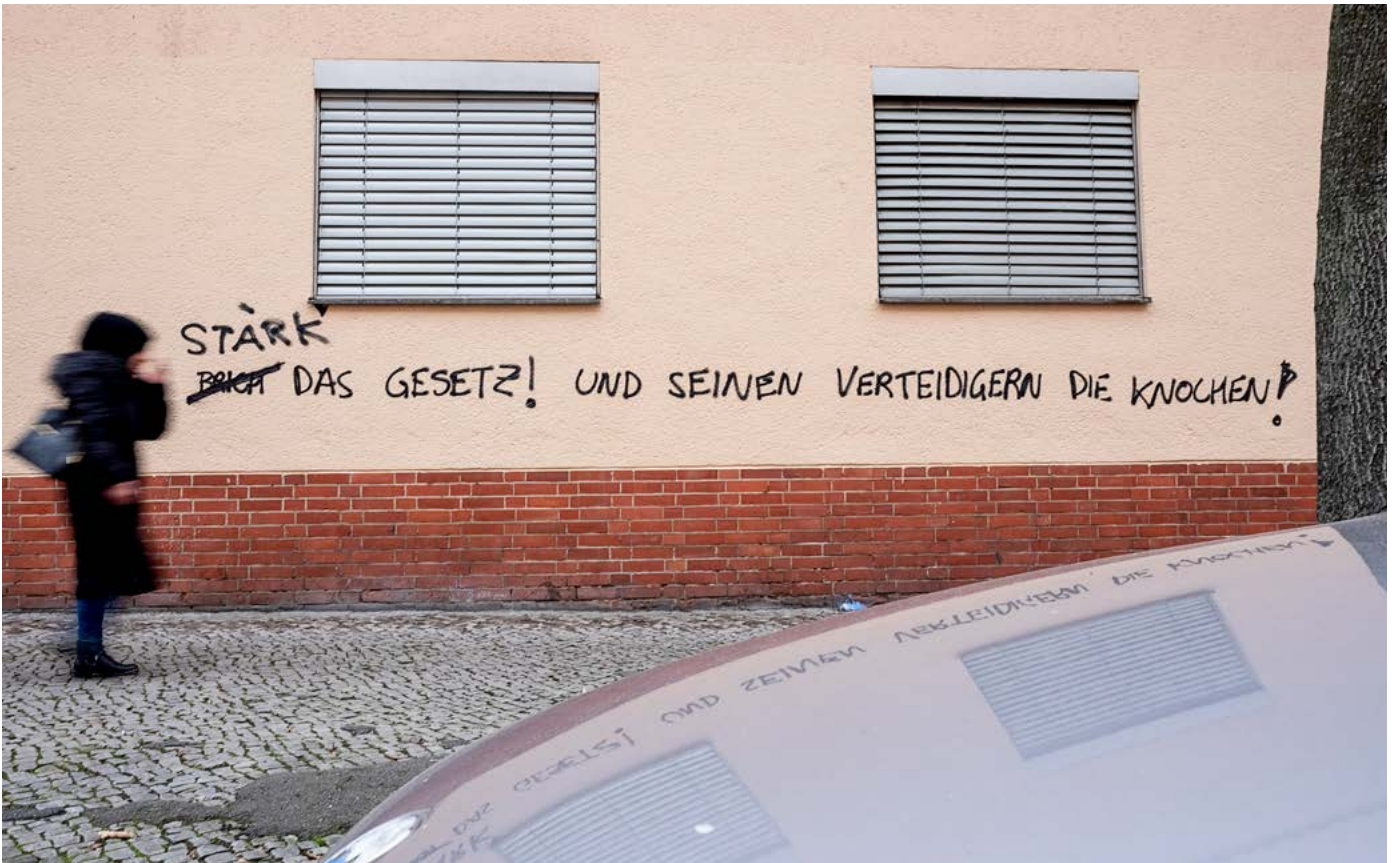


Foto: Christoph Soeder/dpa

„An meinem Privatwagen wurden die Radmuttern gelöst. Mehrfach!“

„Mein siebenjähriger Sohn wurde bedroht, weil ich Bürgermeister bin. Mein Haus wurde mit Farbe beschmiert, der Briefkasten mehrmals mit Müll vollgestopft.“

„Da fliegt dann schon mal ein Besprechungstisch durchs Zimmer.“

„Erst wurde das Auto zerkratzt, dann meine beiden Kinder gemobbt. Es folgte die Verschmutzung meines privaten Briefkastens und endete mit Steinwürfen auf die Glasscheibe meines Büros im Rathaus.“

„Während ich in meinem Auto saß, wurde ich attackiert. Eine Bürgerin schlug auf das Fahrzeug ein.“

„Auf meinen Namen hat ein Unbekannter Sachen im Internet bestellt und immer wieder Abos abgeschlossen.“

„Ich bin bekennende Radfahrerin. Daher wurde mir mehrfach die Luft aus den Reifen herausgelassen. Zudem wurde ich mehrfach durch Autos bewusst von der Straße abgedrängt, erlitt dabei zwei Mal mittlere Verletzungen.“

„Mir wurde empfohlen, sehr gut auf meine Kinder aufzupassen.“



Ehrensache

**Aus dem Verein,
für den Verein**

Was wäre der WEISSE RING ohne die Menschen, die sich für ihn einsetzen? Nichts. Einige von ihnen stellen wir Ihnen heute vor. Viele der Menschen, von denen Sie hier lesen werden, haben ihre Erfahrungen mit Hass und Hetze als ehrenamtliche Opferhelferinnen und -helfer für unseren Verein gemacht.

Inhalt

Halle an der Saale

S. 02-04

Berlin

S. 05-09

Neunkirchen

S. 10-11

**Bad Tölz-
Wolfratshausen**

S. 12-13

Aus den Ländern

S. 14-15

Nachruf

S. 16

„Gut ist es, nicht hilflos daneben zu stehen“

Es ist nicht der schlechteste Zeitpunkt, als Maja Metzger im Jahr 2017 angesprochen wird. Ob sie sich vorstellen könne, beim WEISSEN RING mitzuarbeiten in Halle an der Saale. 47 Jahre ist sie damals alt. Der Sohn alt genug, es gibt etwas Platz in ihrem Leben, und sie sagt, dass sie sich das mal anschauen werde. Sich sinnvoll einzubringen, Menschen zu helfen, das höre sich alles ja nicht schlecht an. Es war auch der Grund, warum sie damals, 1988, noch zu DDR-Zeiten, angefangen hatte, Jura zu studieren – in Leipzig, das lag näher an ihrem Elternhaus im Erzgebirge. Es gab damals in der DDR nur zwei Standorte, an denen man Jura studieren konnte, Leipzig und Halle. Dass sie dann später doch nach Halle kam, lag an der Liebe: Sie lernte in Leipzig ihren späteren Mann kennen. 1993 wurde sie in Halle Rechtsanwältin mit dem Schwerpunkt Familie und Soziales – dann war erst einmal das eigene Leben dran. So sind es jetzt auch schon wieder 20 Jahre in dieser Stadt, die laut Frau Metzger „die graue Diva“ genannt wird, was verwundert, wenn man sie durchstreift. Das liege vielleicht daran, dass früher, in der DDR, die Leuna- und die Buna-Werke nicht weit entfernt lagen. Riesige Chemiekombinate zu Zeiten, als „Schadstoffemissionen“ zwar zu riechen und an den Häuserfassaden zu sehen waren, das Wort dafür aber noch nicht existierte. Was einzig und allein zählte, war die Produktion.

Zwanzig Jahre sind eine Zeit, in der man sich gut an die Stadt gewöhnen kann, in der man lebt. Heute ist Metzger Lokalpatriotin, sie geht, nein ging gerne zum Halleschen FC, was mehr mit Liebe zu tun haben muss als mit Fußball. Und sie hat zwei Päckchen Halloren-Kugeln mitgebracht zum Gesprächstermin, eine zuckersüße Spezialität aus Halle. Das verrät auch etwas über den Menschen Maja Metzger.

Sie schaut sich 2017 den WEISSEN RING an, und vielleicht ist es ein Wink des Schicksals, dass das Grundseminar im Augustinerkloster in Erfurt stattfindet. Eine „tolle Erfahrung“ sei das gewesen. Und wie sie das so erzählt, da strahlen ihre Augen, und die Stimme, die im Gespräch sonst eher zurückhaltend und ruhig, fast vorsichtig klingt, hebt sich um eine Nuance.

Maja Metzger, 51 Jahre alt, kam 2017 zum WEISSEN RING. Im folgenden Jahr wurde sie Außenstellenleiterin in Halle an der Saale.



Foto: Tobias Großkemper

Irgendwann während des Gesprächs wird Frau Metzger sagen, dass sie nicht gerne im Mittelpunkt stehe, und so tritt sie auch auf – im positiven Sinn zurückhaltend. Das kommt ihr zugute, speziell bei der Arbeit, die in der ersten Zeit beim WEISSEN RING auf sie wartet. „Ich hatte das nicht erwartet, aber sehr viele der Fälle hatten einen sexuellen Hintergrund.“ Missbrauch, Vergewaltigungen, das werden ihre vorrangigen Beratungsfälle. Letztlich – und das ist ja auch logisch – war schon bei ihrer Anwerbung die Intention: Eine gestandene Frau, lebenserfahren, ist für die meist weiblichen Opfer die angenehmere Ansprechpartnerin. „Es ist viel Arbeit und viel Verantwortung“, sagt sie. „Und es ist eine dankbare Arbeit, in der man sieht, was man bewirken kann.“ 2018 wird sie Außenstellenleiterin in Halle.

So hätte es weitergehen können mit dieser wichtigen Arbeit, mit der Verantwortung. Aber dann kommt etwas über Halle, was sich niemand hatte vorstellen können. Am 9. Oktober 2019 in der Mittagszeit. Frau Metzger geht an diesem Tag aus ihrem Büro in der Innenstadt zur Post, ob sie etwas aufgegeben oder abgeholt hat, weiß sie gar nicht mehr. Aber was sie noch weiß, ist, dass, als sie wieder im Büro ist und auf ihr Handy schaut, an die 50 Nachrichten darauf sind. Wo sie sei, ob es ihr gut gehe, solche Sachen. Sie schaut in den Rechner und liest dann etwas von Schüssen in der Hallenser Innenstadt, von einer unklaren Anzahl an Verdächtigen. Sie ist fassungslos,

sucht weiter nach Informationen, irgendwann steht da etwas von einem jungen Mann, der in einem Dönerladen erschossen worden sei. Und ihr Sohn? Der ist doch auch ein junger Mann? Der isst doch auch gerne Döner? Sie lässt die Jalousien herunter und bleibt, wie öffentlich dazu aufgerufen, in ihrem Büro. Der Terror kommt an diesem Tag nach Halle in Form eines 27-jährigen Mannes, der bei seiner Mutter im Kinderzimmer lebt und der von dort aus eine Revolution starten will – gegen Muslime, Frauen und vor allem gegen Juden. Die Tat ist hinreichend an anderer Stelle beschrieben, ausgeführt mit selbstgebaute Waffnen, die Baupläne dazu stammen aus dem Netz. Daher kommen auch sein ganzes kaputtes Weltbild und sein Hass – einen anderen Zugang zur Welt als seinen Computer hatte er nicht. Zwei Menschen sterben an dem Tag, hätten seine selbstgebaute Waffnen nicht so oft geklemmt, wäre die Zahl der Opfer deutlich höher gewesen. In sein eigentliches Ziel, die Hallenser Synagoge, kann er nicht vordringen. Er erschießt eine 40-jährige Frau vor der Synagoge, kurz darauf einen Mann in einem Dönerladen. Ein Ehepaar außerhalb von Halle wird auf der Flucht des Täters von ihm angeschossen. Neun versuchte Morde werden ihm später vor Gericht vorgeworfen, er wird zu lebenslänglicher Haft mit anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt.

Terrorattacken wie diese werden in Präventions- und Notfallplänen als Großschadensereignisse eingestuft.

„Pläne, wie damit umzugehen ist, haben wir ja in der Schublade“, sagt Frau Metzger heute. Bis zu diesem Tag im Oktober 2019 hatte sie aber keine Vorstellung davon, was ein solches „Großschadensereignis“ alles auslösen kann. Am nächsten Morgen kommen die Mitarbeiter des WEISSEN RINGS in der Außenstelle zusammen, die gleichzeitig auch das Landesbüro ist. Hier, vor der Glasscheibe, stand am Tag des Anschlags noch ein Polizist mit einer Maschinenpistole.

Maja Metzger trägt das Mobiltelefon bei sich, an dem sich Opfer melden können. Zunächst rufen viele Eltern an, die ihre Kinder nicht erreichen können – Halle ist eine Studentenstadt. Dazwischen Menschen aus der Stadt, die einfach mal reden wollen, über Ängste oder Sorgen. „So ein Angriff aus dem Nichts erschüttert Menschen in ihren Grundfesten“, sagt Frau Metzger. Die übliche Sorglosigkeit, die so alltäglich ist, dass wir sie gar nicht mehr wahrnehmen, ist von heute auf morgen weg. An ihre Stelle tritt das Gefühl: „Ich kann auf die Straße gehen und komme vielleicht nicht wieder nach Hause.“ Das mache etwas mit den Menschen, ob sie Zeuge wurden oder nicht. So etwas sei auch nach ein paar Wochen oder Monaten nicht vorbei: „Der Ausnahmezustand hat hier schon ein halbes Jahr gedauert, viele wollten das erst einmal mit sich selbst ausmachen.“ Dann hätten sie sich doch gemeldet, telefonisch. Oder sie kamen einfach vorbei.

Insgesamt werden 36 Opfer betreut, auch Angehörige von Opfern. Der Außenstelle Halle kommen damals zwei Dinge zugute: Einerseits, dass ihr Sitz in der Innenstadt auch der Sitz des Landesverbandes ist. So gib es eine Anlaufstelle, einen großen Raum, einen kleinen Raum, Platz für die Arbeit, die getan werden muss. „Einen Raum, in dem wir uns besprechen können und wo das Besprochene bleiben kann.“



Foto: Tobias Großkemper

Andererseits haben sie in einer Studentenstadt wie Halle, viele ehrenamtliche Helfer. Wer Metzger heute fragt, was eine Außenstelle aus einem Ereignis wie diesem lernen kann, erhält zur Antwort, dass das, was getan werden muss, auf möglichst viele Schultern verteilt werden müsse. Und was sie selbst gelernt hat? „Dass es gut ist, etwas tun zu können und nicht hilflos daneben zu stehen.“

Die Stadt verändert sich nach dem Anschlag, in den Tagen danach ist das am meisten zu spüren. Menschen rücken näher zusammen, sprechen oder schweigen gemeinsam. Die Zusammenarbeit des WEISSEN RINGS mit den Behörden sei damals enger geworden. Spenden, die in der Stadt gesammelt werden, gehen an die Opferhilfeorganisation und werden weitergereicht: rund 31.000 Euro. Ein Ehepaar, niedergeschossen vom Täter, wird vor Gericht aussagen, dass die einzige Institution, die ihm die ganze Zeit zur Seite gestanden habe, der WEISSE RING war.

Und dennoch: Die Hilfe, das Näherrücken, der Zusammenhalt danach können nichts ungeschehen machen: nicht die Toten, nicht die Verletzten, nicht die Geschockten und die Traumatisierten. Ebenso wenig den Verlust der Sorglosigkeit und den Hass, der sich damals Bahn bricht und bis heute noch bisweilen nachwirkt: Der Täter filmt damals seine Taten und stellt sie live ins Netz. Auch Frau Metzger, die das Geschehen damals selber gar nicht miterlebt, wird es später doch noch sehen: Dieses Video wird ihr kommentarlos auf WhatsApp zugeschickt, fünf, sechs Mal kommt es bei ihr an. Wie oft es wohl andere bekommen haben?

Heute, im Frühjahr 2021, sitzt Frau Metzger in der Außenstelle Halle, der Ausnahmezustand ist vorbei, an den Tatorten erinnern Tafeln an die Tat, hier und da in der Stadt steht „Niemals vergessen Kevin und Jana“ auf Stromkästen gesprüht. Das Unfassbare ist und bleibt unfassbar. Und es lässt so viele andere Dinge kleiner wirken: Dass wegen der Pandemie die Friseure geschlossen sind, ist für Maja Metzger zum Beispiel ziemlich irrelevant. Dass sie nicht zum Halleschen FC kann, stört sie dann doch schon ein bisschen mehr – aber nur ein bisschen. Es gibt, das hat die Zeit gezeigt, wirklich Schlimmeres.

Tobias Großkemper

Der Anschlag, der alles veränderte

Am 19. Dezember 2016 steuerte ein von Hass getriebener islamistischer Terrorist einen Lastwagen in den Weihnachtsmarkt auf dem Berliner Breitscheidplatz. Zwölf Menschen starben, Dutzende wurden verletzt. Der Anschlag veränderte auch den WEISSEN RING: Der Verein schult die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seither im Umgang mit solchen Ereignissen.

2016

Am Abend des 19. Dezember 2016 erreicht Sabine Hartwig eine Nachricht aus Sizilien. Es ist eine E-Mail von ihrem Cousin, er macht sich in der Ferne Sorgen um sie: „Bine, bist du dabei?“, fragt er.

Wobei? Hartwig wundert sich. Erst als sie den Fernseher einschaltet, sieht sie, was zwei S-Bahn-Stationen weiter, am Breitscheidplatz, passiert ist: Ein Lastwagen ist in den Weihnachtsmarkt gerast, überall liegen Trümmer, Blaulichter blinken, immer mehr Rettungswagen fahren vor. Menschen wurden verletzt, Menschen wurden getötet. Die Journalisten im Fernsehen sprechen von einem Anschlag. Hartwig, 66 Jahre alt, arbeitet seit mehr als 20 Jahren für den WEISSEN RING, seit 2002 ist sie die Berliner Landesvorsitzende. Sie versteht sofort: Dies ist eine Größenordnung, die alles sprengt, was wir kennen im Verein. Sie geht ins nahe Landesbüro, allein steht sie dort im Flur und sagt sich: Okay, der Verein kennt das vielleicht noch nicht, aber du kennst es. Das ist eine Großlage, so wie damals bei der Polizei. Und du ziehst das jetzt an dich, so wie damals bei der Polizei.

30 Jahre lang war Sabine Hartwig leitende Kriminalbeamtin bei der Berliner Polizei, 20 Jahre davon arbeitete sie im Mobilen Einsatzkommando. Oft genug hat sie eine BAO eingerichtet, wie es im Polizeideutsch heißt, eine „Besondere Aufbauorganisation“. Eine BAO braucht die Polizei, wenn die üblichen Zuständigkeiten und Mittel nicht ausreichen für einen komplexen Einsatz. So etwas braucht

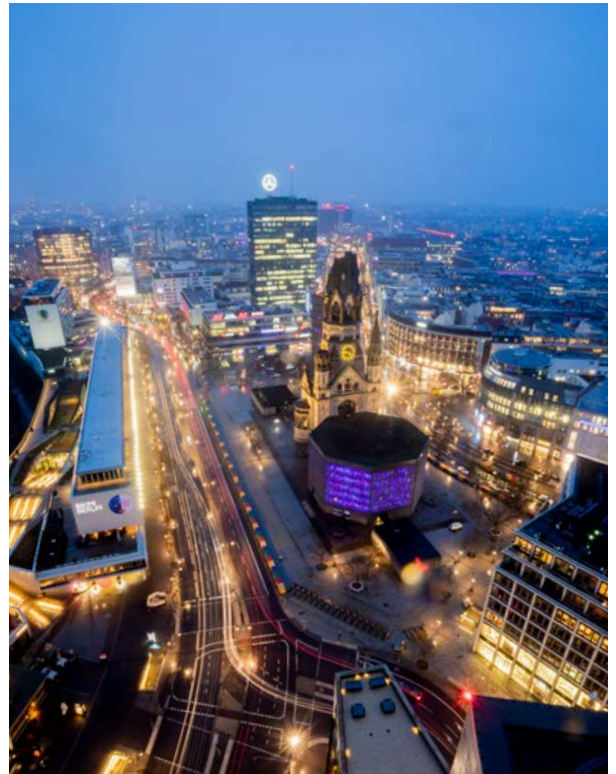


Foto: Christoph Soeder

jetzt auch der WEISSE RING, entscheidet Hartwig, hier, im Landesbüro an der Berliner Bartningallee.

Zwölf Menschen sind gestorben auf dem Breitscheidplatz, Dutzende wurden verletzt, körperlich oder seelisch oder beides, es gibt traumatisierte Augenzeugen und Ersthelfer. Die Opfer kommen aus verschiedenen deutschen Bundesländern, viele auch aus dem Ausland: aus Israel, Italien, Polen, Tschechien oder aus der Ukraine. Die Opfer haben Angehörige, die nicht wissen, an wen sie sich wenden können. Schon am Morgen des 20. Dezember klingeln die Telefone im Landesbüro Sturm. Eine Studentin sucht ihre Mutter. Kinder, Eltern, Geschwister beklagen sich, dass sie bei den Hotlines nicht durchkommen oder zu falschen Krankenhäusern geschickt wurden. Die Presse ruft an, Journalisten wollen Informationen, Interviews, Opferkontakte, Fotos.

2020

„Das war das Allerschlimmste“, erinnert sich Martina Linke vier Jahre später im großen Besprechungsraum des Landesbüros, damals Lagezentrum, an die vielen Presseanfragen: Tagespresse, Frühstücksfernsehen, Abendschau. Berliner Lokalmedien, überregionale Medien, Journalistenanrufe aus Israel oder Italien. Ein Boulevardreporter fragt, ob der WEISSE RING ihm nicht Zugang zu einer Intensivstation verschaffen könne, er möchte ein schwerverletztes Opfer fotografieren. Linke, Jahrgang 1954, war früher ebenfalls bei der Kriminalpolizei. Sie hatte mit Raub und Erpressung zu tun, mit Mord und Totschlag, später wurde sie die Opferschutzbeauftragte des Landeskriminalamts. Schon aus der Polizeiarbeit kennt sie Sabine Hartwig, seit 2012 ist sie ihre Stellvertreterin beim WEISSEN RING. Diese Dimension ist dennoch neu für sie. Bis heute betreut Martina Linke Opfer des Anschlags auf dem Breitscheidplatz.

2016

Großlage bedeutet auch: Viele Menschen stellen Fragen, viele Menschen geben Antworten. Die Folge kann ein Durcheinander sein, Kompetenzzwirrwarr, Gerüchte, Falschinformation. Sabine Hartwig legt ein paar Regeln fest. Die erste richtet sich an ihre drei Mitarbeiterinnen im Landesbüro und lautet: Bitte dokumentiert alles! Alle Erfahrung in so einer Situation zeigt, dass man nachmittags wieder vergessen hat, was vormittags besprochen wurde.

Der Breitscheidplatz liegt im Ortsteil Charlottenburg. Erste Anlaufstelle für Opfer wäre demnach die Außenstelle West I. Aber Hartwig ist klar, dass eine Außenstelle das unmöglich allein schaffen kann. Sie informiert die anderen Berliner Außenstellen. Am Ende werden es 125 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus sechs Landesverbänden des WEISSEN RINGS sein, die Anschlagsopfer betreuen. Das Telefon in Berlin läutet weiter Sturm. Die zweite Regel, die Sabine Hartwig ausgibt, lautet: Niemand gibt Auskünfte an Journalisten, nur ein festgelegter Personenkreis spricht. Presseanfragen müssen über die Pressestelle der Bundesgeschäftsstelle in Mainz laufen.

Medienanfragen können Menschen, die eigentlich anderes zu tun haben, nämlich Verbrechenopfern zu helfen, unter Stress setzen. Andererseits brauchen Opferhelfer die Medien auch. „Tue Gutes und rede darüber“, das ist nicht nur ein Spruch: Opfer und Angehörige müssen wis-

sen, an wen sie sich wenden können, damit ihnen geholfen werden kann. Und auch Spender sollen erfahren, wo ihre Spenden gerade besonders nötig gebraucht werden. Denn Opferhilfe kostet Geld.

Bereits um 9.55 Uhr kommt am 20. Dezember grünes Licht aus Mainz für einen Opferhilfe-Fonds über 50.000 Euro. Die Obergrenze für finanzielle Soforthilfen für die Opfer des Terroranschlags steigt auf 1.000 Euro.

„Wir können den Anschlagsopfern helfen“: Diese Nachricht streut Sabine Hartwig in ein breites Netzwerk. Mails gehen raus an die Polizei Berlin, an Landeskriminalamt, Bundeskriminalamt, Generalstaatsanwaltschaft, Generalbundesanwalt.

Gleichzeitig stellen sich die bekannten Fragen. Das Opferentschädigungsgesetz greift nicht, wenn die Tat mit einem Kraftfahrzeug verübt wurde. Auch nicht, wenn ein hass-erfüllter islamistischer Terrorist einen Sattelzug als Waffe gegen unschuldige Weihnachtsmarktbesucher einsetzt. Welche Ansprüche haben die Betroffenen stattdessen? Das Landesbüro nimmt Kontakt zur Verkehrsofferhilfe auf, zur Unfallhilfe, zum Landesamt für Gesundheit und Soziales.

Regeln helfen, eine Großlage zu bewältigen. Es gibt aber keine Regel, die dabei hilft, die vielen Opferberichte zu bearbeiten.

2020

„Ich hatte eine junge Frau am Telefon“, erinnert sich Tina Wiedenhoff. „Sie rief für ihren Freund an, der als Ersthelfer am Breitscheidplatz war. Er wollte wissen, ob die Frau überlebt hat, der er geholfen hat. Er selbst hat es nicht geschafft, bei uns anzurufen, er konnte es nicht.“ Wiedenhoff, 55 Jahre alt, arbeitet seit 30 Jahren für den WEISSEN RING, sie ist die Büroleiterin in Berlin. „Der junge Mann hatte stundenlang bei der verletzten Frau gesessen. Ihr Bein war abgerissen. Die Freundin beschrieb mir die Frau ganz genau, sie trug eine weinrote Jacke. Der erste Notarzt ging vorbei. Diese weinrote Jacke, die hat sich mir so eingepägt. Ich habe mir das die ganze Zeit vorgestellt, wie der junge Mann da neben der Frau mit der weinroten Jacke saß.“

Hat die Frau überlebt?

„Ich weiß es nicht. Ich habe hinterher in den Berichten immer nach Hinweisen auf diese Frau gesucht.“ Wiedenhoff fand keine Hinweise.



Am 19. Dezember 2016 sterben auf dem Berliner Breitscheidplatz zwölf Menschen durch einen islamistischen Terroristen. Der Anschlag in Charlottenburg veränderte auch den WEISSEN RING.



2016

Sabine Hartwig legt noch etwas fest: Wir brauchen Supervision für unsere Mitarbeiter.

Helfen kann bedeuten: da sein, zuhören, mitfühlen. Hilfe kann aber auch materiell sein. Bloß welche materielle Hilfe ist für wen die richtige? Eingebaute Mechanismen können in so einer Situation ins Leere laufen. Oft brauchen Kriminalitätsoffer anwaltliche Unterstützung, der WEISSE RING hilft mit Erstberatungsschecks. Doch zeitnah nach einem Terroranschlag lindern solche Schecks keine Not, wenn der Täter zuerst auf der Flucht ist und wenig später von der Polizei erschossen wird. Der Familie eines toten Terroropfers hilft es auch nichts, wenn der Verein zerstörte Kleidung und Schuhe ersetzt. Aber sie braucht vielleicht Reisekosten. Heilbehandlungen müssen finanziert werden, Finanzengpässe aufgefangen. Jemand muss die Koordination der Hilfen übernehmen. Sabine Hartwig teilt für die Weihnachtstage Sonderschichten ein im Landesbüro.

Ein junger Mann, selbstständig, liegt wochenlang im Koma, die Ärzte operieren ihn wieder und wieder, anschließend geht er für Monate in die Reha. Weihnachtsmarkttrümmern haben ihn getroffen, der Lastwagen hatte sie in die Luft geschleudert. Kopf, Arme, Hüfte, Beine, die linke Körperseite ist schwer verletzt. Wie soll der junge Mann die Miete für sein Büro weiterbezahlen? Zerstört der Anschlag auch seine berufliche Existenz?

Ein anderer Mann liegt ein Dreivierteljahr auf der Intensivstation. Seine Töchter studieren, sie müssen aus Süddeutschland anreisen. Die Ehefrau nimmt sich eine kleine Wohnung in Berlin, um bei ihrem Mann sein zu können. Wer trägt die Kosten? Bringt der Anschlag die Familie in schwere Finanznöte?

Der WEISSE RING hilft dem jungen Mann und der Familie. Ehrenamtliche Hilfe kann für Menschen niederschwellig wirken, die vor staatlicher Unterstützung zurückschrecken. Es gibt aber auch Leute, die lehnen spendenfinanzierte Hilfe ab, mit dem Satz: Andere Menschen haben das Geld nötiger als ich, ich komme schon klar. Wieder andere, darunter Opfer, Angehörige, Augenzeugen, bieten anschließend ihre Mitarbeit als ehrenamtliche Helfer an.

2020

Vier Jahre nach dem Terroranschlag ist der Breitscheidplatz festungsgleich gesichert. Hohe Zäune umringen ihn, schwere Metallpoller ragen aus dem Beton, Polizisten sichern den Platz in Einsatzuniform. Der Terroranschlag hat deutschen Weihnachtsmärkten die heimelige Leichtigkeit genommen, den Rest gegeben hat ihnen in diesem Jahr das Corona-Virus: Ein Dutzend Holzbuden stehen wie hingewürfelt über den Platz verteilt, vielleicht doppelt so viele Besucher sind unterwegs.

Auf den Stufen der Gedächtniskirche stehen Blumen, Fotos, Gedenklichter. Die Namen der Getöteten sind in den Beton geschnitten, vor den Stufen zieht sich ein goldener Riss durchs Pflaster. Kurz vor dem Jahrestag werden die Andenken täglich mehr.



Martina Linke, 66 Jahre alt, arbeitete bei der Kriminalpolizei und war Opferschutzbeauftragte des Landeskriminalamts. Noch heute betreut sie Opfer des Anschlags auf dem Breitscheidplatz.



Im Landesbüro nennt Sabine Hartwig ein weiteres wichtiges Stichwort zur Opferhilfe nach Ereignissen dieser Dimension: Nachsorge. Opferhilfe endet nicht mit einem Stichtag. Hier im Landesbüro gab es im Juni 2017 ein Hinterbliebenen-Treffen. Im März 2019 folgte ein Verletzten-Treffen. Einige Zitate von Verletzten:

„Der Austausch im privaten Raum, ohne Politiker, war hervorragend.“

„Ich habe meine eigenen Beeinträchtigungen erst jetzt richtig erkannt und weiß jetzt, dass ich ein Trauma erlitten habe.“

„Das Kennenlernen von Gleichgesinnten war ein großer Gewinn.“

„Der Abend im Friedrichstadtpalast war eine Bombe.“ Der WEISSE RING hatte zu einem Kontrastprogramm zu den aufwühlenden Gesprächen eingeladen: eine Revue im berühmten Friedrichstadtpalast.

Es gibt positive Geschichten zu erzählen. Der junge Mann, selbstständig, der sein Büro behalten wollte, ist wieder arbeitsfähig, sein Büro läuft gut. Der andere Mann, der so lange im Koma lag, kann kurze Strecken wieder laufen. Eine Familie, allesamt in Therapie, berichtet, wie eng sie zusammengerückt sind durch die traumatische Erfahrung. Die bei dem Anschlag schwerverletzte Tochter hat ein Kind bekommen.



Sabine Hartwig, 70 Jahre alt, ist Vorsitzende des Landesverbands Berlin und Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des WEISSEN RINGS. Seit 2009 ist sie Trägerin des Bundesverdienstkreuzes am Bande.

liche Fragen und über die Nachsorge. Dutzende ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des WEISSEN RINGS haben das Seminar mittlerweile durchlaufen, jeder Landesverband hat inzwischen einen Koordinator für Großereignisse benannt.

„Wir sind vorbereitet“, sagt Sabine Hartwig.

Dezember 2020, im Berliner Landesbüro klingelt das Telefon, es rufen wieder Journalisten an. Sie suchen Kontakt zu Überlebenden des Anschlags am Breitscheidplatz für ihre Jahrestags-Berichterstattung. Sabine Hartwig kann ihnen nicht helfen.

Seit dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt musste der WEISSE RING bereits fünf Mal die neu geschaffenen Leitlinien für Großereignisse anwenden:

Am 7. April lenkte ein Mann in Münster, Westfalen, einen Kleinbus in eine Gruppe Menschen. Vier Menschen starben, mehr als 20 wurden verletzt.

Am 9. Oktober 2019 versuchte ein Mann in Halle, Sachsen-Anhalt, in die Synagoge einzudringen, um Juden zu töten. Er ermordete zwei Menschen, zwei weitere verletzte er auf der Flucht schwer, Dutzende Menschen erlitten Traumata.

Am 19. Februar 2020 erschoss ein Mann in Hanau, Hessen, neun Menschen mit Migrationshintergrund in und vor Shisha-Bars. Anschließend tötete er in seinem Elternhaus zuerst seine Mutter und dann sich selbst.

Am 24. Februar 2020 fuhr ein Mann in Volkmar, Hessen, mit seinem Auto in eine Zuschauergruppe beim Rosenmontagsumzug. Mehr als 150 Menschen wurden verletzt.

Zuletzt kam es am 1. Dezember 2020 in Trier, Rheinland-Pfalz, zu einer Amokfahrt. Ein Mann tötete mit seinem Wagen fünf Menschen, 24 weitere verletzte er.

Karsten Krogmann

2016

Sabine Hartwig und Martina Linke, beide Referentinnen in der WEISSER RING Akademie, dem Ausbildungszentrum des Vereins, fragen sich: Was wäre, wenn so etwas woanders passiert wäre? In einer Kleinstadt zum Beispiel, wo es nicht so viele Mitarbeiter gibt und kein großes Landesbüro? Müssen wir nicht damit rechnen, dass so etwas wieder geschieht? Wir müssen vorbereitet sein. Wir brauchen Leitlinien, wir brauchen ein Ausbildungsprogramm, wir brauchen ein Netz von Koordinatoren für solche Ereignisse.

2020

Fünf Mal fand inzwischen das Wochenendseminar „Großereignisse“ der WEISSER RING Akademie statt, zuletzt im September 2020 in Fulda, Sabine Hartwig war natürlich wieder dabei. Die Teilnehmer kamen aus Thüringen, Hamburg oder Bayern, Referenten aus der Bundesgeschäftsstelle und von außerhalb trugen vor. Sie sprachen über den Aufbau eines Lagezentrums, korrekte Dokumentation, über Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit, recht-

„Fragen Sie doch mal den Herrn Zeck“

Als die Apothekerin an diesem Morgen im September 2020 die Ladentür aufschließt, tritt sie schnell wieder einen Schritt zurück:

Ihr schlägt ein Gestank entgegen, wie sie ihn noch nie gerochen hat. „Wie Erbrochenes“, so beschreibt sie ihn später, „bestialisch“. Angewidert macht sich die 61-Jährige mit ihren Mitarbeitern auf die Suche nach der Quelle des Gestanks. Im Keller werden sie fündig: Durch einen Lichtschacht hat jemand Buttersäure in die Apotheke gekippt.

Apotheken sind saubere Orte, so sollte auch ihr Geruch sein: rein, gesund, fast ein bisschen steril. Der Gestank muss also verschwinden. Bloß wie? Die Apothekerin recherchiert im Internet. Sie meldet den Buttersäureanschlag der Polizei. Sie ruft alle Behörden an, die „Umwelt“ oder „Chemie“ im Namen tragen. Wie sie den Buttersäuregestank wieder loswird, erfährt sie nicht.

Bis ihr irgendwann jemand rät: „Fragen Sie doch mal den Herrn Zeck.“

Der Herr Zeck wartet am Stummendenkmal, das steht vor der Stummstraße auf dem Stummplatz im Zentrum von Neunkirchen, Saar. Er trägt Mantel und Mütze gegen die Kälte, unter der Mütze lugt sein Zopf hervor, im Gesicht setzt ein freundliches Lächeln seinen eindrucksvollen Schnurrbart in Bewegung. Jürgen Felix Zeck, 71 Jahre alt, steht nicht zufällig beim alten Freiherrn von Stumm, ehemals Politiker und Montanindustrieller. Erstens ist das Denkmal für stadtfremde Besucher leicht zu finden, zweitens kann Zeck hier ein bisschen Stadt- und Saargeschichte an den Mann bringen: Neunkirchen, mit kaum 48.000 Einwohnern zweitgrößte Stadt des Saarlands, ist eine ehemalige Montanstadt. „Mit der Hütte groß geworden, mit der Hütte gestorben“, so sagt es Zeck. Hinter dem Stummendenkmal ragt das Gerippe der Eisenhütte auf, geschlossen 1982.



Jürgen Felix Zeck • Foto: Krogmann

Zecks Großvater war Bergmann, der Enkel ging einen anderen Weg, zum Glück, die letzte Kohlengrube schloss 1968: Jürgen Felix Zeck wurde Polizist. Zecks eindrucksvoller Schnurrbart setzt sich fröhlich in Bewegung: „Ich habe Ihnen etwas mitgebracht“, verkündet er, „ein Saarländisches Bergmannsfrühstück.“ Früher aß man das in der Bergmannskneipe, sagt Zeck, am Stummplatz gab es jede Menge davon, aber mit den Bergleuten sind auch die Bergmannskneipen verschwunden.

Die Stadt hat sich verändert. Nach der Eisenhütte kam ein Einkaufszentrum: Das riesige Saarpark-Center steht am Rande des Stummplatzes, Ende der 80er-Jahre war es eine Attraktion. Aber Einkaufszentren haben es schwer in diesen Zeiten, wegen des Online-Handels, wegen Corona. Menschen sind weggezogen aus Neunkirchen, andere gekommen. Geblieben ist die Kriminalität, die braucht nämlich keine Orte, sondern Menschen, und für die Kriminalitätsoffer, die ebenfalls bleiben, braucht man Opferhelfer. Der WEISSE RING blieb in Neunkirchen, und Jürgen Felix Zeck, seit elf Jahren Mitarbeiter, hält nun häufiger Vorträge für muslimische Frauen, sein Thema: „Häusliche Gewalt bei Migranten“.

Die Apotheke mit dem Buttersäureanschlag liegt nicht weit entfernt vom Stummplatz. Eigentlich liegt nichts weit entfernt in Neunkirchen, im ganzen Saarland nicht, „man kennt sich hier“, sagt Zeck. Er lächelt, er erinnert sich an einen Vortrag in Berlin, wo er beiläufig berichtete, wie der zuständige Minister ein Problem löste, das Zeck ihm angetragen hatte. „Wie, du hast direkten Zugang zum Minister?“, staunten die Berliner. „Das ist das Saarland“, antwortete Zeck, „man kennt sich.“

„Du, ich brauche da jemanden“, so sprach der Landesvorsitzende des WEISSEN RINGS, Gerhard Müllenbach, 2012 den Herrn Zeck an. Seitdem ist Zeck stellvertretender Landesvorsitzender.

Eine andere Geschichte: Ein Schausteller stand vor Gericht, die Sache war nicht allzu schlimm, die Richterin verzichtete auf eine Strafe. Stattdessen verpflichtete sie den Schausteller, sein Karussell einen Tag lang kostenlos für Kinder aufzubauen. Die Frage war bloß: Wo bekommen wir die Kinder her, wer kümmert sich um den kostenlosen Karusselltag? Man fragte den Herrn Zeck. Der sprach Schulen für seh- und hörgeschädigte Kinder an, die Begeisterung war groß. Am letzten Schultag vor den Ferien fuhren 200 jauchzende Kinder, die sonst selten Gelegenheit dazu haben, Karussell. Und am Abend schlug der Schausteller dem WEISSEN RING vor, so etwas doch jährlich zu organisieren.

„Herr Zeck, Herr Zeck ... den kenn ich doch von einem Vortrag“, sagt die Apothekerin, als man ihr den Namen nennt. Als sie dann mit Zeck spricht und vom Buttersäuregestank berichtet, sagt er: „Warten Sie mal, ich kenne da jemanden.“ Er setzt sich ans Telefon.

41 Jahre lang war Jürgen Felix Zeck bei der Kriminalpolizei. Zunächst war er für Todesermittlungssachen zuständig, für Brände, Explosionen, Sexualdelikte. Anfang der 80er-Jahre kam dann das Thema Umweltkriminalität auf. „Da kannte sich keiner aus“, sagt Zeck. Auch er kannte sich nicht aus, aber er las sich ein, tiefer und tiefer. Er kümmerte sich um das Fischsterben in Prims und Saar, um illegale Abfallentsorgung in der Altölverbrennungsanlage, er bekam den Spitznamen „Umweltpapst“, wurde in Ausschüsse geladen und zu internationalen Tagungen.

Als wäre das nicht genug, lehrte er an der Polizeischule und an der Fachhochschule, schrieb Zeitschriftenartikel und Fachbücher, beriet die Politik zum Thema Opferschutz. Nach seiner Zeit bei der Polizei lässt ihn der Opferschutz nicht los: Er engagiert sich beim WEISSEN RING. Rund

70 Opferfälle bearbeitet die Außenstelle jährlich, lange mit 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aktuell sind es sieben. Darüber hinaus organisiert der Außenstellenleiter nicht nur Karussellfahrten – er hält Vorträge, sitzt in Arbeitskreisen und an Runden Tischen, macht Öffentlichkeitsarbeit. Der Saarländische Rundfunk möchte ein Interview führen zum Thema „Häusliche Gewalt“? Zeck fährt ins Studio und ist um 19 Uhr live auf Sendung. Die Tageszeitung braucht einen Artikel zum gleichen Thema? Zeck setzt sich an den Computer und schreibt einen Text, den die Zeitung unverändert abdruckt. Eine Frau ruft ihn an; sie hatte einen Verkehrsunfall und gerät dadurch in finanzielle Nöte? Der WEISSE RING könne nicht helfen, bedauert Zeck, „aber warten Sie mal, ich rufe mal ein paar Leute an“. Im Grunde, so Zeck, sei das hier eigentlich ein Vollzeitjob, aber seine Frau mache das zum Glück mit.

Was Zeck wichtig ist: Opfer ist nicht gleich Opfer. Oft werden Menschen ganz anders zum Opfer, als man sich das gemeinhin so vorstellt. Aber helfen muss man immer.

Natronlauge! Das ist die Lösung! Zeck hat es herausgefunden in seinen Telefonaten. Natronlauge kann Buttersäure neutralisieren. Tatsächlich gelingt es der Apothekerin mit einem Handwerksteam und einigem finanziellen Aufwand, den Gestank endlich loszuwerden.

„Wer glaubt, er ist allein, der irrt“, sagt Zeck. „Der WEISSE RING ist da, wenn man ihn braucht.“ Das saarländische Bergmannsfrühstück, Jürgen Felix Zeck überreicht eine hübsche Frischhaltetasche: Lyoner, Weck, Bier. „Den ganzen Tag unterwegs ... Sie haben doch bestimmt Hunger, oder?“ Die Bergmannskneipen mögen verschwunden sein, aber Zeck kennt einen guten Fleischer und einen guten Bäcker. „Mit dem Bier war es schwieriger“, sagt er, die örtlichen Brauereien seien ja fast alle weg, aber Karlsberg, das gehe immer. „Guten Appetit“, wünscht er zum Abschied, die Freude lässt seinen Schnurrbart beben.

Lecker wars.

Karsten Krogmann



Christoph Fuchs, 72 Jahre alt, ist seit elf Jahren beim WEISSEN RING. Für den „Tölzer Kurier“ hat er 100 Kolumnen geschrieben, in denen er anonymisiert von seinen Fällen berichtete.

Meister im Wiederaufstehen

Berge, immer die gleiche Runde – „die Aussicht kenn ich ja schon“. Fuchs lacht, dass sich sein Schnauzbart hebt. Er gestikuliert ausladend, hält kaum einen Moment still und natürlich muss man das auf sein Gemüt übertragen: Andere genießen ihren Ruhestand, Fuchs suchte eine Aufgabe, ein Ehrenamt, bei dem er Menschen helfen kann. In einem Bericht im „Tölzer Kurier“ las er, dass der WEISSE RING ehrenamtliche Mitarbeiter sucht, und meldete sich bei der Außenstelle.

Foto: Kathrin Hollmer

Müsste man Christoph Fuchs in einer einzigen Anekdote beschreiben, sie ginge wohl so: Wenige Tage nach einer Operation am Kiefer sitzt er auf dem Heimtrainer in dem Fitnessraum, den er sich in seinem Haus in Lenggries eingerichtet hat. Seine „Alexa“ spielt Bruce Springsteen und Truck Stop, die hört er am liebsten. Ob er sich trotz der OP in nächster Zeit ein Treffen vorstellen könne, für das Interview, fragt man vorsichtig am Telefon. Seine Antwort kommt prompt: „Von mir aus gleich morgen.“

Wenn Fuchs die Treppe im Evangelischen Gemeindehaus in Bad Tölz hochspringt, vergisst man, dass er 72 Jahre alt ist. Seit elf Jahren ist er beim WEISSEN RING und fast genauso lang stellvertretender Leiter der Außenstelle Bad Tölz-Wolfratshausen. Wegen der Corona-Pandemie trifft er Opfer nun oft im „Grünen Zimmer“, in dem auch dieses Gespräch stattfindet. Grün ist hier nichts. Vor einer weißen Wand ist ein Stuhlkreis aufgestellt, in einem Regal liegen Broschüren aus.

Zum Verein kam Fuchs nach seiner vorzeitigen Pensionierung als Kämmerer. „Langweilig war mir nie“, sagt er. Jeden Tag treibt er eine Stunde Sport, geht oft in die

Als Jugendlicher wollte Fuchs, der in Wackersberg im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen aufgewachsen ist, Polizist werden. „Ich kann nicht dabei zusehen, wenn jemand leidet“, erklärt er, „egal ob Mensch oder Tier.“ Er erinnert sich an einen Mitschüler, der einen lebenden Frosch an einen Zaun genagelt hat – „Das vergesse ich nie, so brutal war das.“ Vor einer Weile ist ihm eine Katze zugelaufen. „Meine Frau und ich wollten eigentlich keine mehr, nachdem die letzte überfahren worden ist“, sagt er. Auf der Straße lief das Tier auf ihn zu und wich nicht mehr von seiner Seite. Natürlich nahm er es mit nach Hause.

Bei der Polizei konnte Fuchs seinen Gerechtigkeitssinn nicht ausleben, denn wegen seiner verkrümmten Wirbelsäule wurde seine Bewerbung abgelehnt. Dabei war er schon damals ein guter Sportler und boxte viel. Sein Orthopäde bescheinigte ihm in einem Gutachten, dass er einsatzfähig ist. Damit bewarb er sich wieder, doch bei der Polizei ließ man sich seine Röntgenaufnahmen zeigen. „Da war ich wieder genauso weit“, sagt Fuchs und lacht laut. Er ist, das merkt man schon nach wenigen Minuten Gespräch, ein Meister im Wiederaufstehen.

Sein Schwerbehindertenausweis bescheinigt ihm 90 Prozent Behinderungsgrad, wegen seiner krummen Wirbel-

säule musste er frühzeitig in den Ruhestand gehen. Seit einem Herzinfarkt hat er acht Stents. „Damals haben sie mich ins Krankenhaus nach München geflogen, ich wär bald gestorben.“ Fuchs ergänzt sofort: „Ich nehme meine Medikamente und spür so gut wie nichts – mir gehts prächtig.“ Im März 2020 fiel er beim Obstbaumschneiden auf die Aluleiter und brach sich den Oberkiefer, das Jochbein und den Augenbogen. Unerhört, wenn es nach Fuchs geht: „Ich bin schon so oft runtergefallen, mir ist nie was passiert“, sagt er trocken. Damals wurde er zwei Mal operiert, konnte lange nichts essen, sogar die Suppe brannte im Mund. O-Ton Christoph Fuchs: „Da muss man durch.“ Vor ein paar Tagen wurden die Schrauben im Kiefer entfernt, seine Wange ist noch leicht geschwollen.

Nach den Absagen von der Polizei machte Fuchs eine Ausbildung beim Landratsamt. Bis zu seiner Pensionierung arbeitete er im Rathaus in Lenggries. Bei seiner Arbeit für den WEISSEN RING hilft ihm das: Anträge an die Versicherung, Briefe an Ämter und Anwälte zu formulieren fällt ihm leicht – „und wenn ich etwas nicht weiß, mach ich mich im Internet schlau“. Wie bei dem Ehepaar aus Bad Tölz, das im vergangenen Herbst von ihrem Sohn niedergestochen wurde. „Der junge Mann war auf Drogen und geistig verwirrt“, sagt Fuchs. Das Paar lag lange mit Stichverletzungen im Krankenhaus, hat psychische und finanzielle Probleme. Fuchs half bei der Suche nach einem Therapieplatz und trieb über Stiftungen Geld für die beiden auf.

Mit seinem Traumberuf mag es nicht geklappt haben, beim WEISSEN RING lebt Fuchs ihn trotzdem. „Wir haben ja meistens mit Menschen zu tun, denen Unrecht geschehen ist“, sagt er, „und sorgen für ein Stück weit Gerechtigkeit.“ Wenn ein Opfer bei betrügerischen Gewinnspielen kündigt und Drohbriefe erhält, antwortet Fuchs in seinem Namen. „Wenn die merken, da kennt sich jemand mit dem Rechtlichen aus, ist ganz schnell Schluss damit.“ Man hört durchaus Stolz in seinen Worten. „Solche Leute mag ich dann schon in die Schranken weisen.“

Bis vor kurzem schrieb er einmal im Monat die Kolumne „Aber sicher“ für den „Tölzer Kurier“, in der er anonymisiert von seinen Fällen berichtet: von Trickbetrügern und Kaffeefahrten, von Einbrüchen, häuslicher Gewalt, K.-o.-Tropfen und Cybermobbing. Im Bierzelt in Lenggries rannte einmal eine fremde Frau auf ihn zu. „Ich dachte, was ist jetzt los?“, erzählt Fuchs. „Da sagte sie, dass ihr ein fremder Mann an der Haustür eine dubiose Versicherung aufschwätzen wollte – aber wegen meines Berichts war sie vorsichtig.“ Im Laufe der Jahre bekam er viele Rückmeldungen von dankbaren Lesern. Genau 100 Kolumnen hat er geschrieben, ehrenamtlich. „Bevor

jemand fragt, ob ich nicht lieber aufhören will, wollte ich lieber selbst aufhören“, erklärt er. Nur einen einzigen Monat erschien die Kolumne nicht – als er mit dem Herzinfarkt im Krankenhaus lag. „Meine Frau bremst mich immer ein bisschen.“ Fuchs grinst. „Ich mache normal nicht so lange Pause.“

Seine Frau hat sich daran gewöhnt, dass ihr Mann auch im Ruhestand beinahe jeden Tag einen Termin hat. Er nimmt sich Zeit, hört zu, was das Opfer zu sagen hat, besucht es auch mehrmals – „Da gibts für mich keine Grenzen!“ Gerade ältere Menschen erzählen ihm oft ihre ganze Lebensgeschichte und kramen Urlaubsfotos hervor. „Einmal hat mir eine 80-jährige Dame zwei Topflappen geschenkt, die sie in ihrer Jugend gehäkelt hat – können Sie sich vorstellen, wie alt die waren!“ Ein anderes Mal bekam er einen angetrunkenen Piccolo überreicht. Sein Schnauzbart bebte.

Es gibt auch Opfer, denen er nicht helfen kann. Frauen, die häusliche Gewalt erleben und trotzdem immer wieder zu ihren Partnern zurückkehren. Diese Fälle beschäftigen ihn länger. Genauso wie die Familie, die im Nachbarort ausgeraubt wurde und sich nicht einmal mehr etwas zu Essen kaufen konnte. „Es war Winter, es hat geschneit und ich bin mit dem Auto gerutscht“, erinnert sich Fuchs, „aber ich musste da hin und ihnen Bargeld bringen, damit sie übers Wochenende kommen.“

Anders als bei der Polizei kann Fuchs den Opfern bis zur Gerichtsverhandlung und darüber hinaus beistehen. Wie wichtig das ist, merkt er während jeder Verhandlung im Amtsgericht in Wolfratshausen. Dort sitzen die Opfer im Zeugenstand nur zwei Meter vom Angeklagten entfernt. Damit sie dem Täter nicht in die Augen sehen müssen, setzt sich Fuchs dazwischen.

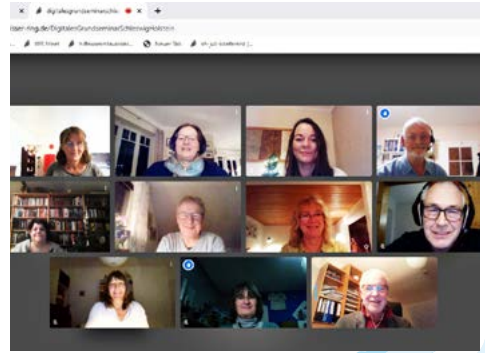
Auf dem Fensterbrett im „Grünen Zimmer“ liegt ein Stein mit der Aufschrift „Alles wird gut“. Christoph Fuchs tut alles dafür.

Kathrin Hollmer

Schleswig-Holstein

Beim Landesverband Schleswig-Holstein werden auch in Pandemie-Zeiten neue ehrenamtliche Mitarbeiter ausgebildet: digital im E-Learning-Format. Die erste Gruppe hat den Online-Grundkurs im Dezember erfolgreich absolviert. Auf einer digitalen Plattform wurden alle Seminarinhalte in thematischen Blöcken angelegt. Die Inhalte haben sich die fünf Teilnehmenden dann selbstständig erarbeitet. Zur Selbstkontrolle gab es Multiple-Choice-Tests; Fragen konnten in einem Online-Forum gestellt werden. Um auch die Mit-Lernenden, die Landevorsitzende Manuela Söller-Winkler, ihren Stellvertreter Harald Rothe sowie die beiden Dozenten, Heike Behrmann und Karl-Heinz Rath, kennenzulernen und sich auszutauschen, gab es drei Video-Treffen zu Beginn, zur Halbzeit und zum Abschluss.

Foto: Karl-Heinz Rath



Bremen

Im Februar feierte der Landesverband Bremen sein 40-jähriges Bestehen. Seit 1981 unterstützt der WEISSE RING in der Hansestadt Kriminalitätsoffer und setzt sich für die Prävention von Straftaten ein. Große Feierlichkeiten fielen pandemiebedingt aus. Doch für Hilfesuchende ist der WEISSE RING auch in diesen besonderen Zeiten immer erreichbar. Zwei hauptamtliche und 56 ehrenamtliche Mitarbeiter engagieren sich derzeit für den Bremer Landesverband. Seit drei Jahren gibt es sogar eine Junge Gruppe. Magaret Hoffmann ist Vorsitzende und gleichzeitig langjährigste Mitarbeiterin des Bremer Landesverbandes. Seit 1996 ist sie dabei und vertritt den Landesverband auch auf Bundesebene.

Foto: Privat



NRW/Rheinland

Der 90-jährigen Mitarbeiterin der Außenstelle Essen, Irmgard Groß, wurde vom Essener Oberbürgermeister Thomas Kufen die Ehrenplakette der Stadt überreicht. Damit wurde ihr herausragendes, langjähriges ehrenamtliches Engagement gewürdigt. 18 Jahre lang war sie Leiterin der Essener Außenstelle und setzt sich noch immer tatkräftig für den WEISSEN RING ein. Die feierliche Übergabe der Ehrenplakette fand am 29. Oktober 2020 im kleinen Rahmen im Ratsaal der Stadt unter strengen Hygiene-Bedingungen statt.

Foto: Kerstin Srbeny





📍 Brandenburg

Vor dem Jahreswechsel erhielt die Außenstelle Barnim Fördermittel in Höhe von 15.000 Euro. Das Geld aus dem Fonds des Landkreises zur Unterstützung von Ehrenamt und Zivilgesellschaft ist für die Öffentlichkeitsarbeit gedacht. Leiter Jörg Matzke und sein Team freuen sich sehr über die Finanzspritze und haben diese bereits sichtbar in Form von Werbung auf zwei Linienbussen der regionalen Busgesellschaft angelegt. Einen prominenten Unterstützer hat die Aktion auch: Uwe Madel, Moderator des rbb-Kriminalmagazins „Täter, Opfer, Polizei“, stellt als Botschafter des WEISSEN RINGS sein Bild für die Werbemaßnahme zur Verfügung. Die offizielle Übergabe der Busse erfolgte am 23. Dezember 2020 in Eberswalde.

Foto: Thomas Burckhardt



📍 Niedersachsen

Die Außenstelle Stade trotz der Corona-Pandemie und setzt zusammen mit der örtlichen Polizei auf digitale Beratungsangebote. Vereine, Senioreneinrichtungen, aber auch einzelne Bürger können sich über die aktuellen Tricks von Betrügern nun auf virtuellen Veranstaltungen informieren. Kriminalhauptkommissarin Svenja Wigger und Andreas Woyth vom WEISSEN RING haben vor der Pandemie regelmäßig gemeinsam Seniorennachmittage oder Vereinsversammlungen besucht, um Vorträge zu halten und Fragen zu beantworten. Dieses Angebot haben sie jetzt ins Netz verlagert. Ein Smartphone oder Computer mit Internetverbindung genügt, per Videotelefonie schalten sich Svenja Wigger und Andreas Woyth dann zu. Besonders den Senioren möchten die beiden die Scheu vor der Technik nehmen.

Foto: Rainer Bohmbach



📍 Rheinland-Pfalz

Die 444. Ehrenamtskarte im Landkreis Altenkirchen wurde an Renate Schade vom WEISSEN RING verliehen. Initiiert hat die Ehrung Außenstellenleiter Diether Lichtenthäler und zollte seiner ehrenamtlichen Mitarbeiterin auf diese Weise Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit und ihr Engagement für den Opferschutz. Die Übergabe der Karte fand im Beisein zweier Mitarbeiter der Kreisverwaltung Altenkirchen statt. Die Ehrenamtskarte Rheinland-Pfalz wird seit 2014 vergeben. Sie beinhaltet landesweit fast 700 Vergünstigungen und gilt als Zeichen des Danks, der Anerkennung und der Wertschätzung für besonders intensives ehrenamtliches Engagement.

Foto: Kreisverwaltung Altenkirchen



Foto: Matthias Haslauer

Klaus Hübner

Klaus Hübners Leben war eines dieser Leben, vor dem man staunend steht angesichts dessen, was da alles in dieses Leben hineinpasste: Arbeiter, Polizist, Gewerkschafter, Bundestagsabgeordneter war er, Polizeipräsident der damaligen Westberliner Polizei und Gründungsmitglied des WEISSEN RINGS. Und Ehemann, das natürlich auch. 63 Jahre lang.

Ihr Mann, sagt Waltraud Hübner heute, sei immer ein sehr sozialer Mensch gewesen, der „für die Belange der anderen immer ein offenes Ohr hatte“. Hübner, 1924 in Berlin geboren, 1949 in den Polizeidienst eingetreten, entschied sich dann folgerichtig für die SPD, wurde der erste Geschäftsführer der Gewerkschaft der Polizei, wurde Bundestagsabgeordneter, dann – überraschend für viele – 1969 Polizeipräsident in Berlin. Keine ruhige Zeit, weder für das Land noch für die Stadt und damit auch nicht für Hübner. Die Studentenunruhen waren auf ihrem Höhepunkt, und dann kommt da einer wie Hübner und spricht, damals ein Novum, von Deeskalation – sagt einen Satz wie: „Eine Straßenschlacht, die die Polizei gewinnt, hat die Demokratie verloren.“

Als ihr Mann ihr vom WEISSEN RING erzählte, dieser damals komplett neuen Idee, sich um die Opfer von Verbrechen mehr zu kümmern, da, sagt sie, „war ich nicht gerade begeistert, er hatte ja schon so genug zu tun“. Klaus Hübner

selbst hat dem WEISSEN RING erzählt, wie das 1976 war, als Eduard Zimmermann auf ihn zukam: „Eines Tages kam er und fragte, ob und wie man Verbrechenopfern helfen könnte. So wurde die Idee vom WEISSEN RING geboren. Der Verein entstand aus dem Willen, etwas für eine Gesellschaftsschicht zu tun, die wir als vernachlässigt empfanden.“ Die Gründungsphase habe damals von dem Bedürfnis vieler gelebt, anderen zu helfen.

Ein Selbstzünder sei die Idee gewesen, so Klaus Hübner im Rückblick, aber auch ein „Selbstzünder muss immer Sauerstoff haben“. Den gab Hübner ihm in Berlin, wurde „Regionalbeauftragter“, was sich heute Landesvorsitzender nennt. Er schuf Raum für die erste Geschäftsstelle auf dem Berliner Polizeigelände und sah dann selber, wie der Verein, den er maßgeblich mitbegründet hatte, wuchs und Früchte trug – auch in seiner Stadt. 1986 zum Beispiel, als es einen Bombenanschlag auf die Berliner Diskothek „La Belle“ gab, drei Menschen verstarben und über 100 zum Teil schwerst verletzt wurden. Noch in der Nacht seien die Helfer des WEISSEN RINGS ausgeschwärmt, hätten geholfen. Klaus Hübner erzählte auch diese Erinnerung: „Für die Ehefrau eines verletzten amerikanischen Soldaten, bei dem absehbar war, dass er den Anschlag nicht überleben würde, haben wir den Flug aus den USA nach Deutschland bezahlt, damit sie ihren Ehemann noch einmal lebend sehen kann – was auch gelang.“

Hübner hatte, sagt seine Frau, eigentlich keine zeitaufwendigen Hobbys – Sport schon, Karate, Tennis oder Volleyball mit den Kollegen. Und gelesen habe er so ziemlich alles: „Was gedruckt war, wurde gelesen.“ Für mehr sei gar keine Zeit gewesen. 16 Jahre lang blieb Hübner im Amt des Polizeipräsidenten, dann bat er 1987 um seine Abwahl. Waltraud Hübner sagt heute, dass ihr Mann damals den WEISSEN RING mitbegründet habe, sei eine seiner besten Entscheidungen gewesen. „Und eine ziemliche Leistung.“ Wenn man heute sehe, zu was sich der WEISSE RING entwickelt hat, könne man erahnen, wie notwendig seine Gründung vor nun 45 Jahren gewesen sei.

Zuletzt kam Klaus Hübner in ein Berliner Krankenhaus. Als seine Frau den Schrank im Zimmer öffnete, sagte sie zu ihrem Mann: „Schau mal hier.“ Im Schrank hing eine Aufforderung, auf die eigenen Dinge zu achten und es Dieben nicht zu leicht zu machen. Ein Präventionstipp des Vereins, den Hübner mit aus dem Boden gestampft hat. „Das war das letzte Mal, dass er den WEISSEN RING gesehen hat“, sagt Waltraud Hübner heute. Klaus Hübner starb im Alter von 96 Jahren in Berlin.

Tobias Großkemper

„Wir erleben das komplette Programm: Drohszenarien durch Randalieren im Büro, Auslösen des Feueralarms, Abräumen von Schreibtischen und einiges mehr.“

i

Auf diesen zwei Seiten lesen Sie Antworten von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern auf die Frage, wie sie während ihrer Amtszeit angegangen wurden. Die Antworten stammen aus einer Umfrage von www.kommunal.de.

„Ich erlebe permanentes Stalking bei Ämtern und Behörden. Anonyme Beschuldigungsschreiben werden verbreitet.“

„Ich habe mehrfach Anschläge auf mein Auto und mein privates Wohnhaus erleben müssen.“

„Ich wurde über Wochen hinweg von einem Mann immer wieder mit einer Waffe bedroht.“

„Meine Mitarbeiter bekommen permanente Anrufe mit Ausdrücken wie Schlampe, Nutte, Drecksau.“

„Ich wurde von einer Frau nachts auf der Straße angegangen, weil ich mich an einer Kreisstraße gegen Tempo 30 ausgesprochen hatte und daher den Tod ihrer Katze zu verantworten hätte.“



Im Kampfgebiet Lokalpolitik

Im November 2017 wird der damalige Bürgermeister Andreas Hollstein in der Kleinstadt Altena mit einem Messer attackiert. Hätte er damals keine Hilfe bekommen, wäre er jetzt tot. Über die Messerattacke wurde bundesweit berichtet. Doch sie kam nicht aus dem Nichts. Sie war der Gipfel einer Entwicklung, die spätestens Ende der Nullerjahre begann und deren Ende nicht abzusehen ist.

Wenn er aus seinem Wohnzimmer schaut, den Kopf nach rechts neigt, den Blick schweifen lässt über die Schieferdächer und den kleinen Fluss, dann sieht er da auf der anderen Seite des Hangs seine eigene Vergangenheit stehen. In dem alten Rathaus, das dort steht, ein Gründerzeitbau, hat Andreas Hollstein das Städtchen Altena seit 1999 als Bürgermeister regiert. Er war der erste Bürger einer schrumpfenden Stadt. Das gibt den Ton vor, denn in einer wachsenden Gemeinde regiert es sich vermutlich anders als in einer, in der Niedergang die Rahmenbedingungen setzt.

Die Drahtproduktion hatte Altena einst groß werden lassen, Wohlstand und Arbeitsplätze in diesen Ort am nördlichen Rand des Sauerlands gebracht. Als die Drahtproduktion der Welt umzog, da nahm sie viele Arbeitsplätze mit. Mit ihnen gingen viele Perspektiven und das Geld und in der Folge Menschen. In Blütezeiten wohnen in Altena rund 30.000 Menschen, heute sind es noch gut 17.000. Im Jahr 1999, als Hollstein seine erste Wahl gewann und das bis dahin rote Städtchen schwarz wurde, lebten noch 22.000 Menschen in der Stadt.

In Altena steht eine hübsche Burg auf dem Klusenberg, sie ist ein beliebtes Ausflugsziel in der Region. Von der rund 900 Jahre alten Burg führt ein Aufzug durch das Gestein des Berges zum Ufer des Flusses in die Innen-

stadt, was praktisch ist für die, die den steilen Weg zur Burg hinauf nicht zu Fuß gehen möchten. Auf halbem Weg zur Burg wohnt Hollstein in einem historischen Haus, verwinkelt, selber ein bisschen eine Burg. Weiter unten in der Stadt wurde er niedergestochen, damals, als er noch Bürgermeister war. Das war 2017. Die Messerattacke war der Gipfel einer Entwicklung von Hass und Hetze, die Hollstein über Jahre gespürt hatte. Dass sie ihn in so einer Konsequenz treffen würde, hätte er sich dennoch nicht vorstellen können. Heute, im Rückblick, sieht Hollstein drei verschiedene Phasen dieser Entwicklung.

PHASE 01 **1999–2005**

Wer sich umhört in Altena, wie Hollstein 1999 loslegt als Bürgermeister, der bekommt das Bild eines Mannes vermittelt, der Unangenehmes ausspricht, bevor er gewählt wird. Und der das dann umsetzt, auch im eigenen Beritt: Die Verwaltung wird verkleinert, von 180 auf 120 Vollzeitstellen. Hollstein schafft den Dienst-Mercedes samt Chauffeur ab und fährt fortan im Dienst-Polo selbst durch die Kleinstadt. Was viel über den politischen Instinkt von Hollstein verrät. Das, was man sagt, auch selber vorzuleben, erhöht die Akzeptanz. Gelingen garantiert es nicht und Schwimmbad-, Schul- und Kindergartenschließungen bleiben kein Spaß, sondern hochemotionale Angelegenheiten. Aber was soll man machen, wenn man Konkursverwalter einer klammen Gemeinde ist, die zum Beispiel zwei Schwimmbäder unterhält? Man kann sie beide verrotten lassen, was am Anfang ein bisschen Ruhe bringt, aber in der Konsequenz zu gar keinem Schwimmbad mehr führt. Oder man schließt ein Schwimmbad und saniert das andere. Hollstein sagt, man habe sich damals für Variante zwei entschieden.

Andreas Hollstein wurde 1963 in Altena geboren und war zwischen 1999 und 2020 Bürgermeister der Kleinstadt in Westfalen.



Im Jahr 2020 kandidierte der CDU-Mann als Oberbürgermeister in Dortmund. • Fotos: Dominik Butzmann (oben) und Paul Schneider (unten)

„Dein Vater zerstört unsere Stadt, dein Vater lässt uns nicht schwimmen, dein Vater ist ein Unmensch.“

Es werden 3.000 Unterschriften gegen die Schließung gesammelt, es wird ein Bürgerbegehren eingeleitet, ein Rechtsstreit folgt und letztlich wird ein Bad geschlossen. Die Kinder von Hollstein werden daraufhin in der Grundschule beschimpft: „Dein Vater zerstört unsere Stadt, dein Vater lässt uns nicht mehr schwimmen, dein Vater ist ein Unmensch.“ Nicht so schön sei das gewesen, sagt Hollstein rückblickend, und dass es eine Menge solcher Entscheidungen und entsprechender Folgen gegeben habe. Vielleicht hat es so etwas bei unbeliebten Entscheidungen aber schon immer gegeben.

Wer den Menschen etwas zumutet, muss mit der Konsequenz leben, dass er eventuell respektiert, aber nicht zwingend geliebt wird. Für Hollstein zeigt sich das – wir sind hier im Sauerland – zunächst ganz vereinzelt bei den Schützenfesten: Alkohol, Menschen, die sich und vor allen Dingen anderen etwas beweisen wollen, gelöste Zungen, Konsequenzen für den Moment egal – in der Summe führt das gelegentlich zu Pöbeleien. Wenn es einmal im Jahr vorkam, sei das schon viel gewesen. Nichts, worüber man lange nachdenken muss. Das hat es wohl immer schon gegeben. Hat es?

Stutzen lässt Hollstein dagegen ein Brief, den er recht bald nach seiner Amtsübernahme bekommt. In dem Schreiben geht es um eine Seitenstraße mit vielleicht 150 Anwohnern, unter ihnen 20, 25 Kinder. Die Straße hat mindestens seit Ende des Zweiten Weltkriegs keinen befestigten Gehweg, auf ihr wird schnell gefahren, alles in allem ein Problem. Dazu Post samt Unterschriftenliste zu bekommen, ist kein ungewöhnlicher Vorgang. Ungewöhnlich kommt dem Juristen Hollstein der Ton des Anschreibens vor. Darin steht nichts von einer Bitte um Überprüfung der Verkehrssituation, stattdessen wird dem Bürgermeister eine Ansage gemacht: Wenn einem unserer Kinder etwas passiert, steht da geschrieben, dann machen wir Sie persönlich dafür haftbar. Der Ton ist neu, vielleicht auch befremdlich, die Sache geht dann ihren verwaltungstechnischen Gang und wird überprüft. Gute zwei Jahre später soll die Straße dann saniert werden – mit Eigenmitteln der Anlieger. Es wird eine Einwohnerversammlung einberufen. „Und da schlug mir zum allerersten Mal Hass entgegen“, sagt Hollstein heute im Rückblick. Die Stimmung sei massiv hochgekocht: „Du kannst hier doch

nicht plötzlich eine Straße bauen, wir brauchen die doch gar nicht“, habe man ihm entgegengebrüllt. Er habe dann das Schreiben gezeigt, das er bekommen habe. So habe man das doch gar nicht gemeint, sei ihm entgegen worden. Hollstein lernt in diesem Moment etwas, was ihm noch häufiger begegnen sollte: „Straßenausbau ist, das können Kollegen bestätigen, ein riesiger Aufreger.“ Er nennt das heute einen „kriegsauslösenden Zustand“, in dem die Fronten sehr schnell verhärten und nicht mehr miteinander gesprochen wird. Andere „kriegsauslösende Zustände“ sind Natur und Ökonomie, Migration und grundsätzlich neue Investitionen.

Die Straße ist inzwischen ausgebaut, der Zorn verrauchte, die Straße ist eine Straße mit Bürgersteig. Man kann in ihr, wenn man ihre Geschichte im Kopf hat, aber auch mehr sehen: Die Bundesrepublik Deutschland hat nach dem Aufbau in den Wirtschaftswunderjahren angefangen, in einer Wohlstandsblase zu leben. Alle wesentlichen Kennziffern zeigten immer nur nach oben, die Blase „haben wir immer weiter aufgepumpt“, sagt Hollstein. Jeder Mensch hat seine Nische gefunden, sich darin eingerichtet und die Eigeninteressen zum Daseinszweck erhoben. Das Wissen von Rechten und Pflichten wird vorrangig zum Wissen um die eigenen Rechte. Die Anerkennung der Pflichten rückt in den Hintergrund. Oder, anders formuliert: Wir machen Dich verantwortlich, wenn einem unserer Kinder etwas passiert. Aber lass bloß die Finger von unserem Geld.

PHASE 02 2005–2012

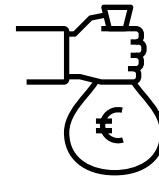
Das sogenannte Abstandsgebot besagt, dass Arbeit stets mehr einbringen muss als Nichtarbeit. Dieses Abstandsgebot ist Anfang der Nullerjahre verletzt, nachdem die Bundesrepublik ihre Arbeitslosen mit Unterstützungszahlungen und Lohnersatzleistungen viele Jahre weit über dem europäischen Durchschnitt versorgt hat. Als Konsequenz daraus verabschieden Bundesrat und Bundestag 2005 die sogenannten Hartz-IV-Reformen, was zu schmerzhaften Einschnitten in der Arbeitslosenhilfe führt. Die Hartz-Gesetzgebung wird heute noch harsch kritisiert, der Umgang mit finanzschwachen Menschen ist in Deutschland kein Ruhmesblatt. Aber auch wenn Bundesrat und Bundestag und vor allen Dingen der damalige Kanzler Gerhard Schröder für die Hartz-Gesetze verantwortlich zeichnen, haben in dieser Zeit die Rathäuser vor Ort, die Sachbearbeiter mit dem Zorn darüber zu leben. Beleidigungen im Sozialamt zum Beispiel nehmen damals, so sieht es Hollstein heute, deutlich zu. „Ab 2005 veränderte sich das Klima weiter, es wurde heftiger.“

Erstmals geht es nicht permanent weiter aufwärts, es hakt deutlich. Und jeder, dem etwas weggenommen wird, wehrt sich dagegen. Man habe manchmal den Eindruck gehabt, sagt Hollstein, dass damals in Folge der Hartz-Reformen alles, was von „oben“ kommt, in Zweifel gezogen und für falsch gehalten wird. „Dagegensein“ wird zum Prinzip und Kommunen sind die, die für den Bürger erreichbar sind. Angst ist eine starke Triebfeder, das gilt auch für die Angst vor dem finanziellen Abstieg. Verbale Drohungen nehmen damals zu, ab und an seien Stühle im Rathaus geflogen. Wobei nicht nur, aber eben auch die Rathäuser ihren Teil zur allgemeinen Stimmung beitragen. Häufig sei der Fehler gemacht worden, in die Abteilungen mit den meisten Bürgerkontakten nicht die kommunikativ stärksten Mitarbeiter zu setzen. Die braucht man in anderen Abteilungen, dort, wo ein Rathaus glänzen kann oder will, in der Außendarstellung etwa. Und so sehen sich also diejenigen mit den meisten Bürgerkontakten einer veränderten Erwartungshaltung gegenüber, mit der sie nur schwer umgehen können.

Im Jahr 1970 zum Beispiel hätte ein Bürger beim Sozialamt vermutlich gesagt: „Ich brauche, ich möchte, prüfen Sie bitte.“ Heute ist der Ton laut Hollstein ein anderer: „Ich brauche jetzt, warum prüfen Sie eigentlich noch, her damit.“ Seit den 1970er-Jahren hat die Bevölkerung sich emanzipiert, die Menschen werden zu mündigen Bürgern, Dialogprozesse kommen in Gang, Mitwirkungen, Beteiligungsverfahren. Dinge, die in einer sich verändernden Demokratie alle auch ihre Berechtigung haben. Hollstein findet aber, dass

sich die Situation aus Perspektive der Rathäuser so darstelle, dass die Bürger oder zumindest ein nicht unerheblicher Teil von ihnen davon ausgeht, bestimmen zu können, was ist – und die da in ihren Räten und Amtsstuben machen können, was sie wollen.

Kollegen schildern ihm damals ähnliche Erfahrungen. Wie sie in Einwohnerversammlungen gar nicht mehr zu Wort kommen. Attacken gegen Mandatsträger etwa hatte es schon vorher gegeben. Aber so ab 2005 habe das dann langsam, aber kontinuierlich zugenommen, auch wenn nicht alle offen darüber gesprochen hätten. Vielschichtiger, massiver, sei das zunehmend geworden, bis dann 2012 die ersten Drohmails bei Hollstein ankommen. Hier beginnt für ihn die dritte Phase, die heute noch anhält und mit der wir in der Gegenwart angekommen sind.



Mit den Hartz-Reformen wurden Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Wesentlichen auf dem Leistungsniveau der vormaligen Sozialhilfe zusammengelegt und 2005 im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch neu geregelt.



Fotos: Paul Schneider



Andreas Hollstein während des Wahlkampfs 2020 in Dortmund. In der sogenannten Herzkammer der Sozialdemokratie erreichte Hollstein die Stichwahl und unterlag dort knapp.

PHASE 03 2012 – heute

Die erste Drohmail, die an ihn gerichtet ist, schmeißt Hollstein weg, die zweite auch, dann die dritte und so weiter. Er ist damals ein nach wie vor anerkannter Bürgermeister – bürgernah. Einer, der gut mit den Menschen kann, der sich regelmäßig mit einem Tisch auf den Marktplatz stellt, um ins Gespräch zu kommen. Hören, wo der Schuh drückt. Das ist die eine Seite – die öffentliche. Die digitale Seite aber verändert sich: Während er in den ersten Mails angegangen oder beschimpft wurde, wird der Charakter der Mails langsam ein anderer, ein orchestrierter. Menschen beginnen, sich digital zusammenschließen. Plötzlich bekommt er nicht mehr nur unangenehme Mails, die sich auf singuläre Ereignisse vor Ort beziehen. 2014 beginnt Hollstein öffentlich darauf hinzuweisen, dass Angriffe auf Mandatsträger zunehmen, und nicht nur auf sie. Ein Ordnungsamtsmitarbeiter soll eine Straßensperrung anlässlich eines Mittelalterfestes kontrollieren. Ein Autofahrer hält mit seinem Wagen auf den Mitarbeiter zu und fährt ihm letztlich über den Fuß. Das endete dann in einem Gerichtsverfahren samt Verurteilung. Hollstein nennt diese dritte Phase eine „Brennglasphase“, die sich 2015 im Zuge der Migration noch einmal hoch emotionalisiert. Menschen auf der Flucht, die zu Hunderttausenden nach Deutschland kommen. Die erst aufgenommen werden von einem Land, das sich selbst und andere überrascht mit seiner Menschlichkeit und das dann erlebt, wie die AfD erstarkt, wie die Grenzen des Sagbaren zunehmend verschoben werden.

Am 3. Oktober 2015 kommt es in Altena zu einem Brandanschlag auf ein Mehrfamilienhaus, in dem mehrere Migrantenfamilien leben. Wenige Tage vor der Tat hatte Altena öffentlich gemacht, dass es mehr Flüchtlinge aufnehmen werde als die 100, die der Stadt zugewiesen waren. 100 weitere wolle man aufnehmen, wenn es sich einerseits um Bürgerkriegsflüchtlinge und andererseits größtenteils um Familien handle. Brandstifter sind ein Feuerwehrmann und sein Komplize, als Motiv gibt einer der Täter später an, er habe Angst vor „Einbrüchen, Diebstählen, Gewalttaten und auch vor sexuellen Übergriffen“ der Flüchtlinge gehabt. Hollstein kennt die Familie des Täters sowie den Täter selbst. Was sich während des Gerichtsverfahrens in den Handyauswertungen zeigt, hätte er nicht für möglich gehalten: Holocaust-Leugnung, SS-Verherrlichung, das ganze Programm. Die Täter waren vernetzt, hier waren Menschen nicht einzeln aktiv. Hier waren Menschen zu Tätern geworden, die sich gegenseitig in ihren Meinungen bestärkten, die davon ausgingen, dass ihre Wahrheit und Weltsicht die einzig richtigen seien.

Die Zahl der Straf- und Gewalttaten gegen Amts- und Mandatsträger hat sich in den vergangenen drei Jahren verdoppelt. Während das Bundeskriminalamt 2018 noch 1.256 Fälle registrierte, waren es 2019 bereits 1.674 Fälle. Im Jahr 2020 wurden 2.629 Delikte dieser Art registriert. Aufgrund des bevorstehenden Superwahljahres sowie der Corona-Pandemie wird 2021 mit einem weiteren starken Anstieg gerechnet.

Zwei Wochen nach dem Brandanschlag in Altena, am 17. Oktober 2015, wird im Kölner Stadtteil Braunsfeld die damalige Oberbürgermeisterkandidatin Henriette Reker mit einem Messer attackiert und schwerst verletzt, sie wird ins künstliche Koma versetzt. Später sollte der Täter, ein Mann mit Kontakten ins neonazistische Milieu, angeben, der Grund für seine Tat sei Rekers Flüchtlingspolitik gewesen. Reker war damals noch Kölner Sozialdezernentin und als solche für die Unterbringung von geflüchteten Menschen zuständig. Der damals 44-jährige Täter soll Spiegel online zufolge laut Augenzeugenberichten bei der Attacke gerufen haben: „Ich tue es für eure Kinder.“

Hollstein spricht 2016 bei einer Tagung mit Kollegen über die zunehmenden Attacken per Mail und es wird klar, dass nicht nur er angegangen wird. Er ist kein Einzelfall, viele können etwas erzählen: von Beleidigungen, vom Angehen der eigenen Kinder, von abgeschnittenen Weinreben oder gelösten Radmuttern. Und die Situation beruhigt sich nicht. Im Sommer 2017 ist Hollstein bei der Polittalk-Sendung Maybrit Illner zu Gast, im Anschluss explodiert förmlich sein Maileingang. Ein paar wenige positive Mails sind darunter, der Großteil jedoch Attacken, Hass und Hetze. Hollstein beginnt, konsequent anzuzeigen.

„Wir gegen die“ ist immer die Grundlage von Hass und Hetze. „Da ist jemand, der möchte mir etwas wegnehmen, der will etwas verändern, dagegen muss ich mich wehren, mein Verhalten ist Notwehr, ich bin doch hier in der Opferrolle, also muss ich handeln.“ Jede Tat erscheint dem Täter legitimiert, weil er sich selbst für das eigentliche Opfer hält. In seiner Weltsicht muss er die Tat begehen, für sich, sein Volk oder dessen Kinder. Aber wenn alle nur noch Opfer sind, dann ist niemand mehr schuldig, dann wird alles egal.

Diese Phase, in der sich unsere Gesellschaft gerade befindet, nennt Hollstein die „Brennglasphase“. Es wird immer hitziger. Jeder, der als Kind in einem heißen Sommer mit einem Brennglas und trockenem Gras hantiert hat, weiß, was dann passiert. „Brennt uns gleich die Hütte ab, weil das Gras davor schon in Flammen steht, Herr Hollstein?“

„Als positiv denkender Mensch, der politisch tätig ist, würde ich sagen, da sind wir noch lange nicht. Man kann Prozesse ja auch verändern und Menschen überzeugen. Aber es wird nicht leichter, wenn man nicht genau genug hinsieht.“ Das sei, sagt er, ähnlich wie ein Krankheitsverlauf: Am Anfang einer Erkrankung kann man in der Regel am einfachsten heilen. Wenn Symptome ignoriert werden, hat man schnell ein Problem. Dann ist man irgendwann tot. Interessant, dass er den Tod erwähnt, denn der Krankheitsverlauf der Diagnose Hass und Hetze trifft ihn selbst massiv, damals, am 27. November 2017 in einem Döner-Imbiss, als auch er mit einem Messer attackiert wird.

An dem Abend kommt Hollstein aus dem Rathaus. Er fährt mit dem Wagen nach Hause, seine Ehefrau ist krank. Dann geht er noch einmal kurz bei einem Dönerladen vorbei, um ein gemeinsames Abendessen zu holen. Es ist ungefähr 20 Uhr, kurz nach ihm betritt ein weiterer Mann den Laden. Er hat einen Jutebeutel dabei und fragt Hollstein: „Sind Sie der Bürgermeister?“ „Ich kenne die Frage, sie ist oft eine Brücke“, sagt Hollstein, „und habe geantwortet: ‚Ja, warum?‘, um zu signalisieren: Haben Sie etwas für mich, kann ich etwas für Sie tun?“

„Als positiv denkender Mensch, der politisch tätig ist, würde ich sagen, da sind wir noch lange nicht. Man kann Prozesse ja auch verändern und Menschen überzeugen. Aber es wird nicht leichter, wenn man nicht genau genug hinsieht.“

Andreas Hollstein

Statt zu antworten, zieht der Mann ein Messer. Dann schreit er: „Du lässt mich verdursten und holst 200 Ausländer rein.“ Das Messer am Hals Hollsteins, Handgemeinge, der Dönerladenbetreiber und sein Sohn eilen zu Hilfe. Ein vierminütiger Kampf, Geschrei, es fließt Blut, das von Hollstein. Aus einer Wunde am Hals. Letztlich ist der Täter fixiert, die Polizei wird gerufen. Als eine junge Polizistin – die Polizeiwache ist um die Ecke – in den Laden stürmt, eine gezogene Waffe in der Hand, schreit der Täter sie an: „Erschieß mich!“

Im Juni 2018 wird der 56-jährige Täter wegen gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Bedrohung zu einer zweijährigen Haftstrafe, ausgesetzt zur Bewährung, verurteilt. Der Mann, so sah es das Gericht, war psychisch labil und zum Tatzeitpunkt alkoholisiert. Er hatte, so das Gericht, das Messer zur Selbstverteidigung dabei. Auch einen Glasschneider hatte er dabei, was aber bei der Urteilsfindung keine Rolle spielte. Dieser Glasschneider lässt für Andreas Hollstein noch eine andere Interpretation zu: Was, wenn der Mann gar nicht in den Dönerladen wollte? Was, wenn er den Glasschneider dabei hatte, um in Hollsteins Wohnhaus einzudringen?

Das hätte auch ganz anders ausgehen können, meint Hollstein heute. Er ist davon überzeugt, dass er, hätten Vater und Sohn in dem Imbissladen nicht eingegriffen, heute nicht mehr leben würde. Seine Kraft habe nicht ausgereicht, sich zu wehren. Ein Bürgermeister wäre heute tot – als letzte Konsequenz von Hass und Hetze. Das Gericht war anderer Ansicht, der Angreifer habe den Bürgermeister erschrecken wollen. Aber ruft einer, der nur erschrecken will, den zum Tatort kommenden Polizisten dann „Erschieß mich!“ zu? Hollstein findet das alles unlogisch. „Aber das ist gelaufen“, sagt er nach einer längeren Pause. „Man muss das irgendwann abhaken.“

Für Hollstein ist der Mann der Täter, aber eben auch ein Werkzeug der, so nennt er es, „digitalen Brunnenvergifter“. Denen, die die Echokammern des Internets füllen, die rechte Parolen endlos wiederholen, die den Verwirrten und Verirrten das Gefühl geben, nicht alleine zu sein, sondern zu einer schweigenden Mehrheit zu gehören. Und praktischerweise kommt das ja alles auf den eigenen Bildschirm, in die eigenen vier Wände. Keiner muss mehr aktiv werden, alles kommt von ganz allein und wird immer mehr, wenn man einmal damit begonnen hat.

Wenig Freunde habe der Mann gehabt, aber im Netz sei er aktiv gewesen. In sozialen Netzwerken, auch den einschlägigen, war er viel unterwegs – und in einer entsprechenden Kneipe. Entscheidend sei dann gewesen, dass der Mann persönliche Probleme gehabt habe.

64%

der 2.494 befragten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gaben in der Umfrage der monatlich erscheinenden Zeitschrift „Kommunal“ an, im Rahmen ihrer Tätigkeit „beleidigt, beschimpft, bedroht oder tätlich angegriffen“ worden zu sein.

Darin sieht Hollstein den „Auslöser von Gedankenängen in die Tat“: Frau weg, von der Welt verraten gefühlt, Jobverlust, Alkohol, Verwahrlosung, am Ende eine Kurzschlussreaktion. Auch hier wieder die Opferrolle, andere sind schuld für eigenes Versagen, man muss sich wehren. „Mir geht es scheiße und du bist schuld“ quasi als Lebensentwurf. Wobei schuldig hier vermutlich der ist, den man erwischen kann.

Hollstein, Reker, in der Dimension sind die beiden Fälle singulär. Aber Einzelfälle? „Kommunal“ ist eine monatlich erscheinende Zeitschrift für Bürgermeister und Kommunalpolitiker. Auf der dazugehörigen Online-Plattform www.kommunal.de wird im März 2020 eine Umfrage veröffentlicht, an der 2.494 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister teilgenommen haben. 64 Prozent geben an, im Rahmen ihrer Tätigkeit „beleidigt, beschimpft, bedroht oder tätlich angegriffen“ worden zu sein. Das sei, so die Publikation, schon lange kein Großstadtphänomen mehr.

Und diese Umfrage war ausgearbeitet worden, bevor Corona ins Spiel kam. Ende Januar 2021 berichtet „kommunal“, dass nun 27 Prozent der Stadtoberhäupter angäben, wegen der Corona-Krise habe die Zahl der Anfeindungen und Beleidigungen noch einmal weiter zugenommen.

Demokratie lebt von der Beteiligung. Aber was passiert, wenn sich immer mehr Menschen nicht beteiligen wollen, weil sie lieber ihre Ruhe haben und nicht angegangen werden wollen? Laut „kommunal“ waren sich bereits im März 2020 29 Prozent der befragten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sicher, nicht für eine weitere Amtszeit antreten zu wollen. Besonders hoch sei dieser Wert bei den meist ehrenamtlichen Bürgermeistern in kleinen Gemeinden. An dieser Stelle zeigen Hass und Hetze sich als das, was sie sind: demokratiegefährdend.

Es scheint nicht wahrscheinlich, dass die erschreckenden Prozentzahlen aus der Umfrage in der näheren Zukunft sinken werden. Kinderbetreuung in Corona-Zeiten, Impfstoffvergabe-Ärger, die wirtschaftlichen Existenzängste von Einzelhändlern, all das steigert den Druck auf die Kommunalpolitik. Und das ist nicht alles: Mit den prognostiziert einbrechenden Steuereinnahmen der Kommunen sinkt auch deren Handlungsspielraum. Im Moment etwa sind Schwimmbäder coronabedingt geschlossen. Aber werden sie auch wieder öffnen?

Andreas Hollstein, 57 Jahre alt, ist momentan Privatier. Er war im Sommer 2020 als CDU-Oberbürgermeisterkandidat für die benachbarte Großstadt Dortmund ins Rennen gegangen und hatte dort im Herbst die Stichwahl gegen den SPD-Kandidaten knapp verloren. Ende Oktober 2020 endete seine Zeit als Bürgermeister in Altena. Was die Zukunft für ihn bringen wird, weiß er noch nicht genau, es gibt verschiedene Gedanken, aber noch nichts Spruchreifes. Er ist jetzt ein Veteran der Lokalpolitik, übergreifige Mails hat er länger nicht mehr bekommen.

Was rät er Menschen, die sich politisch engagieren wollen aus seiner Perspektive?

58%

der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister werden in Städten mit weniger als 5.000 Einwohnern „beleidigt, beschimpft, bedroht oder tätlich angegriffen“, in Städten mit über 100.000 Einwohnern waren es sogar 79 Prozent.
Quelle: www.kommunal.de

Sich zurückzuziehen sei keine Option, sagt er. Ansprechen müsse man Hass und Hetze immer wieder, dadurch Standfestigkeit zeigen, sich gesellschaftlich engagieren. Wenn alle, die es könnten, den Mund nicht aufmachen, werde der Effekt immer stärker und an Dynamik gewinnen. Gegenhalten, ja schon, aber auch einfach wieder diskutieren, sich über politische Lager hinweg austauschen. Heute werde ja über Politik kaum noch gesprochen, um keinen Streit zu bekommen. Oder man sei sich ohnehin einig, weil man sich nur noch mit Menschen austauscht, die die eigene Meinung teilen.

Austausch, Diskussion, Ringen mit Worten, all das klingt richtig und gut, ist aber in Corona-Zeiten hochproblematisch, weil ein normaler Austausch im Privatleben gar nicht möglich ist. Geht ja alles nur noch im Netz. Und da sind die Algorithmen vor. Die die Emotionen belohnen und jeden immer tiefer in das bringen, was man selber für richtig hält.

Alles nur noch schwarz und weiß.

Tobias Großkemper



Foto: Dominik Butzmann

Hollstein ist jetzt ein Veteran der Lokalpolitik; Drohmails hat er länger nicht mehr bekommen. Er plädiert dafür, mehr miteinander ins Gespräch zu kommen: Heute werde ja über Politik kaum mehr gesprochen, um keinen Streit zu haben.



Warum wir gegen Hass und Hetze vorgehen müssen

Das Internet ist, ohne Frage, ein Segen. Überall auf der Welt, zumindest dort, wo es Verbindung zum Netz gibt, ist Wissen zugänglich. Jeder Mensch kann seine Meinung vor der ganzen Welt kundtun. Das Internet hat den Zugang und die Verbreitung von Informationen demokratisiert.

Aber es ist dadurch auch möglich geworden, Fehlerhaftes, Ideologisches, vor allem aber auch Hass und Hetze zu verbreiten. Das hat schwerwiegende Folgen, weltpolitisch und individuell.

Weltpolitisch: Wir leben in Zeiten, in denen Extremisten an Einfluss gewinnen. Rechtsextremisten, Faschisten und Neonazis hier, Islamisten dort. Viele dieser Leute nennen wir verharmlosend Populisten. Sie bieten vermeintlich einfache Lösungen für komplexe Probleme, verbreiten Verschwörungsideologien und Lügen als „alternative Fakten“, gewinnen auf diese Weise Wahlen, stellen Abgeordnete und machen sich demokratische Strukturen zunutze, um die Demokratie auszuhöhlen. Sie setzen die Agenda, regieren in manchen Ländern mit, stellen in einigen gar den Regierungschef – und stets vergiften sie das Klima in einer Gesellschaft.

Individuell: Immer häufiger werden Menschen nicht mehr sachlich und argumentativ kritisiert, sondern es wird gegen sie gehetzt und Hass verbreitet. Das hat Folgen. Ein Beispiel: Der CDU-Politiker Walter Lübcke, Regierungspräsident in Kassel, hatte 2015 auf einer Bürgerversammlung die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung verteidigt und über die Aufnahme von Menschen in der Region informiert. Einige Zuhörer buhten ihn aus, beschimpften ihn, riefen: „Scheiß Staat!“ Ihnen entgegnete Lübcke: „Es lohnt sich, in unserem Land zu leben. Da muss man für Werte eintreten, und wer diese Werte nicht vertritt, der kann jederzeit dieses Land verlassen, wenn er nicht einverstanden ist. Das ist die Freiheit eines jeden Deutschen.“

Deutliche Sätze, die man natürlich kritisieren darf.

Aber vier Jahre später, 2019, traten rechte Blogs eine Welle des Hasses gegen ihn los und nutzten ein Video von der Bürgerversammlung mit Lübckes Worten zur Stimmungsmache. Im Netz kursierten Bilder von einem



Foto: Peter Rigaud

Galgen, von Pistolen und Sprüche wie: „An die Wand stellen!“ Es waren Botschaften an Lübcke. Und tatsächlich nahm jemand diese Worte und Bilder ernst: In der Nacht auf den 2. Juni 2019 drang ein Rechtsextremist auf die Terrasse der Familie Lübcke vor und erschoss den Politiker aus nächster Nähe.

Worte haben Wirkung, und zwar nicht nur virtuelle, sondern ganz konkrete. Für das, was man sagt und schreibt, trägt man Verantwortung. Hass und Hetze töten. Manche Formulierungen sind Gewalt. In einer zivilisierten Gesellschaft ist längst nicht alles sagbar, denn Meinungsfreiheit heißt nicht, dass alles sagbar ist, schon gar nicht ohne Konsequenzen. Meinungsfreiheit bedeutet auch nicht Widerspruchsfreiheit – wer kritisiert, darf natürlich auch selbst kritisiert werden. Und Morddrohungen sind nicht von Meinungsfreiheit gedeckt.

Worte – und darauffolgende Taten – haben die Welt verändert, in den vergangenen Jahren leider nicht nur zum Besseren. Es ist ein gesellschaftliches Klima entstanden, das menschenfeindliche Inhalte als akzeptabel hinnimmt. Das Engagement gegen die Verrohung muss deshalb eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben sein.

Hasnain Kazim ist gebürtiger Oldenburger und Sohn indisch-pakistanischer Einwanderer. Er studierte Politikwissenschaften und schlug eine Laufbahn als Marineoffizier ein. Das journalistische Handwerk lernte er bei der „Heilbronner Stimme“, von 2004 bis 2019 schrieb er für den „Spiegel“, die meiste Zeit davon als Auslandskorrespondent. Für seine Arbeit wurde er u. a. mit dem CNN Journalist Award ausgezeichnet. Heute lebt er als freier Autor in Wien. Seine Erfahrungen mit Hass und Hetze verarbeitete er in den Büchern „Post von Karlheinz“ und zuletzt „Auf sie mit Gebrüll!“ (Verlag: Penguin/Random House).

Mit anderen Worten: Wir dürfen Worte, die menschenverachtend, rassistisch, antisemitisch, frauenfeindlich, homophob et cetera sind, nicht ignorieren, sondern müssen ihnen entgegentreten. Jeder und jede einzelne von uns. Wir dürfen niemals schweigen – im realen Leben nicht und auch im Internet nicht. Wenn wir die liberale, tolerante, offene Gesellschaft verteidigen, wenn wir die freie, aufgeklärte Art zu leben beschützen wollen, bleibt uns gar nichts anderes übrig, als uns in die Auseinandersetzung zu stürzen. Widersprechen wir menschenverachtenden Äußerungen nicht, glauben immer mehr Menschen, sie dürften so reden. Zumal sich bei manchen die Überzeugung durchgesetzt hat, das Internet sei ein rechtsfreier Raum, in dem man beleidigen und drohen dürfe, wie es einem in den Sinn kommt.

Es gibt kein in Stein gemeißeltes Regelwerk, wie man sich gegen Hass und Hetze wehren kann. Aber es hilft, sich Gedanken über Leitlinien zu machen, wie man damit umgehen kann.

Grundsätzlich lohnt sich immer das Gespräch. Wenn jemand auf Facebook, Twitter & Co. etwas äußert, das in der Wortwahl abfällig erscheint, lohnt es sich nachzufragen: Wie meinst du das eigentlich? Oft stellt sich heraus, dass diese Person sich unüberlegt, unbeholfen oder unabsichtlich missverständlich ausgedrückt hat.

Immer häufiger gerät man aber an Menschen, die offen zu ihrem Hass stehen – und glauben, es sei ihr gutes Recht, ihn im Rahmen ihrer „Meinungsfreiheit“ zu artikulieren. Sie fühlen sich durch ein paar „Likes“, „Daumen hoch“, „Herzchen“ und sonstige im Netz übliche Formen der Zustimmung in ihrer Haltung bestätigt, wähnen sich plötzlich gar in der Mehrheit. Solche Leute kann man im Dialog kaum überzeugen, sie sind für Argumente und Logik kaum zugänglich – es scheint, als lohne es nicht, ihnen in den Kommentarspalten zu widersprechen. Und doch sollte man es unbedingt tun, denn das Netz ist eine große Bühne, auf der viele Menschen mitlesen. Bleibt eine Aussage unwidersprochen, gibt es viele, die sie als akzeptabel hinnehmen, als sagbare Meinung

innerhalb eines breiten Meinungsspektrums. Man argumentiert also immer auch für die Zuhörer und Mitleser.

Es lohnt sich, sich mit dem Entgegnen Zeit zu lassen, sprichwörtlich die Nacht drüber zu schlafen. Oft ist die Wut dann verfliegen und man kann mit klarerem Kopf antworten. Ebenso lohnt sich der Versuch, auf offensichtliche Fehlinformationen, Verschwörungsideologien oder unlogische Argumentation sachlich einzugehen. Ironie macht erst Sinn, wenn man mit Sachlichkeit nicht weiterkommt. Auch wenn es schwer fällt, sollte man sich immer bewusst sein: Auch der, der dort Hass verbreitet, ist ein Mensch – sprich: ein gewisses Maß an Respekt sollte immer da sein.

Wichtig ist auch, sich nicht in endlose Auseinandersetzungen zu verstricken. Wenn sich im Dialog das Gefühl einstellt, dass da jemand partout nicht zugänglich für Argumente ist, dass also jemand gar nicht von seinem Standpunkt abrücken will, obwohl alle Argumente gegen diesen Standpunkt sprechen, ist es sinnvoll, das Gespräch zu beenden. Und, falls diese Person weiter schimpft und beleidigt, sollte man sie blocken. Niemand hat das Recht auf Gehör – schon gar nicht, wenn er sich nicht zu benehmen weiß.

Die Frage, ob man im Netz anonym unterwegs sein sollte oder nicht, ist nicht so eindeutig zu beantworten. Grundsätzlich gehört es zu einem zivilisierten Miteinander, dass man einander ins Gesicht schauen kann, dass man also weiß, mit wem man es zu tun hat. Wenn das aber Gefahren mit sich bringt wie beispielsweise in repressiven Staaten, kann Anonymität einen Schutz bedeuten. Ebenso, wenn man mit Drohungen oder Beleidigungen zu rechnen hat. Man sollte also immer sorgfältig abwägen, wie man mit seinem Gesicht auftritt und wie viel man von sich preisgibt im Netz.

Wer zum Ziel einer hassvollen Kampagne wird und mit Drohungen und Beschimpfungen überzogen, sollte unbedingt zwei Dinge tun: Anzeige bei der Polizei erstatten, auch wenn solche Verfahren leider oft ins Leere laufen, und sich professionelle Hilfe suchen, beispielsweise bei einer Organisation wie „HateAid“. Es ist sinnvoll, sich in solch einem Fall für ein paar Tage aus dem Internet zurückzuziehen und seine Accounts gegebenenfalls eine Zeit lang einer vertrauten Person zu übergeben, die die Eingänge sichten und löschen kann. Warum? Um sich selbst zu schützen.

Hasnain Kazim

Kurz notiert

Corona-Pandemie: Polizei Bremerhaven reduziert Kriminalprävention

Im November 2020 beschloss die Bürgerschaft in Bremen neue Polizeigesetze. Hintergrund dafür war unter anderem der erhöhte Personalbedarf durch die Corona-Pandemie. Das hatte unmittelbare Folgen für die Präventionsarbeit der Bremerhavener Polizei: Zwei bisher für die Kriminalprävention eingesetzte Beamte wurden von der Präventionsarbeit abgezogen. Wie lange dieser Rückzug aus der polizeilichen Präventionsarbeit andauern soll, war zunächst unbekannt. Der WEISSE RING kritisiert dies deutlich, da Kriminalprävention eine sehr wichtige Aufgabe der Polizei ist, und betont, dass die Versetzung ein grundsätzlich falsches Signal sei. „Es ist wichtig, Verbrechen durch Aufklärung zu verhindern oder wenigstens zu minimieren“, sagt Magaret Hoffmann, Landesvorsitzende des WEISSEN RINGS.

Hoffmann zufolge werden hier Löcher gestopft, die nur zum Teil mit der Corona-Pandemie und dem daraus resultierenden erhöhten Personalbedarf zu begründen sind. Laut der Landesvorsitzenden ist die Umschichtung auch eine Folge des zunehmenden Personalmangels bei der Polizei. Dass das zu einer temporären Streichung der Präventionsarbeit führt, kritisiert der WEISSE RING. „Wir hoffen inständig“, so Hoffmann weiter, „dass dieser grundfalsche Umgang mit der Präventionsarbeit in Bremerhaven nur von geringer Dauer ist.“

Für den WEISSEN RING, der neben seiner Kernaufgabe, der Opferhilfe, auch in der Präventionsarbeit sehr aktiv ist, hat diese Veränderung auch Einfluss auf gemeinsame Aktionen. Zusammen mit dem Präventionsteam wurden beispielsweise jährlich zum Tag der Kriminalitätsoffer und zum Tag des Einbruchschutzes Aktionen durchgeführt.

Presserat rügt Solingen-Berichterstattung

Die Berichterstattung dreier Zeitungen über den mehrfachen Kindermord in Solingen hat der Deutsche Presserat gerügt: „Bild.de“, „Rheinische Post“ und „Süddeutsche Zeitung“ verstießen nach Ansicht des Rats gegen den Pressekodex, als sie private WhatsApp-Nachrichten veröffentlichten, die das einzige überlebende Kind nach der Tat mit Freunden austauschte. Das Gremium sah in den Veröffentlichungen unter anderem eine Verletzung der Menschenwürde von Kindern.

„Bild.de“ habe mit dem Bericht „Freund Max telefonierte mit dem Sohn, der überlebte“ gegen den Opferschutz des Elfjährigen sowie des Freundes, der den Chat zur Verfügung gestellt hatte, verstoßen; von diesem wurde auch ein Foto veröffentlicht. Laut Pressekodex dürfen Kinder bei der Berichterstattung über Straftaten regulär nicht identifizierbar sein. Ebenso wurde „Bild.de“ für Fotos vom Tatort-Haus mit sichtbarer Hausnummer gerügt. Die „Süddeutsche Zeitung“ hatte in ihrem gerügten Online-Artikel sogar die vollständige Adresse des Tatorts genannt. Der Presserat sah darin einen Verstoß gegen die schutzwürdigen Interessen der mutmaßlichen Täterin und der Opfer.

Allein über die Veröffentlichung des WhatsApp-Chats auf „Bild.de“ beschwerten sich 171 Personen beim Presserat. Dessen Aufgabe ist die freiwillige Selbstkontrolle der deutschen Medien. Laut Pressekodex entspricht es „fairer Berichterstattung“, öffentlich ausgesprochene Rügen in den betroffenen Medien zu veröffentlichen. Eine Verpflichtung dazu gibt es nicht.

Weitere AfD-Spende abgelehnt

Der WEISSE RING verurteilt Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit auf das Schärfste. 2018 bekräftigte er das per Vorstandsbeschluss: Niemand kann im Verein ehren- oder hauptamtlich aktiv sein, der „öffentlich für eine solche Partei oder Bewegung politisch aktiv ist“. Ebenso verwahrt sich der Verein gegen jegliche politische Instrumentalisierung und lehnt deshalb Spenden von der AfD ab.

Ende August 2020 spendete die AfD-Bundestagsabgeordnete Franziska Gminder 660 Euro an den Verein. Den Betrag überwies der WEISSE RING folgerichtig zurück und erläuterte sein Verhalten in einem Brief an die Abgeordnete. Gminder veröffentlichte den Brief im Internet. Sie warf dem Verein vor, zwischen „guten und bösen“ Spenden zu unterscheiden und wies, wie sie ihre Facebook-Freunde wissen ließ, „die Diffamierung der AfD als antisemitisch, rassistisch und fremdenfeindlich für mich und meine Partei auf das Schärfste“ zurück. Das ist das gute Recht der Bundestagsabgeordneten. Das gute Recht des WEISSEN RINGS bleibt es, zu entscheiden, von wem er unterstützt werden möchte. Der einstimmige Vorstandsbeschluss im Wortlaut:

- a. Der WR verurteilt Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit auf das Schärfste.
- b. Der WR verwahrt sich gegen eine Instrumentalisierung von jedweder Partei oder Bewegung, die solches Gedankengut vertritt.
- c. Wer öffentlich für eine solche Partei oder Bewegung politisch aktiv ist, kann keine haupt- oder ehrenamtliche Funktion im WR ausüben.
- d. Der WR nimmt keine Spenden von der AfD an.

Warum eine Rentnerin glaubt, dass Masken töten und Corona halb so schlimm ist

Das Internet verbreitet nicht nur Wissen, dort findet sich alles. Meinung neben Fakten, Ideologie neben Aufgeklärtheit, Liebe neben Hass und „wir gegen die“. Daran, dass im Internet Verschwörungsmythen wachsen und gedeihen, tragen Social-Media-Plattformen einen erheblichen Anteil. Über ein Phänomen, das unsere Demokratie bedroht, erklärt am Beispiel von Youtube.

Anfang September 2020 wendet sich eine Frau per E-Mail an den WEISSEN RING. Sie will auf einen in ihren Augen gravierenden Skandal hinweisen: die Polizeigewalt, mit der der Staat gegen die Corona-Maßnahmen-Gegner vorgehe. Die Quelle, die das für die Frau zweifelsfrei belegt, hängt sie gleich mit an: ein Video eines Schweizer, der aus einem Studio heraus die Ereignisse in Berlin kommentiert. In Berlin hatten sich, das ist gesichert, nach einem bundesweiten Aufruf Maßnahmen-Gegner und auch Corona-Leugner versammelt. Rund 30.000 Menschen gehen damals in der Hauptstadt auf die Straße. Die Demonstration ist gut dokumentiert, Fernsehteams werden angegangen, die Maskenpflicht ist de facto aufgehoben oder wird durch das Tragen von Netzen im Gesicht karikiert. Abstandsregeln sind egal, die Menschen auf der Demonstration machen de facto, was sie wollen. Vereinzelt kommt es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Für jeden, der sich in der Vergangenheit auf größeren Demonstrationen umgesehen hat, auf denen es zu größeren Auseinandersetzungen kam, ist das, was da in Berlin zu sehen ist, eher ein Kindergeburtstag. Im Vergleich ist die Polizei eher mit Samthandschuhen als mit dem Schlagstock unterwegs.

Für den Schweizer sieht die Lage indes ganz anders aus. Wenn man ihm folgt, hat man den Eindruck, eine üble Diktatur knüpfe berechtigten Widerstand nieder. Die Frau, die sich an den WEISSEN RING wendet, sieht das ganz genau wie er. Sie schreibt: „Als Mitglied im Weissen Ring möchte ich Ihnen dieses Video zukommen lassen, mit der Bitte um Hilfe für diese Frauen, für die Menschen in Deutschland, ja letztendlich in der Welt! Es ist unerhört, was zurzeit stattfindet! Da braucht es große, einflussreiche Organisationen wie Sie, um Abhilfe zu schaffen.“

Als der Link auf das Youtube-Video sich öffnet, schlägt die Video-Plattform praktischerweise diverse weitere Videos vor, die alle eine ähnliche Sichtweise anbieten: In Deutschland gibt es keine Meinungsfreiheit mehr, Corona existiert nicht oder ist wahlweise nichts anderes als eine Grippe, die Mainstream-Medien sind gleichgeschaltet und belügen das Volk. Masken sind gefährlich, und Impfstoffe, wiewohl zu diesem Zeitpunkt, im Sommer 2020, noch in weiter Ferne, sind Teufelszeug. Rechtsanwälte oder ein Schwindel-Doktor und weitere selbsternannte Experten belegen das mit Zahlen oder Statistiken. Taucht man ein in diese Gedankenwelt, die gespickt ist mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zahlen und andeutungsvollem Geraune, landet man in einer Parallelwelt, die den Zweifel an und das Ignorieren von Fakten zur Leitlinie erhebt. Anhänger gibt es einige. Und sie kommen zusammen – mit Auswirkungen auf das Gesundheitssystem: Alleine zwei Querdenker-Demonstrationen im November 2020 in Leipzig und Berlin haben für 16.000 bis 21.000 Covid-19-Infektionen gesorgt. Untersucht haben das Forscher



Die Karikatur wurde dem WEISSEN RING von Hauck & Bauer kostenfrei zur Verfügung gestellt. Wir sagen: Danke!

der Humboldt-Universität aus Berlin gemeinsam mit dem Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung.

Die Frau, die sich im September an den WEISSEN RING wendet, hält das, was sie da im Internet auf der Videoplattform Youtube findet, für richtig und wahrhaftig: Deutschland ist eine Diktatur. Sie ist überzeugt: Nur wenige wissen, wie sie, Bescheid, sind, wie sie meint, folgerichtig im Widerstand, kämpfen tapfer gegen die Lügen, die dem Volk jeden Tag serviert werden. Wie kann das passieren?

Youtube, so stellte die amerikanische Techniksoziologin Zeynep Tufekci schon 2018 in der New York Times fest, sei „vielleicht eines der mächtigsten Radikalisierungsinstrumente des 21. Jahrhunderts“. Sie beschreibt, wie Youtube einem User immer radikalere Inhalte empfiehlt: Schaut jemand ein normales Nachrichtenvideo, führt der Algorithmus ihn schnell zu einem Video, das eine Verschwörungstheorie verbreitet. Die Suche nach Videos zu 9/11 führe mit großer Sicherheit zu Videos, die den Terroranschlag als Insidejob der CIA betrachten.

Keine Programmiererin und kein Manager bei Youtube haben diese Auswirkungen bewusst geplant, niemand hat entschieden: Lasst uns unsere Nutzerinnen langsam politisch radikalisieren. Dass Youtube – wie auch andere soziale Medien – dennoch radikale, hochemotionalisierte Inhalte bevor-

zugen, hat mit zwei Dingen zu tun: mit unseren menschlichen Schwächen – und mit Algorithmen, die dazu gebaut sind, diese zu nutzen.

Verschwörungstheorien sind besonders geeignet, um auf Social-Media-Plattformen wie Youtube Verbreitung zu finden. Sie sind oft hochemotionalisiert und befriedigen ein sehr menschliches Bedürfnis: hinter die Kulissen schauen zu können, sich selbst einerseits als Opfer und andererseits als erleuchteter Aufklärer zu fühlen. Verschwörungstheorien geben ihren Anhängern ein Gefühl von Stärke und Souveränität – weil sie vorgeben, sehr komplexe gesellschaftliche Probleme sehr einfach erklären zu können.

Dass die Situation durch das Corona-Virus hochkomplex geworden ist, ist unzweifelhaft. Ein neues Virus in einer vernetzten Weltwirtschaft mit vielen unterschiedlichen Interessenlagen in ebenso unterschiedlichen Systemen – da gibt es kein Patentrezept. Nur muss die Komplexität der Dinge auch allgemein anerkannt sein, um gesamtgesellschaftlich zu verstehen, dass einfache Dinge eben nicht ausreichen, um diese Pandemie in den Griff zu bekommen. Wer das nicht tut, sondern die Komplexität der Dinge unterschätzt, kann dann schnell einmal daraus schließen, dass, da die einfachen Lösungen nicht angewandt werden, daran nur eine dunkle Macht Schuld haben kann.

Ein Online-Inhalt, der vermittelt, es seien geheime Kräfte, die nicht wollten, dass er gelesen wird, ist umso interessanter, wird umso häufiger geklickt. Youtube und andere Plattformen haben diesen Verschwörungstheorien neuen Boden bereitet: Zum einen, weil sie schlicht Menschen verbunden haben, die zuvor vereinzelt irgendwo im Stillen obskuren Theorien anhängen. Diese Menschen finden jetzt Hunderttausende andere, die ihre Weltsicht bestätigen. Der amerikanische Historiker Robert Bateman hat es passenderweise so formuliert: „Früher hatte jedes Dorf einen Idioten. Es hat das Internet gebraucht, sie alle zusammenzubringen.“

Grundsätzlich zu zweifeln, zu hinterfragen, kritisch zu sein ist eine wichtige Kompetenz. Wer alles glaubt, was so erzählt, geschrieben oder gesendet wird, ist naiv. Wenn alles als gegeben und richtig hingenommen würde, gäbe es keine Weiterentwicklung, hätte es keine Aufklärung gegeben, und die Menschheit würde im finsternen Mittelalter leben. Heute sind wir als Gesellschaft offenbar dennoch wieder im Mittelalter angekommen: Es zählt nur noch Glauben, Wissen scheint egal – es sei denn, die Erkenntnisse der Wissenschaft passen ins eigene Weltbild. Was auf den Social-Media-Kanälen der Fraktion Querdenker oder Corona-Widerständler zum größten Teil zu sehen ist, ist Desinformation unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit. Meinungsfreiheit bedeutet natürlich, dass man frei seine Meinung sagen darf. Man muss aber damit rechnen, Widerspruch zu erfahren – besonders, wenn man Unsinn verbreitet.

Es gibt einige – letztlich aber sehr wenige – Experten, die haben eine gewisse Ahnung, wissen ein bisschen mehr. Aber die breite Masse, ob Bäcker, Banker oder Bauarbeiter, weiß nichts über das Virus. Das ist nicht schlimm, sondern normal. Ebenso normal ist es, sich dann überfordert zu fühlen. Es ist normal, Angst zu haben, nicht weiter zu wissen, müde zu sein, Normalität zurückhaben zu wollen. All das ist menschlich – Fehler zu erkennen auch. Natürlich wurden und werden in dieser Pandemie Fehler gemacht. Wie sollte das auch anders sein, sie ist neu, zumindest relativ neu. Aber ist es nicht sensationell, dass die Menschheit heute eine Spritze entwickelt hat, die den Körper dazu veranlasst, Antikörper gegen ein Virus zu produzieren, von dessen Existenz vor etwas mehr als einem Jahr niemand etwas wusste?

Da ist ein Virus, es ist neu. Manche bekommen es und werden krank. Andere bekommen es und werden nicht krank, können es aber dennoch weitergeben. Und wieder andere bekommen davon fürchterliche Probleme, in der Regel mit der Lunge. Manche genesen, andere sind nach Monaten noch krank, wieder andere sterben. Das Virus ist eine ernste Sache, so viel ist klar. Es führt zu vielen Problemen und wir wissen zu wenig darüber – alle miteinander. Das macht das Leben mit und in einer Pandemie nicht angenehmer. Sorgen um die Gesundheit, Sorgen um Arbeitsplätze, das sind existenzielle Ausnahmesituationen. Wer sich hier als erleuchteter Aufklärer und gleichzeitig als Opfer sieht, der hat auf einmal etwas in der Hand, kann aktiv werden und sich gut dabei fühlen. Man ist plötzlich im Widerstand und hat das Heft des Handelns wieder in der Hand. Das ist es, was alle Verschwörungstheorien miteinander verbindet: eine konstruierte Opferrolle, die zum Handeln legitimiert.

Youtube verstärkt diesen Effekt durch sein Geschäftsmodell: Nutzerinnen geraten gerade durch Verschwörungstheorien in einen Sog, der sie immer tiefer in diese Inhalte eintauchen lässt und sie damit besonders lange auf der Plattform verharren lässt. Genau darum geht es Youtube: dass die Nutzerinnen so lange wie möglich Videos ansehen – denn mehr Zeit auf der Plattform bedeutet mehr Kontakt mit Werbung, von der Youtube lebt. Deshalb möchte uns Youtube süchtig machen – und schafft damit ganz gezielt „schwarze Löcher“: Nutzer werden in solche Themen hineingezogen, ein Video folgt dem anderen: Wenn eine Nutzerin ein Video angeschaut hat, empfiehlt ihr Youtube weitere ähnliche Inhalte.

„Die werden doch schon verfolgt. Es ist gefährlich, seine Meinung zu sagen.“

Youtubes Algorithmus ist künstliche Intelligenz: Sie sucht nach Mustern, errechnet Wahrscheinlichkeiten, mit denen ein Inhalt Nutzer dazu anregt, möglichst lange Videos anzusehen. Sie tut dies anhand des individuellen Nutzungsverhaltens und im Vergleich zu Nutzern, die sich ähnlich verhalten. Die künstliche Intelligenz errechnet, was Menschen zum Weiterschauen bringt. Reagiert eine Nutzerin auf einen Inhalt positiv (Kommentar, Like, lange Nutzungsdauer), ist das ein Signal für Youtube, dass der Inhalt der Nutzerin gefallen hat. Haben bestimmte Inhalte Menschen zum Weiterschauen verleitet, empfiehlt der Algorithmus diese auch anderen Menschen, die er für vergleichbar hält. Durch die schiere Datenmenge (Youtube hat zwei Milliarden Nutzer pro Monat; pro Minute werden mindestens 500 Stunden Videomaterial hochgeladen) wird der Algorithmus immer besser darin, Inhalte zu empfehlen, die Menschen möglichst lange auf der Plattform halten. Der Algorithmus empfiehlt uns also nicht nur Inhalte, die wir uns sowieso angesehen hätten, sondern er findet mit der Zeit heraus, welche Inhalte Menschen besonders lange auf der Plattform halten. Der ungewollte Effekt: Inhalte, die krass, gewalttätig, sexuell sind, Klatsch, der demütigend, peinlich oder beleidigend ist, sind besonders erfolgreich. Denn so ist unser Gehirn programmiert: Es reagiert auf Neuigkeiten, Überraschendes. Es ist ein bisschen wie mit Süßigkeiten: Unser Gehirn stößt Botenstoffe aus, wenn wir Süßes essen, wir fühlen uns gut, wollen mehr, obwohl wir wissen, dass eine gesunde Ernährung nicht nur aus Fett und Zucker besteht. Youtube will uns nicht krank, radikal oder dumm machen, es nutzt schlicht unsere menschlichen Schwächen aus.



Proteste gegen die Corona-Maßnahmen hat es in den vergangenen Monaten viele gegeben. Gerade die Folgen der größeren Demonstrationen sind schwer abzuschätzen: Alleine zwei Querdenker-Demonstrationen im November 2020 in Leipzig und Berlin haben für 16.000 bis 21.000 Covid-19-Infektionen gesorgt. Das besagen Forschungen der Humboldt-Universität gemeinsam mit dem Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung.

Ende Dezember 2020 entwickelt sich die Pandemie rasant, die Schulen sind schon länger geschlossen, das Weihnachtsfest soll nicht in Familienverbänden gefeiert werden. Es ist Zeit, die Frau, die sich beim WEISSEN RING gemeldet hatte und von Polizeigewalt sprach, per Mail zu kontaktieren. Ob sie, so lautet die Frage, immer noch glaube, was sie am 1. September geschrieben hat. Tatsächlich meldet sie sich ziemlich schnell. Unsicher sei sie gewesen, ob sie auf unsere Mail hätte reagieren sollen, sagt die Frau. Wer die Wahrheit ausspreche, werde schließlich bedrängt. Aber da sie ja jetzt Rentnerin sei, könne, nein müsse sie etwas dazu sagen.

Die Mainstream-Medien würden die Fakten verdrehen, die Wahrheit verschweigen. Sie zählt Menschen auf, die ihrer Meinung nach das Richtige vertreten, „Experten“, die wüssten, wovon sie sprechen. Dass am Tag des Telefonats, es ist der 23. Dezember 2020, vom Robert-Koch-Institut 926 Tote gemeldet werden, ist ihr nicht wichtig. Corona habe es schon immer gegeben, 99,6 Prozent würden wieder vollständig gesund, schlimm sei das alles nicht. Schlimm sei, dass man seine Meinung nicht mehr sagen dürfe, viele der wichtigen Youtube-Videos seien inzwischen gelöscht. Sie wirkt ehrlich überrascht, als sie erfährt, dass das Video, das sie Anfang Dezember geschickt hatte, nach wie vor im Netz steht. Überrascht, aber nicht irritiert. Die Masken, fährt sie fort, seien eine Katastrophe, Studien würden belegen, wie gefährlich die seien. Sie vergleicht sie mit einer Petrischale, die man vor dem Mund trägt, in der sich fiese Keime und Bazillen vermehren, die die Menschen krank machen. Kinder, ja die Kinder würden leiden. Unter den Masken seien schon welche verstorben, und überhaupt folge diese ganze Geschichte mit der Pandemie einem Plan. Das sei alles abgekartet, vorher vereinbart, „die Eliten“ hätten sich das überlegt. 2011 sei das beschlossen worden.

Das Gespräch verläuft in diesem Stil weiter, es ist nicht unfreundlich, doch es kommt nie zu einer Auflösung irgendeiner These – für jede Frage gibt es eine Antwort. Wer von solch einer Pandemie profitieren solle? „Die Machthaber, die Eliten und die Pharmakonzerne.“ Wieso, wenn das doch alles geplant gewesen sei und eine mächtige Lobby dahinterstecke, die nicht einfach diejenigen, die das jetzt enttarnt haben, ausschalte? „Die werden doch schon verfolgt. Es ist gefährlich, seine Meinung zu sagen.“



Foto: Hauke-Christian Dittrich

In ihrem Weltbild ist die Frau sehr fest, irgendwann fragt sie mehr rhetorisch zurück: „Das ist Ihnen jetzt alles zu viel, oder?“ Viel ist es tatsächlich, vor allen Dingen ist es aber in seiner Polarisierung überwältigend.

Die Videoplattform befördert Polarisierung, weil sie besonders extreme Inhalte bevorteilt. Davon profitiert die extreme Rechte besonders, weil sie dem Algorithmus zuverlässig liefern kann, was er braucht: Zuspitzung, Wut, Menschen, die gegeneinander kämpfen. Aber auch denen, die die Corona-Maßnahmen für sich komplett ablehnen, kommt dieses Modell entgegen. Es funktioniert wie ein Durchlauferhitzer, immer mehr, immer heißer.

Hat die Frau Freunde? Selbstverständlich, entgegnet sie. Sehen ihre Freunde das genauso wie sie? Nein, sagt sie. Aber sie würden auch darunter leiden. Der Schwiegervater einer Freundin etwa würde sich seit Monaten nicht mehr aus dem Haus trauen.

Und, reden Sie da miteinander drüber? Nein, sagt die Frau, ihre Freunde würden immer nur sagen: „Hör auf, hör auf, das wollen wir nicht wissen.“ Ihre Freunde und sie hätten sich jetzt darauf geeinigt, nicht mehr über das Thema Corona zu sprechen, denn das würde nur Streit auslösen. Ihre Freunde seien aber auch alle berufstätig und hätten nicht die Zeit, die Quellen zu prüfen. Und mit Statistik würden sie sich auch nicht so gut auskennen.

So etwas zu glauben, macht einsam, oder? Ja, sagt sie, sehr. Die Menschen seien durchgedreht, würden verrückt gemacht und alle hätten Angst. Wann das bei ihr

angefangen hat, dass sie nur noch Videos im Netz schaute und alles andere als Propaganda abstempelte, will sie nicht näher benennen.

Sie empfiehlt noch einige Youtube-Videos, die man sich ansehen solle, um sich die Gegenseite anzuhören. „Ja, das kann ich machen, wenn Sie sich mal wieder die ‚Tagesschau‘ ansehen werden. Abgemacht?“ Nein, sagt sie da, die „Tagesschau“ mache ihr zu viel Angst.

Sie hat, so kann man das verstehen, keine Angst vor dem Virus, aber Angst vor der Tagesschau. Sie hat sich in Panik versetzen lassen von Menschen, die mit ihren angeblichen Wahrheiten Geld verdienen, indem sie Querdenker-T-Shirts verkaufen und um Schenkungen für den Widerstand bitten, Demos organisieren und die Bustouren zur Demo.

Youtube ist keine Ausnahme – und nicht der alleinige Schuldige. Gerade rechte Propaganda und Verschwörungserzählungen verbreiten sich häufig in Informations-„Biotopen“: Ein Youtube-Video wird in einer Facebook-Gruppe geteilt, gelangt von dort in einen Telegram-Chat usw. Die sogenannte Infodemie, also die massive Verbreitung von Desinformation in Zeiten der Pandemie, macht nur etwas deutlich, was wir schon zuvor hätten wissen können: Social-Media-Plattformen zielen auf die größtmögliche Reichweite – und sie befördern das Schlechteste in uns zutage.

Tobias Großkemper und Patrick Stegemann

Auf dem Platz

Ständig bricht auf Fußballplätzen Gewalt aus – Spieler treten aufeinander ein, Unparteiische werden geschlagen und müssen unter Polizeischutz fliehen. 90 Minuten mit einer Schiedsrichterin in der westfälischen Provinz.

Das Spiel ist seit wenigen Minuten vorüber, Lisa Glowatzki löst sich aus dem Kreis der Spieler und Trainer, der sie an der Mittellinie umfassen hat, und geht zu ihrem Vater, der am Spielfeldrand auf sie wartet.

„Deine Entscheidung war mutig“, sagt er. „Was soll ich machen?“, fragt sie und hebt leicht die Schultern. „Ich habe es so gesehen. Dann muss ich es so pfeifen.“

Sie lehnt sich an die Abgrenzung, verschränkt die Arme auf der Stange. Von hinten nähern sich einige der Spieler und Trainer, die sie eben an der Mittellinie abgeschüttelt hat. Sie sind noch nicht fertig mit ihr, Glowatzki sieht nicht, wie sie kommen. Eine Freundin von ihr, die auf der anderen Seite der Abgrenzung steht, rückt zu ihr.

„Du fährst jetzt besser schnell nach Hause und ziehst dich dort um“, sagt sie zu Glowatzki. Man wisse ja nie, was passiere.

Lisa Glowatzki ist 23 Jahre alt, eine große schlanke Frau mit langem blondem Haar, die von montags bis freitags und manchmal am Samstag im Bagger- und Fuhrbetrieb ihres Vaters arbeitet und sonntags Fußballspiele in der Gegend zwischen Paderborn und Bielefeld pfeift. Das hört sich harmlos an, ist es aber nicht: Immer wieder kommt es in Amateur-Ligen zu schweren Ausschreitungen, oft sind davon Schiedsrichter betroffen. Eine Auswahl:

Am 6. Mai 2018 wird ein Schiedsrichter bei einem Spiel zwischen dem SC Hertha Aisch und der Zweitvertretung der Spielvereinigung Jahn Forchheim so heftig attackiert, dass er bewusstlos zu Boden geht.

Am 24. Mai 2018 schlagen bei einem Kreisligaspiel in Gelsenkirchen mehrere Männer auf einen Schiedsrichter ein. Ein Mann trifft den 21-Jährigen mit der Faust am Kopf; während der in die Kabine flüchtet, prasseln weitere Schläge auf ihn ein.

Am 26. September 2018 wird ein Schiedsrichter in Rheinberg mit solcher Aggressivität von einem Spieler attackiert, dass er zunächst das Spiel abbricht und dann ins Krankenhaus fährt, um sich dort behandeln zu lassen.

Einen Monat später, am 28. Oktober 2018, treten und schlagen Spieler in einer Kölner Kreisliga auf den am Boden liegenden Schiedsrichter ihres Spiels ein. Auch er muss ins Krankenhaus.

Am 10. März 2019 muss die Begegnung zwischen den Kreisligisten SV Rhenania Bottrop und SG Osterfeld III abgebrochen werden. Ein Spieler hatte die Rote Karte gesehen, anschließend war der Schiedsrichter angegriffen worden.

Diese Liste ist wahllos und bei Weitem nicht vollständig. Die Angriffe auf die Unparteiischen sind Teil eines größeren Problems. Der Fußball- und Leichtathletikverband Westfalen, in dessen Bereich Lisa Glowatzki als Schiedsrichterin unterwegs ist, meldete, dass allein in Westfalen an jedem Wochenende etwa 80 Spiele wegen Gewalt abgebrochen werden müssen. Schlägereien in Amateur-Ligen und Attacken auf Schiedsrichter und Schiedsrichterinnen, so der Verband, seien zur Regel geworden.

„Ich hab es so gesehen. Dann muss ich es so pfeifen.“

Lisa Glowatzki

„Obwohl es immer noch Vereine gibt, bei denen man nett empfangen wird, ist es eindeutig schlimmer geworden in den vergangenen Jahren“, sagt Glowatzki. „Da überlegt man schon, ob es einem überhaupt noch Spaß macht.“

Glowatzki steht neben ihren Eltern am Rand eines Kunstrasenplatzes in Steinheim nahe Paderborn, in wenigen Minuten beginnt das Spiel zwischen dem TSC Steinheim und der SV Dringenberg, das Glowatzki

pfeifen wird. Der Platz ist leer, die Spieler sind in der Kabine verschwunden, um sich ihre Trikots überziehen. Glowatzki unterhält sich mit ihrem Vater, der sie zu jedem Spiel begleitet. Im Notfall, sagt er, könne er dann eingreifen.

Ein Mann stellt sich vor Glowatzki und unterbricht das Gespräch mit ihrem Vater. Er sei Lokalreporter, sagt der Mann, und wolle wissen, mit welchem Respekt Glowatzki in so ein Spiel reingehe. Immerhin sei das ein Derby, zumal noch eins, in dem eine Mannschaft komplett aus Spielern mit türkischem Hintergrund bestehe. Und deren Mentalität kenne man ja.

Mit nicht so viel Respekt, sagt Glowatzki, sie habe beide Mannschaften schon mal gepfeifen, das mache es einfacher.

Der Lokalreporter zieht von dannen, die ganze Wahrheit hat Glowatzki ihm nicht erzählt. Normalerweise, sagt sie wenig später, sei sie keine allzu strenge Schiedsrichterin, mit Verwarnungen warte sie gern lange. Doch heute könne es knallen, heute müsse sie von Anfang an hart durchgreifen.

Sie zieht ihre Trainingsjacke aus, ein pinkfarbened Schiedsrichtertrikot kommt zum Vorschein. Aus einer Box unter der Tribüne, die aus ein paar Betonstufen, einem Dach und einer graffitibesprühten Wand besteht, breitet sich Deutsch-Rap über den Platz aus. Ein Mann legt Würste auf den Grill, Rauch steigt auf und sammelt sich unter dem Tribünendach. Die Tribüne hat sich inzwischen gefüllt, die Männer haben sich um den Grill versammelt, die Frauen eine Bierbank geholt und sie auf der obersten Betonstufe abgestellt.

„Dann wollen wir mal“, sagt Glowatzki. Sie geht los, es ist 14.57 Uhr.

Glowatzki stammt aus einer Fußballerfamilie, als Elfjährige fing sie selbst zu spielen an, vor acht Jahren begann sie, weil ihre ramponierten Knie das Fußballspielen eine Zeit lang unmöglich machten, das Schiedsrichtern – wie ihre Tante, die laut Glowatzki die erste Schiedsrichterin im Kreis Detmold war und bis heute Spiele leitet.

Glowatzki absolvierte einen einwöchigen Lehrgang, bestand eine Prüfung, dann wurde sie zu ihren ersten Spielen geschickt. Schnell wurde ihr klar, was sie erwarten würde: Bei ihrem sechsten oder siebten Spiel, einem Pokalspiel bei den C-Junioren, verwies sie einen Torwart mit einer Roten Karte des Feldes. Anschließend, so erinnert sie sich, wurde sie von wütenden Spielern und Trainern der bestraften Mannschaft verfolgt. Von ihrem Vater und Trainern der anderen Mannschaft geschützt, musste sie vom Platz begleitet werden.



Lisa Glowatzki, 23 Jahre alt, arbeitet im Bagger- und Fuhrbetrieb ihres Vaters und pfeift sonntags Fußballspiele in der Gegend zwischen Paderborn und Bielefeld.

Foto: Moritz Küstner

Glowatzkis Mutter beschloss daraufhin, erst einmal keine weiteren von ihrer Tochter geleiteten Spiele anzuschauen. Lisa Glowatzki selbst ließ sich nicht abschrecken.

Die Mannschaften laufen jetzt ein, als spielten sie Bundesliga: Glowatzki – pinkfarbened Trikot, pinkfarbene Nägel, pinkfarbened Haarband, pinkfarbene Pfeife – vorweg, hinter ihr die Spieler, links die des TSC Steinheim, rechts die der SV Dringenberg. Es ist der zweite Spieltag nach der Winterpause in der Bezirksliga-

Staffel 3 des Westfälischen Fußballverbands. Der Gastgeber TSC Steinheim, Tabellenzehnter, benötigt dringend Punkte, um den Abstieg abzuwenden, der Gast SV Dringenberg, Tabellenvierter, benötigt auch Punkte, aber nicht so dringend – der Abstieg ist schon lange verhindert, und mit dem Aufstieg wird es wohl auch nichts mehr.

Die Mannschaften stellen sich an der Mittellinie auf, klatschen ab, dann: Anstoß. Der Ball landet auf der linken Seite der Steinheimer, der Kapitän nimmt ihn an, dreht sich in einen Gegenspieler, fällt und schreit im Fallen nach einem Freistoß.

Glowatzki entscheidet sich gegen einen Pfiff, der Kapitän läuft auf sie zu. „Eh, eh!“, schreit er und bleibt unmittelbar vor ihr stehen. „Was soll das?“ Glowatzki erklärt ihm etwas, da lacht der Kapitän. Er tätschelt ihren Arm, bevor er davonläuft.

Der Ball ist inzwischen auf der anderen Seite des Spielfelds angekommen, Glowatzki dreht sich und sprintet los. In einem Spiel läuft sie schon mal neun oder zehn Kilometer, sagt zumindest die GPS-Uhr, die sie hin und wieder trägt. Glowatzki hat an diesem Morgen schon 90 Minuten für ihre Damenmannschaft gespielt, eigentlich war nur eine Halbzeit geplant, aber dann verletzte sich eine Spielerin. Ihre Beine seien ein wenig müde, hat Glowatzki vor dem Spiel in Steinheim gesagt, aber es nützt ja nichts: Je näher sie an der Situation ist, desto besser kann sie sie bewerten, desto geringer die Wahrscheinlichkeit einer Fehlentscheidung, desto aussichtsreicher ist es, das Spiel ohne Ärger durchzubringen.

Glowatzki versucht, vieles mit Worten zu regeln, sie verteilt hier mal einen Spruch und da einen, und wenn ein Spieler allzu leicht hingefallen ist, verzieht sie schon mal den Mund und macht „Oh“. Mit dieser Stimmung, sagt sie, sei es auf dem Platz oft am einfachsten für sie.

Glowatzki findet sich in einer merkwürdigen Rolle: Sie hat zwar die Kontrolle über das Geschehen, aber nur so lange, wie Spieler und vor allem Zuschauer ihr diese Kontrolle zugestehen. Tun sie das nicht mehr, kann Glowatzki so viele Gelbe und Rote Karten verteilen, wie sie will, das ist dann auch egal: Die Sache läuft aus dem Ruder, und manchmal braucht es die Polizei, um Schlimmeres zu verhindern.

Im Spiel zwischen Steinheim und Dringenberg sind bald 20 Minuten vorbei, es steht noch 0 : 0, Steinheim hatte mehrere gute Möglichkeiten, Dringenberg die beste mit einem Kopfball an die Latte. Bisher hat Glowatzki nicht eingreifen müssen, es gab ein paar Fouls, aber keine härteren.

Ungewöhnlich, sagt ein Mann auf der Tribüne, dass eine Dame in der Bezirksliga pfeife. Aber sie mache das gut.

Dann dribbelt ein Steinheimer zwei Gegenspieler aus, bevor er vom dritten zu Fall gebracht wird. Er fordert eine Gelbe Karte, die Zuschauer – etwa 30 Männer, die sich



Fotos: Moritz Küstner



um den Grill unter der Tribüne versammelt haben – fordern sie auch. „Eh Mann, du Fotze!“, ruft einer Glowatzki zu. Ihre Eltern stehen fünf Meter entfernt. Das sei noch harmlos, sagt ihr Vater Rolf. Sie werde eigentlich jede Woche wahlweise als Schlampe, Hure oder Fotze beleidigt, sagt Glowatzki. Zum Glück höre sie es oft nicht.

25 Minuten nachdem Glowatzki als Fotze beleidigt wurde, pfeift sie zur Halbzeit. Sie hat eine Gelbe Karte gezeigt, es steht immer noch 0 : 0. Es laufe doch ganz gut bisher, sagt Glowatzki und nimmt zwei Schlucke aus einer Wasserflasche. Aber sie hoffe, dass sich bis zur Schlussphase eine Mannschaft einen Vorsprung erarbeitet habe. Sonst könne es noch mal hektisch werden – eine zutreffende Prophezeiung.

Vor sechseinhalb Jahren, am 2. Dezember 2012, töteten zwei jugendliche Spieler und ein Spielervater in den Niederlanden nahe Amsterdam einen Linienrichter, mit dessen Entscheidungen sie nicht einverstanden waren. „Sie traten ihn, als ob es ein Fußball wäre“, beschrieb das Gericht ein halbes Jahr später bei der Urteilsverkündung die Tat.

Der Fall sorgte für großes Aufsehen auch in Deutschland. Und bis heute sagen erfahrene Schiedsrichter, es sei Zufall, dass auf deutschen Plätzen noch kein Unparteiischer gestorben sei. In einer Studie mit dem Namen „Zielscheibe Schiedsrichter“ gab fast jeder fünfte Schiedsrichter an, schon mal tätlich attackiert worden zu sein.

Die Gewalt gegen Schiedsrichter bricht vor allem in den unteren Ligen aus, in den Kreisklassen, manchmal den Bezirksligen. In den Ligen also, in denen all die spielen, die das vor allem zum Spaß tun. Wenn es gerade dort zu brutalen Schlägereien und Angriffen auf Schiedsrichter kommt: Was sagt das über eine Gesellschaft?

Es laufen die letzten Minuten des Spiels zwischen Steinheim und Dringenberg, Steinheim führt 1 : 0 durch einen unstrittigen Elfmeter. Glowatzki hat sich dafür entschieden, sechs Minuten Nachspielzeit zu geben. Es sieht nicht danach aus, dass Dringenberg in der Lage sei, dies zu nutzen. In der gesamten zweiten Halbzeit hatte die Mannschaft keine einzige Torchance.

Doch nun, wenige Sekunden vor Spielende, schießt ein Dringenberger Innenverteidiger den Ball nach vorn. 30, 40 Meter fliegt er hoch durch die Luft, dann setzt er, ungefähr 20 Meter vor dem Steinheimer Tor, zum Sinkflug an, landet auf dem Kopf eines Dringenbergers, tropft von dort ab, genau vor den Fuß eines anderen Dringenbergers. Der schießt, trifft den Ball perfekt.



Immer wieder kommt es in Amateur-Ligen zu Ausschreitungen. Oft sind davon Schiedsrichterinnen und Schiedsrichter betroffen. Der Fußball- und Leichtathletikverband Westfalen meldete, dass allein in Westfalen an jedem Wochenende etwa 80 Spiele wegen Gewalt abgebrochen werden müssen.

Der Ball macht sich mit hoher Geschwindigkeit auf den Weg, der Torwart, das ist offensichtlich, wird ihn nicht abwehren können. Der Ball trifft die Unterkante der Latte, von dort prallt er auf den Boden, bevor er wieder hochspringt. Alle schauen Glowatzki an.

Sie greift nach ihrer Pfeife, führt sie zum Mund – und gibt ein Tor, Ausgleich für Dringenberg. Die Entscheidung ist mutig, sie ist eng, einige Dringenberger sagen nach dem Spiel, dass der Ball nicht hinter der Linie war. Wirklich gesehen haben sie es wohl nicht, wie kaum jemand. Doch Glowatzki stand gut, nah an der Linie, der Ball sei schräg wieder rausgesprungen, sagt sie später, also müsse er drin gewesen sein.

Während die Dringenberger jubeln, ist sie plötzlich da, diese Wut, die fast zu riechen ist. Sie wabert über den ganzen Platz, erfasst die Spieler, die sich gestikulierend und motzend um Glowatzki drängen, erfasst die Zuschauer, die brüllen und sich von der Tribüne Richtung Platz bewegen.

Es seien diese Momente, sagt Glowatzki am Abend, in denen plötzlich alles kippen könne.

Nach zwei oder drei Minuten schiebt Glowatzki die sie umringenden Steinheimer Spieler zur Seite. Sie lässt anstoßen, pfeift direkt danach das Spiel ab. Zwei Männer, die gelbe Ordnerwesten tragen und während des Spiels am Rand gestanden haben, gehen zu ihr und rahmen sie ein. Sie werden jetzt benötigt.

Ein Mann motzt Glowatzki aus der Entfernung an. „Aus 20 Metern willst du das gesehen haben?“, fragt er und schlägt mit dem Arm in die Luft. „Was für eine Scheiße! Was für eine Scheiße!“ Er schüttelt den Kopf, geht auf Glowatzki zu, ein Schritt, zwei, drei, vier. Dann hält er inne, dreht um und verschwindet.

Spieler pöbeln Glowatzki an, ein Trainer. Sie kommen ihr nahe, doch irgendwann halten sie alle inne, winken ab und gehen.

Sie ziehe sich wirklich besser zu Hause um, sagt Glowatzki. In die Kabine gehe sie jetzt nicht mehr.

Marc Bädorf

Dieser Text ist ein Nachdruck und zuvor bereits im „Stern“ erschienen.

Danke

Black Friday einmal anders: Spende statt Rabatt

Der sogenannte Black Friday Ende November lockt üblicherweise mit satten Rabatten im Vorweihnachtsgeschäft. Die Inhaberin der Schweriner Boutique „Pretty Woman“, Doris-Christina Behrendt, hat einen anderen Weg gewählt und sich für diesen Tag etwas Besonderes einfallen lassen: Statt ihre Kunden mit Prozenten zu locken, hat sie ihre Tageseinnahmen dem **Landesverband Mecklenburg-Vorpommern** des WEISSEN RINGS gespendet. Insgesamt 1.000 Euro kamen so zusammen. Eine stolze Summe!



Foto: Petra Kubis

Spende für Heilbronner Helfer

„Eine gute Aktion“ führte der Musikverein Frohsinn Flein mit dem Ausschank am Fleiner See durch. Den Erlös von 421,20 Euro überreichte der Vereinsvorsitzende Raphael Scholz an den Heilbronner Außenstellenleiter des WEISSEN RINGS **Alfred Kulka** und die Stiftung „Große Hilfe für kleine Helden“ der Heilbronner Kinderklinik.

10.000 Klicks – 10.000 Riesenradumdrehungen – 10.000 Euro für den WEISSEN RING

Dass die Firma SISTRIX nicht nur im Entwickeln von Tools zur Optimierung von Suchmaschinen höchst erfolgreich ist, zeigt die jüngste Aktion des Bonner Unternehmens. 10.000 Euro kamen bei der vorweihnachtlichen Glücksrad-Aktion des Softwareanbieters für den Opferschutzverein WEISSER RING zusammen. Kunden konnten auf der Firmenwebsite per Mausklick an einem Glücksrad drehen, und anschließend gab es im Live-Stream noch ein „Hello“ vom SISTRIX-Team. Eine Spendenaktion als Netz-Event. Firmengründer Johannes Beus ist es ein großes Anliegen, den WEISSEN RING bei der Hilfe für Kriminalitätsoffer zu unterstützen. „Wir wollten als Bonner Unternehmen an eine lokal tätige Hilfsorganisation spenden. Es braucht Menschen, die unverschuldet in Not geratenen Opfern zur Seite stehen.“ Dr. Alexander Poretschkin, Leiter der **Außenstelle Bonn**, nahm die Spende dankend entgegen. Und zwar in Form jenes Glücksrads, das in der Vorweihnachtszeit für Spaß bei den SISTRIX-Kunden gesorgt hatte.

FC Bayern München-Fanclub

Nabburg spendet Weihnachtsgeld

Die traditionelle Weihnachtsfeier des Nabburger FC Bayern München-Fanclubs musste aufgrund der Coronapandemie leider ausfallen. Das dafür eingeplante Geld spendete der Club stattdessen dem WEISSEN RING. Zur Übergabe des Spendenschecks in Höhe von 3.000 Euro durch Fanclub-Präsident Bernd Hofmann kam Günther Perotoni, Leiter der Außenstelle Regensburg, extra nach Nabburg ins Fanclub-Büro. Er ist selbst auch Clubmitglied und sprach allen Fans ein herzliches Dankeschön aus.

Krimi-Dinner für den guten Zweck

Bereits zum dritten Mal fand im Dezember in Mainz das „Krimi Dinner für den guten Zweck“ zugunsten des WEISSEN RINGS statt. Sönke Busch lädt im Rahmen des Projekts „Lympselon“ regelmäßig zum Rollenspiel ein. Pandemiebedingt konnte das Wohltätigkeits-Krimi-Dinner nicht live gespielt werden, daher wurde im Online-Format geknobbelt. Kostümiert im Stil der 1920er-Jahre wurde das Stück „Gatsbys letztes Geheimnis“ zeitgleich in zwei Online-Gruppen gespielt. Neben dem gemeinschaftlichen Lösen des Kriminalfalls konnten sowohl die Teilnehmer als auch nicht Mitspielende an einem Fun-Fact-Quiz teilnehmen. Zwischen den Runden wurde gemeinsam gegessen sowie Pantomime und Tabu gespielt. Ganze 885,80 Euro konnten an diesem Abend für die Arbeit des WEISSEN RINGS gesammelt werden.

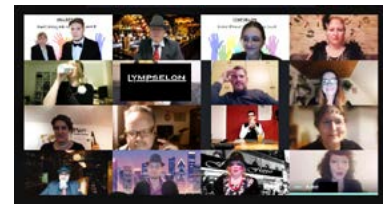


Foto: Josephine Leonhardt Photographie

i

Leider kann die Redaktion in der Mitgliederzeitschrift nicht alle eingesendeten Spendenaktionen veröffentlichen – der WEISSE RING dankt aber ausdrücklich allen Spendern!

Weitere Spendengeschichten finden Sie auf spenden.weisser-ring.de

Gegen häusliche Gewalt: Rüsselsheimer Football-Mannschaft unterstützt den WEISSEN RING

Das Thema „häusliche Gewalt“ ist gerade in Zeiten von Corona und Lockdowns so aktuell wie nie. Das fanden auch die American-Football-Spieler des Vereins AFC Rüsselsheim Crusaders 2016 e. V. und spendeten das bei einem Benefizspiel gegen die „Rhein Main Old Stars“ gewonnene Preisgeld von 750 Euro an den WEISSEN RING. Übergeben wurde die Spende zum Jahresende vor dem Rüsselsheimer Stadion. Mit dabei eine kleine Gruppe aus Vorstand und Spielern des Rüsselsheimer Football-Vereins und Barbara Bierach, Leiterin der Außenstelle Groß-Gerau.

Chorgemeinschaft spendet Konzerteinnahmen

Nach langer Zeit konnte die Chorgemeinschaft Sankt Mang endlich den Reinerlös ihres Weihnachtskonzerts 2019 in Höhe von 500 Euro an die Leiterin der Außenstelle Kempten/Oberallgäu, Irmgard Leicht, übergeben. Eine Übergabe des Spendenschecks mit dem kompletten Chor war aufgrund der Corona-Beschränkungen leider nicht möglich. Dennoch freuten sich die beiden Vorsitzenden der Chorgemeinschaft, Cordula Wölfle und Peter Berg, mit Irmgard Leicht vom WEISSEN RING über die Spende, die für die Hilfe von Kriminalitätsoffern im Allgäu verwendet werden wird.

RestCent-Aktion für den WEISSEN RING in Bremen

Im Rahmen einer firmeninternen RestCent-Aktion hat die Belegschaft des Stahlkonzerns ArcelorMittal Bremen GmbH eine Spende in Höhe von 2.000 Euro für den WEISSEN RING zusammengetragen. Bei dieser Art von Hilfsaktion spenden Mitarbeiter den Betrag hinter dem Komma ihrer Lohnabrechnung. Was dem Einzelnen nicht wehtut, addiert sich zu einer stolzen Summe, die von der Unternehmensleitung noch verdoppelt wird. Eine kleine Aktion mit großer Wirkung. Überreicht wurde die Spende für den Landesverband Bremen am 4. Dezember 2020 an die Vorsitzende Magaret Hoffmann.



Foto: ArcelorMittal Bremen

Duttenbrunner Theatergruppe sammelt für Opfer

Nicht nur ihren treuen Zuschauern bereitet die Theatergruppe aus Duttenbrunn im Landkreis Main-Spessart regelmäßige Freude, sondern auch dem WEISSEN RING. 500 Euro haben die Darsteller der Theatergruppe für den Opferhilfeverein gesammelt. Damit kann Betroffenen von Straftaten oft schnell und unbürokratisch geholfen werden. Die Übergabe der Spende konnte nur in einem kleinen Rahmen stattfinden. Alois Henn, stellvertretender Leiter der Außenstelle Würzburg, bedankte sich ganz herzlich für diese besondere Art der Hilfe und Anerkennung für die Arbeit des WEISSEN RINGS.

Ausgabe 01/2021

Forum Opferhilfe ist die offizielle Mitgliederzeitschrift des WEISSEN RINGS. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber

WEISSER RING Gemeinnütziger Verein zur Unterstützung von Kriminalitätsoffern und zur Verhütung von Straftaten e.V.

Bundesvorsitzender

Jörg Ziercke

Bundesgeschäftsstelle

Weberstraße 16, 55130 Mainz
Telefon: 06131 8303-0
Telefax: 06131 8303-45
E-Mail: info@weisser-ring.de
Internet: www.weisser-ring.de

V.i.S.d.P.

Bianca Biwer

Redaktion

Martin Anker, Tobias Großekemper, Karsten Krogmann und Claudia Schröder

Texte

Tobias Großekemper, Kathrin Hollmer, Felix Huesmann, Hasnain Kazim, Karsten Krogmann, Heribert Prantl und Patrick Stegemann

Titelbild

Christian Mang/Reuters

Kontakt zur Redaktion

Telefax: 06131 8303-4004
Telefon: 06131 8303-4000
E-Mail: redaktion@weisser-ring.de

Layout und Satz

3st kommunikation, Mainz

Lektorat

Dr. Susanne Mädger

Druck

Eberl & Koesel, Immenstadt

ISSN 2627-051X



Der WEISSE RING auf Facebook:
www.facebook.com/weisserring



Der WEISSE RING auf Youtube:
www.youtube.de/weisserringev





**Opferrechte sind
Menschenrechte**

Unantastbar.
Unteilbar.
Unverhandelbar.

Kostenfreies Opfer-Telefon

116 006

7 Tage in der Woche – 07 bis 22 Uhr

Jetzt spenden:

spenden.weisser-ring.de

www.weisser-ring.de